Technik und Wirtschaft

Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7

29. Jahrgang

April 1936

Heft 4

Der Sozialertrag und seine Verteilung

Ein Beitrag zur Wirtschaftsdynamik

Von Dr.-Ing. OTTO BREDT, Berlin

Infolge der beispiellosen Entwicklung der betrieblichen Wirtschaft ist es im Verlaufe der letzten Jahrzehnte mehr und mehr üblich geworden, die Brennpunkte wirtschaftlicher Zusammenhänge und Wechselwirkungen vor allen Dingen in den Betrieben und damit in den eigentlichen Trägern der Gütererstellung zu suchen. Hierbei ist als „Gütererstellung" nicht etwa nur die Gütererzeugung anzusehen, sondern das gesamte gewaltige, zwar in sich geschlossene, aber vielmaschige Stromnetz der Güterversorgung, das mit der Rohstoffschaffung beginnt und dann zur Weiterverarbeitung und Veredlung führt, um schließlich über Verteilung und Handel in der Bereitstellung der Güter an den letzten Verwender zu münden.

Das alles hat schließlich eine Reihe besonders extremer „betriebswirtschaftlicher" Vertreter in Wissenschaft und Praxis dazu geführt, als „Wirtschaft" lediglich die Zusammenfassung der Betriebe in ihren Gemeinschaftsverbänden anzuerkennen und allen Teilen der Wirtschaft, die nicht „Betriebe" sind, das Recht der Wirtschaftszugehörigkeit zu bestreiten. Freilich mußten dabei vielfach weitgehende Zugeständnisse gemacht werden, so daß schließlich jede Arbeitsstätte, ganz gleich welcher Größe und Art, Betriebscharakter erhielt.

Bestärkt wurde diese in ihrer extremen Einseitigkeit sehr gefährliche, in jedem Falle aber sinn- und lebenswidrige Einstellung noch dadurch, daß mit dem Weltkriege ein zunehmender Verfall gerade derjenigen Bindungen einsetzte, die man als „Gesellschaft" bezeichnet. Bindungen, in denen betreut und behütet vor dem Weltkriege die zweite Hälfte der Wirtschaft, nämlich die „Haushalte" als Träger der Güterverwendung gleichsam wie von selbst ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen vermochten. Mit dem Zerfall der Gesellschaft wurde gleichzeitig aber auch der früher vorhandene, durch Natur und Geschichte bedingte Gemeinschaftsverband eben dieser „Haushalte" zerstört, der gemeinsam mit dem Gemeinschaftsverband der „Betriebe" als Träger der Gütererstellung überhaupt erst „Wirtschaft" ermöglicht und damit als nicht einmal fortzudenkender, geschweige denn praktisch fortzulassender Teil zur Wirtschaft gehört.

Die Gliederung der Wirtschaft in ihre beiden Hauptteile, die Betriebe und Haushalte, d. h. also die Träger der Gütererstellung und Güterverwendung, ist keineswegs neu. Denn namhafte Vertreter der volks- und betriebswirtschaftlichen Wissenschaft und Praxis haben auf die Bedeutung und innere Verbundenheit beider Teile, die man gleichsam als das männliche und weibliche oder das aktive und passive Element im Wirtschaftsleben bezeichnen kann, schon lange und eindrucksvoll hingewiesen. In neuerer Zeit beginnt jedoch die Fachwelt offenbar, diese elementare Tatsache zu vergessen, wodurch im angestrebten organischen Aufbau unseres Wirtschaftslebens nur zu leicht schwerwiegende Störungen und Fehlmaßnahmen auftreten können.

Es erscheint daher notwendig, nicht nur die Zusammengehörigkeit von Betrieb und Haushalt und ihre Verbindung zur Wirtschaft immer wieder zu betonen, sondern gleichzeitig auch zu zeigen, welche Möglichkeiten, aber auch welche Notwendigkeiten hier gegeben sind, will man nicht nur Teile der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft als Ganzes erfassen. Die nachfolgende Arbeit soll in diesem Sinne aufklärend wirken und gleichzeitig Praxis und Wissenschaft für den organischen Aufbau des Wirtschaftslebens neue Anregung bringen.

1. Betrieb und Haushalt als Lebensträger der Wirtschaft

Es war der schwerwiegende Irrtum einer heute langsam absterbenden Anschauungswelt, daß Gesellschaft und Wirtschaft zwei gleichsam voneinander unabhängige und einander gegenüberstehende Gebilde im Volksleben wären. Wir alle, auch die jüngsten von uns, sind selbst heute noch nicht völlig von einer solchen überkommenen Vorstellung frei. Trotzdem müssen wir versuchen, uns von ihr frei zu machen, weil Gesellschaft und Wirtschaft nur verschiedene Schichten und Zusammenhänge des menschlichen Gemeinschaftslebens darstellen, nicht aber etwa gegensätzliche und voneinander unabhängige Gebilde im Leben des Menschen und seiner Gemeinschaft sind. Oder mit andern Worten Gesellschaft und Wirtschaft stellen wie alle andern Gebiete der menschlichen Gemeinschaft gleichsam nur verschiedene Ebenen oder Schnitte des Gemeinschaftsverbandes dar, und damit zwar verschiedene, aber doch zueinander gehörende Bindungen des Lebens, deren gemeinsamer Träger eben der einzelne Mensch in seinem Gemeinschaftsverbande ist.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß jede dieser Bindungen im großen Ganzen einer eigenen Gesetzlichkeit unterliegt. Im Gegenteil! Denn würde es nicht derartige Eigengesetzlichkeiten in allen diesen verschiedenen Schichten und Zusammenhängen des menschlichen Gemeinschaftslebens geben, hätte sie weder die menschliche Gestalterkraft noch der menschliche Forschergeist zum Arbeitsfeld und Wirkungsgebiet erheben können. Zwar treten, je nachdem wie, wo und wann man im einzelnen das menschliche Leben anpackt, bald diese, bald jene der oben erwähnten Zusammenhänge wirksam zutage. Vorhanden, wenn auch oft nur in der Tiefe, ist jedoch stets jede der Schichten, mag im Einzelfall ihre Bedeutung nun hervorstechend oder zurückfallend sein.

Ein Beispiel möge das vorher Gesagte näher erläutern. In der Abb. 1 ist die Bedeutung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgabengebiete für die Betriebe und Haushalte schematisch dargestellt. In den Betrieben stehen zumeist die wirtschaftlichen (ökonomischen), in den Haushalten die gesellschaftlichen (sozialen) Probleme im Vordergrund. Dabei wird aber in der Regel stillschweigend vorausgesetzt, daß bei den Haushalten die wirtschaftlichen, bei den Betrieben die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Wechsel-

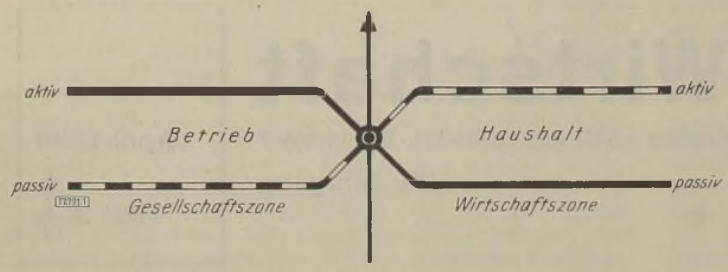

Abb. 1. Betrieb und Haushalt als Wirkungsträger des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens

wirkungen „in Ordnung" gehen. Sie treten daher zunächst in den Hintergrund und werden dadurch gleichsam zur selbstverständlichen Voraussetzung, ja Grundlage jeder Gestaltung und Führung, ohne die die im Vordergrunde stehenden Aufgabengebiete gar nicht zu lösen sind. Ähnlich ist es, wenn man das Bild um die andern Schichtpaare des menschlichen Gemeinschaftlebens, z. B. den Staat oder die Arbeit, ergänzt.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat deutlich gezeigt, daß im Gemeinschaftsverbande der Betriebe und Haushalte beide Voraussetzungen aber keineswegs selbstverständlich sind. So entstand aus den Betrieben heraus die große soziale Frage, das Problem der neuen Gesellschaft, dessen Lösung wir heute unter Einsatz aller unserer Kräfte und Mittel versuchen. So entstand aber auch aus den Haushalten heraus die brennende ökonomische Frage, das Problem der neuen Wirtschaft, das noch lange nicht von uns allen in seinem gewaltigen Ausmaß erkannt, geschweige denn der Lösung nähergebracht worden ist.

Fragt man sich, warum das so ist, so stößt man darauf, daß die Wissenschaft ihr Wirkungsfeld entweder noch immer zu sehr im Spezialistischen sucht oder die von ihr aufgestellten Ganzheitstheorien vorwiegend auf die Abgrenzungen und Formen bezieht, statt das organisch Gewachsene in seinen Zusammenhängen und Wechselwirkungen, d. h. also in seinen durch Natur und Geschichte gegebenen Bindungen in den Brennpunkt der Betrachtung zu stellen und damit das, was ich selbst in meinen Arbeiten stets als den Gemeinschaftsverband der Lebensträger bezeichne. Hier allein liegt für Wissenschaft und Praxis die Möglichkeit, die großen Fragen unserer Zeit einer wirklichen Lösung näherzubringen. Hier allein liegt der Quell jeder wahren Erkenntnis und darüber hinaus auch jeder wirklichen Tat, die notwendig ist, um die Aufgaben der Zeit erfolgreich meistern zu können.

Wer aber hingeht und trennt willkürlich den einen Teil, mag er ihm auch noch so wichtig erscheinen, wie z. B. die Betriebe im Rahmen der Wirtschaft, aus dem Ganzen heraus, der bringt sich nur selbst um den großen Zusammenhang und muß in jedem Fall praktisch und wissenschaftlich schon aus dem Grunde scheitern.

Es kann also festgestellt werden, daß bereits eine ganz allgemeine Überlegung genügt, um die innere und äußere Verbundenheit von Betrieb und Haushalt im Rahmen der Wirtschaft zu klären.

Darüber hinaus aber ist zu betonen, daß jeder Betrieb stets auch einen Haushalt besitzt und jeder Haushalt auch irgendwie einen Betrieb, so daß beide im Grunde genommen als zwei sich ergänzende Teile eines jeden einzelnen Lebensträgers im Verbande seiner Gemeinschaft zu diesem und damit zur Wirtschaft gehören. Entscheidend für den vorherrschenden Charakter des einzelnen Lebensträgers und seines engeren Gemeinschaftsverbandes kann daher lediglich der eigentliche oder besser gesagt hauptsächliche Lebenszweck der betreffenden im Gesamtrahmen sein. Eine nach Betrieb und Haushalt gegliederte Wirtschaft besitzt jeder, mag er nun dem Hauptzwecke nach „Betrieb" oder „Haushalt" oder auch anders, z. B. Schule, Heer, Forschungsstelle o. dgl. benannt werden.

Sieht man der besseren Übersicht wegen jedoch von der Betonung einer solchen im Grunde genommen überall vorkommenden Verkoppelung von Betrieb und Haushalt ab und versucht man einmal, Betrieb und Haushalt als Träger gewisser wirtschaftlicher Lebensfunktionen im Gemeinschaftsverband herauszustellen, so erkennt man, daß der Betrieb ursprünglich Träger der Gütererstellung, der Haushalt aber Träger der Güterverwendung ist. Das Bindeglied zwischen beiden, also der Gütererstellung und Güterverwendung, stellt der Sozialertrag dar, der parallel zur betrieblichen Erstellung des Sozialproduktes entsteht und dessen Verteilung und Nutzung überhaupt erst den Erwerb und die Verwendung der Güter (Sozialprodukt) ermöglicht.

Bei der engen Verbindung zwischen Gesellschaft und Wirtschaft versteht es sich von selbst, daß durch die Art und Weise der Verteilung des Sozialertrags und seiner Verwendung nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das gesellschaftliche und darüber hinaus das gesamte menschliche Leben beeinflußt wird, wenngleich Aufbau und Entwicklung der letzteren nicht zwangläufig ihre Voraussetzungen oder Folgen im ersteren finden.

Wenn also im folgenden von Betrieben und Haushalten gesprochen wird, so sind darunter die Träger der Gütererstellung (Betriebe) und Güterverwendung (Haushalte) zu verstehen.

2. Der Zusammenhang von Sozialprodukt und Sozialertrag

Der Ursprung des Sozialprodukts und — wie ich bereits früher [1]) gezeigt habe — auch des Sozialertrags ist somit im Betriebe als Träger der Gütererstellung und Träger des „Auftriebs" zu suchen. Demgegenüber liegt die Verbindung beider, nämlich des Sozialprodukts und Sozialertrags in der verwertenden Hand, im Haushalte, der damit nicht nur zum Träger der Güterverwendung, sondern auch zum Träger des „Ausgleichs" in jeder wirtschaftlichen Wertbildung wird.

Es ist hier nicht der Platz, noch einmal auf die Bedeutung von Auftrieb und Ausgleich einzugehen, die ich bereits in früheren Arbeiten [2]) als die beiden Grundvorgänge jeder Lebensdynamik (Biodynamik) bezeichnet und eingehend behandelt habe. Nur auf das eine sei, weil besonders wichtig und meist übersehen, noch einmal ausdrücklich hingewiesen.

Das Sozialprodukt und der Sozialertrag stellen zwei voneinander streng zu unterscheidende, trotzdem aber gegenpolartig zueinander gehörende und sich ergänzende Begriffe und Größen der wirtschaftlichen Wertbildung dar. Beide stehen stets gleichsam als Wert oder Wertbegrenzung (Sozial-

[1]) „Wirtschaftsdynamik", Techn. u. Wirtsch., Heft 12/1934, S. 367 ff.

[2]) „Wirtschaftsdynamik", Techn. u. Wirtsch., Heft 3/1935, S. 80 ff.

ertrag) und Gegenwert oder Wertinhalt (Sozialprodukt) mittelbar oder unmittelbar miteinander in einer ganz bestimmten Wertbeziehung, worauf ich bereits früher wiederholt hingewiesen habe [3]).

Das Sozialprodukt umfaßt die eigentlichen Sachwerte (Gegenstände als Gegenwerte oder Wertinhalt) im Wirtschaftsvorgang. Demgegenüber gibt der Sozialertrag die rein wertmäßigen Größenbegrenzungen der Ertrags- und Kapitalbildung (Größen als Werte oder Wertbegrenzung) wieder. Hierbei können Sozialprodukt und Sozialertrag entweder bereits in einer Hand und damit ausgeglichen (Ende des äußeren Wertbildungsvorganges) oder in verschiedenen Händen und damit noch nicht ausgeglichen (Zustand während des Auftriebs) sein.

Ausgeglichen sind Sozialprodukt und Sozialertrag dann, wenn der betreffende Inhaber des Sozialertrags einen gleichwertigen Anteil am Sozialprodukt für sich erworben und dieser Erwerb in Lieferung und Zahlung durchgeführt ist. Solange Sozialprodukt und Sozialertrag noch nicht in einer Hand zum Ausgleich gebracht worden sind, besteht der „materielle" Gegenwert des Sozialertrags stets in einer Forderung, welche der Inhaber auf Grund einer Leistung oder eines Dienstes unmittelbar oder mittelbar bei der Erstellung, Verteilung oder Verwendung des Sozialproduktes erworben hat. Und zwar besteht der Sinn und das Wesen einer solchen meist rein wertmäßig, d. h. in einem Geldwerte ausgedrückten Forderung, wie bereits wiederholt betont, darin, daß sie nicht nur einen Anspruch auf einen entsprechenden Anteil am Sozialprodukte verleiht, sondern gleichzeitig auch eine Verpflichtung enthält, einen derartigen Anteil am Sozialprodukt in einer angemessenen Zeit zu erwerben.

Demgegenüber ist das noch nicht ausgeglichene Sozialprodukt seinerseits mit einer ebenfalls meist wertmäßig, d. h. in einem Geldwert ausgedrückten Verpflichtung verknüpft, die bei der Erstellung des Sozialproduktes aus der gleichzeitigen Erstellung des Sozialertrages Stufe für Stufe und Anteil für Anteil entsteht und solange an den betreffenden Anteil des Sozialproduktes unlösbar gebunden ist, bis sie durch eine gleichwertige Forderung getilgt worden ist. Das kann in jedem einzelnen Falle erst dann geschehen, wenn der betreffende Anteil am Sozialprodukt (einschl. der an es gebundenen Verpflichtung) von dem Eigentümer eines Anteils am Sozialertrag und damit Inhaber einer gleichwertigen Forderung erworben wird.

Auf der andern Seite stellt gleichzeitig die an das Sozialprodukt gebundene Verpflichtung auch einen Anspruch innerhalb einer Wirtschaftsgemeinschaft dar, nämlich, daß der betreffende Anteil am Sozialprodukt von dem Inhaber einer Forderung und Eigentümer eines Anteils am Sozialertrag erworben wird, um auf diese Weise überhaupt erst den Ausgleich von Forderung und Verpflichtung möglich und dadurch den Weg für einen neuen Auftrieb gangbar zu machen. Denn durch den Ausgleich von Sozialprodukt und Sozialertrag wird das vorher im Auftrieb, d. h. bei der Erstellung von neuem Sozialprodukt und Sozialertrag, angespannte Wertgefüge der Wirtschaft wieder entspannt. Die an beide gebundenen Verpflichtungen und Forderungen verschwinden. Das Feld für neuen Auftrieb im Wirtschaftsleben einer Volksgemeinschaft ist frei. Die wirtschaftliche Wertbildung ist von Fall zu Fall in einer Hand zunächst zu einem ausgleichenden Abschluß gekommen.

Es ist eigenartig, wie wenig gerade diese natürlichen Vorgänge jeder Wertbildung, insonderheit jeder wirtschaftlichen, bisher in der Wissenschaft beachtet worden sind, ganz zu schweigen davon, daß man versucht hätte, sie bereits in ihren Gesetzen und Grundzügen zu erforschen und herauszuarbeiten. Auch hier hat das aus dem Begrifflich-Logischen abgeleitete rein mengenmäßige Denken nach und nach alle Wissensgebiete erfaßt, um so mehr als der Drang zu einer immer größeren „Objektivität", d. h. entpersönlichten Betrachtungsweise in „Gegenständen an sich", die sinnfälligen Maßstäbe des Gegenständlichen, nämlich Raummaß und Mengenzahl auch zum Zähler und Gradmesser des wissenschaftlichen Denkens werden ließ [4]). Hier muß zukünftig von jedem, der es ernst mit wissenschaftlicher Arbeit meint, eingesetzt werden. Nicht dadurch, daß man das bisher durch die Arbeit von Generationen erworbene Erfahrungs- und Erkenntnisgut mißachtet oder gar schmäht, sondern dadurch daß man es als wichtigen Bestandteil für den Neuaufbau wissenschaftlicher Arbeit verwendet, aber durch die Erkenntnis der eigentlichen Wertbeziehungen und Wertbildungen zusammenfassend ergänzt. Denn ohne diese ist eine Erkenntnis der Zusammenhänge und Wechselwirkungen des Lebens unmöglich.

Es ist notwendig, auch im Rahmen eines Fachgebietes, wie es die Wirtschaft darstellt, einmal nachdrücklich auf diese ganz allgemein gültigen Gesichtspunkte hinzuweisen, um so mehr als sie für die Wirtschaft besonders bedeutungsvoll sind. Spielt doch gerade hier die Wertbeziehung und Wertbildung eine vorherrschende Rolle. Hinzu kommt, daß die Forderung nach einer nationalpolitisch und nationalwirtschaftlich gesunden Bedarfsdeckung im Sinne der eingangs erwähnten Aufgabe der Wirtschaft auf die Dauer sich nur dann erfüllen läßt, wenn die wertmäßigen Zusammenhänge und Wechselwirkungen beachtet und darüber hinaus ziel- und verantwortungsbewußt beherrscht und gehandhabt werden. Hier liegt das eigentliche Aufgabenfeld jeder Wirtschaftsführung vor uns, ein Aufgabenfeld, das vor allen Dingen erkannt und gemeistert werden muß. Ein Aufgabenfeld aber auch, das, wird es erst einmal von der Führung erkannt und beherrscht, auch neue, vielleicht sogar heute noch ungeahnte Möglichkeiten für die Lösung aller der Aufgaben bringt, die bisher in der Überzahl ungelöst die Amtskanzleien und Geschäftsstuben aller Wirtschaftsmächte der Welt als Folge wertmäßiger Zerrbilder und Fehlbildungen der vergangenen Jahrzehnte verstopfen.

Wie in der Pflanzenwelt die Fruchtfolge nur eingebettet in das tragende Feld eines grünenden und blühenden Lebens gewährleistet werden kann, so ist auch die Erfüllung wirtschaftlicher Lebenszwecke nur im Rahmen einer natürlichen und gesunden Wertbildung möglich. Die Erstellung und Verwendung der Güter sind hier die Mittel zur Erfüllung des wirtschaftlichen Zwecks, die Zusammenhänge und Wechselwirkungen der Wertbildung aber der tragende Boden und Rahmen, ohne die die ersteren eines Tages versanden oder im Leerlauf sinnlos zu werden beginnen.

Es ist daher im ureigensten Interesse jedes einzelnen und jedes Volkes notwendig, nicht nur auf die rein gütermäßige Bedarfsdeckung, sondern darüber hinaus auf die Zu-

[3]) „Wirtschaftsdynamik", Techn. u. Wirtsch., Heft 11/1935, S. 332 ff.

[4]) „Wirtschaft und Wissenschaft", Techn. u. Wirtsch., Heft 8/1933, S. 225 ff.

sammenhänge und Wechselwirkungen ihrer Wertbildung als Ausdruck ihres eigenen Lebens im Gemeinschaftsverbande zu achten.

Drei Grundsätze wirtschaftlicher Wertbildung und damit auch Grundsätze der Wirtschaftsdynamik wurden bisher von mir aus den Zusammenhängen von Sozialprodukt und Sozialertrag entwickelt:

1. Grundsatz wirtschaftlicher Wertbildung

Jede in sich geschlossene Wirtschaftskette stellt das von ihr geschaffene Sozialprodukt dem Kreis der Verwender stets zu dem Wert zur Verfügung, der dem Sozialertrag der betreffenden Wirtschaftskette entspricht [1]).

Der Wert des Sozialprodukts einer in sich geschlossenen bzw. nach außen wertmäßig ausbilanzierten Wirtschaftsgemeinschaft muß also stets gleich ihrem Sozialertrag sein.

2. Grundsatz wirtschaftlicher Wertbildung

Als „Gesamtwert" des von einer Wirtschaftskette geschaffenen Sozialproduktes ist nicht nur der dem Kreis der Verwender zur Verfügung gestellte Güterwert des Endproduktes (einschl. der halbfertigen Erzeugnisse) anzusehen, sondern darüber hinaus auch der bei seiner Erstellung im zwischenbetrieblichen Wirtschaftsverkehr entstandene tatsächliche Verlust [1]).

Eine jede Wirtschaftsgemeinschaft ist also in jedem Falle genötigt, die bei ihren einzelnen Trägern entstandenen und nicht von diesen selbst zu deckenden Verluste zu übernehmen und aus dem gesamten Sozialertrag zum Ausgleich zu bringen.

3. Grundsatz wirtschaftlicher Wertbildung

In jeder Wirtschaftsgemeinschaft muß die Produktionswirtschaft im engeren oder weiteren Sinne stets für die gesamte Wirtschaftsgemeinschaft sowohl das Sozialprodukt als auch den Sozialertrag schaffen, der für den Erwerb des Sozialprodukts erforderlich ist [5]).

Die Gesamtheit der das Sozialprodukt und den Sozialertrag erstellenden Wirtschaftsbetriebe (Produktionswirtschaft) muß also den übrigen Trägern und Kräften der Wirtschaftsgemeinschaft aus ihrem Sozialertrag stets den Wertanteil zur Verfügung stellen, den sie ihrerseits für den von ihr zur Verfügung gestellten Anteil am Sozialprodukt von den übrigen Trägern und Kräften der Wirtschaftsgemeinschaft verlangt.

Die drei Grundsätze und namentlich der letzte mögen für manchen vielleicht überraschend sein. Im Grunde genommen aber sind sie selbstverständlich und drücken nur die bereits im Auftriebe liegenden gesetzmäßigen Bindungen des Wertausgleichs und damit des Haushaltes der Gesamtwirtschaft aus.

Durch die drei Grundsätze wirtschaftlicher Wertbildung sind wertmäßig gesehen aber auch die eigentlichen Aufgaben der Produktionswirtschaft hinsichtlich der Erstellung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags klar und deutlich umrissen. Gleichzeitig werden dadurch sowohl mengen- als auch gütemäßig die praktischen Grenzen und Möglichkeiten für die Erstellung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes selber bestimmt. Sind doch für sie letzten Endes stets die wertmäßigen Bindungen und Begrenzungen entscheidend, die sich aus der Erstellung, Verteilung und Verwendung des Sozialertrags und damit auch der Bewertung des Sozialproduktes ergeben.

Das aber bedeutet im Grunde genommen nichts anderes, als daß die Erstellung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags einer jeden Wirtschaftsgemeinschaft in ihren wechselseitigen Stufen und Folgen harmonisch aufeinander abgestimmt sein müssen. Abgestimmt auf bestmögliche Wirkung im Sinne des eigentlichen Zweckes der Wirtschaft [4]), deren Aufgabe es ist, die materiellen Grundlagen für die Erhaltung und Entwicklung des menschlichen Lebensstandes sowie die Verfolgung der menschlichen Lebensziele zu schaffen.

[5]) „Wirtschaftsführung", Techn. u. Wirtsch., Heft 1/1936. S. 1 ff.

Wer daher — das sei nochmals mit Nachdruck betont — Wirtschaft treiben oder gar Wirtschaft führen will, darf niemals allein auf das Gebiet der Gütererstellung (Erstellung und Verteilung des Sozialprodukts) sehen. Er muß vielmehr — selbstverständlich unter Einstellung auf die oben erwähnte Gesamtaufgabe der Wirtschaft und unter Beachtung des Dienst- und Leistungsprinzips als grundlegenden Aufbaugesetzes — in der gleichen Weise auf die Erstellung des Sozialertrages und vor allen Dingen auf seine Verteilung achten. Denn ohne die sinnvolle und zweckgemäße Verteilung des letzteren läßt sich weder eine entsprechende „Verteilung" des Sozialprodukts, noch eine entsprechende Verwendung beider auf die Dauer erzielen.

3. Die Bedeutung des Sozialertrags im organischen Aufbau der Wirtschaft

Die einseitige und übermäßige Betonung der reinen Gütererstellung als Inbegriff der Wirtschaftsfunktion hat, verbunden mit dem bereits erwähnten rein mengenmäßigen Denken, dazu geführt, daß nicht nur der organische Aufbau der Wirtschaft, der stets aus den erstellenden Betrieben und verwendenden Haushalten besteht, sondern auch die inneren und äußeren Zusammenhänge und Wechselwirkungen der biodynamischen Wertbildung im Wirtschaftsverband vielfach ganz einseitig beleuchtet und damit verzerrt dargestellt werden.

Selbstverständlich ist es für eine jede Wirtschaftsgemeinschaft von entscheidender Wichtigkeit, ob und inwieweit es gelingt, das benötigte Sozialprodukt nach Art und Menge, Güte und Preis an den Verwendungsplätzen in geeigneter Form und zweckentsprechender Weise zur Verfügung zu stellen. Nichtsdestoweniger wird, wie die Vergangenheit lehrt, selbst eine derartige im eigentlichen Sozialprodukt vermeintlich einwandfreie Bereitstellung allein niemals einwandfrei sein. Ja, sie wird solange nichts oder nur sehr wenig im Sinne des oben erwähnten Wirtschaftszwecks zu nutzen vermögen, nicht selten sogar rein utopisch sein, als es nicht gleichzeitig gelingt, den zum Erwerb des betreffenden Sozialprodukts benötigten Sozialertrag an eben diesen Verwendungsplätzen (Haushalten) in einer derartigen Verteilung bereitzustellen, wie es der Zweck und die Aufgabe des Wirtschaftsverbandes verlangen.

Das bedeutet, daß die Verteilung des Sozialertrages nicht nur die notwendigen Daseinsgrundlagen für jedes Glied der Wirtschaftsgemeinschaft von der Ertragsseite aus zu gewährleisten hat, sondern daß auch der darüber hinaus zur Verteilung gelangende Sozialertrag in diejenigen Hände zu legen ist, die ihn bzw. den durch ihn erworbenen Anteil am Sozialprodukt auch im Sinne der Daseinsentwicklung und Zielverfolgung eines Volkes zu verwerten verstehen. Denn wie die Erstellung des Sozialproduktes nach Art, Ausmaß und Wert davon abhängig ist, was der Mensch in seinem Gemeinschaftsverband dem Felde seiner Betätigung abzuringen vermag, so wird die Verwendung des Sozialprodukts dadurch bestimmt, was der Mensch in seinem Gemeinschaftsverband mit dem Sozialertrag seiner Arbeit anzufangen versteht [6]).

Daraus folgt, daß nur der auf einen Mehranteil am Sozialertrag Anspruch zu erheben berechtigt ist, der

[6]) „Kapitalwirtschaft und Arbeitsbeschaffung", Techn. u. Wirtsch., Heft 12/1933, S. 353 ff.

a) ein Mehr an Leistungen oder Diensten im Gemeinschaftsverbande zu vollbringen vermag (Verdienstanspruch),

b) ein Mehr im Gemeinschaftsverbande wirkungsvoll und zweckentsprechend zu verwalten oder zu verwerten versteht (Besitzanspruch).

Dabei ist das Wirkungsfeld nicht etwa auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränkt, sondern erstreckt sich auf den gesamten menschlichen Wirkungsbereich. In jedem Fall kommt es dabei auf die Persönlichkeit des Wirkenden an, die zwar stets individuell bedingt und nicht schlechthin auf eine Formel gebracht werden kann, trotzdem Träger des Gemeinschaftsverbandes ist und nur als solcher zur wirklichen Wirkung gelangt. Entscheidend bei alledem ist, wirtschaftlich gesehen, letzten Endes nicht die Erstellung des Sozialprodukts, sondern die Erstellung und Verteilung des Sozialertrags und damit der Anteil, den der einzelne am Sozialertrag auf Grund seiner Leistungen und Dienste erwirbt oder auf Grund seiner Rechte und Pflichten hat.

a) Der Haushaltsverband als Verteilungssystem des Sozialertrags

Die Erstellung und Verteilung des Sozialertrags beginnt — darauf sei nochmals nachdrücklich hingewiesen — ganz allgemein mit und gleichgerichtet zur Erstellung des Sozialprodukts. Maßgebend hierfür ist ursprünglich stets die eigentliche Gütererstellung, und zwar nicht nur dem Ausmaße und Inhalte, sondern auch dem Vorgange und Zusammenhange nach, d. h. die Gütererstellung, so wie sie tatsächlich in Wirksamkeit tritt (Abb. 2) [3]). Während aber das Sozialprodukt auch weiterhin gleichsam im Stromnetz der Gütererstellung verbleibt und hier von Stufe zu Stufe fortschreitet, zweigt sich der ebenfalls in den Betrieben entstehende Sozialertrag sehr bald mehr oder weniger von der eigentlichen Betriebswirtschaft ab, um in einem besonderen Verteilungssystem, das man, in der Gesamtheit gesehen, am besten als Haushaltsverband bezeichnen kann, schließlich irgendwie, wo und wann in die Haushalte, d. h. also die eigentlichen Verwendungsstellen des Sozialertrags und Sozialproduktes zu münden.

Bevor auf die eigentliche Verteilung des Sozialertrags und ihre besondere Bedeutung im Rahmen der wirtschaftlichen Wertbildung näher eingegangen werden kann, sind noch kurz die verschiedenen Arten des Haushalts festzustellen, in denen ein solcher Ausgleich vonstatten geht.

An Haushalten lassen sich grundsätzlich drei verschiedene Arten unterscheiden:

1. der Betriebshaushalt, d. h. der Haushalt, der — wie eingangs erwähnt — mit den Betrieben der eigentlichen Gütererstellung unmittelbar verbunden ist und zur Erhaltung und Entwicklung der Betriebsaufgaben dient. Im Betriebshaushalt beginnt gleichzeitig die Verteilung des gesamten Sozialertrags;

2. der Verwaltungshaushalt, d. h. der Haushalt, der mit der eigentlichen Gütererstellung nicht unmittelbar verbunden ist, aber der Erfüllung einer ganz bestimmten, ihm von irgendeiner Seite aus gestellten Selbstverwaltungsaufgabe dient. Hierher gehören nicht nur sämtliche Haushalte der öffentlichen Hand, sondern auch die privater Einrichtungen, mögen sie nun ihren Unterhalt auf Grund von einmaligen Stiftungen oder auf Grund von laufenden Beiträgen bestreiten;

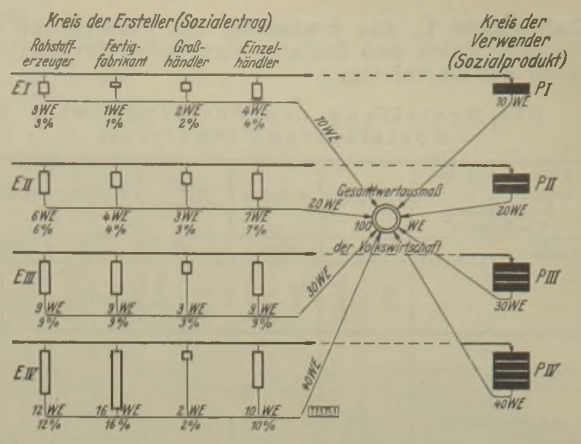

Abb. 2. Der Grundvorgang wirtschaftlicher Wertbildung
(Erstellung und Verwendung von Sozialprodukt und Sozialertrag in vier Wirtschaftszweigen einer in sich geschlossenen Wirtschaft)

3. der Familienhaushalt, d. h. der Haushalt, der dem Eigenleben des Menschen dient und seinen Unterhalt entweder aus einem der beiden vorerwähnten Haushaltgruppen oder aus andern Familienhaushalten erhält, soweit er nicht in der Lage ist, ihn aus gestapelten eigenen Mitteln zu decken.

Da, wie oben erwähnt, stets der Betrieb der Ursprung der Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags ist, muß die Versorgung des Betriebshaushaltes in dem Bereiche des Lebensnotwendigen als an erster Stelle stehend angesehen werden. Für die weitere Verteilung des Sozialertrags ergeben sich bei sämtlichen Haushalten ähnliche Überlegungen. Das Daseinsmindestmaß muß überall sichergestellt werden. Für die Aufteilung des Mehr können andere Schlüssel aufgestellt werden, soweit sich hierbei überhaupt in der Praxis geregelte Abstufungen nach Erfordernissen und nicht nur allgemeine Richtlinien vorsehen lassen.

Jeder Haushalt zerfällt selbst wiederum stets in zweimal zwei Teile

α) nach der Art der Aufwendungen

1. Sachdienst, d. h. solche Ertragsanteile, die für den unmittelbaren Erwerb von anteiligem Sozialprodukt verwandt werden und damit unmittelbar die Güterverwendung beeinflussen;

2. Sozialdienst, d. h. solche Ertragsanteile, die für die Inanspruchnahme bzw. Erfüllung von Leistungen und Diensten oder Rechten und Pflichten verwandt werden. Das kann gegenüber Einzelpersonen oder Personengemeinschaften, Produktionsbetrieben (im weitesten Sinne) oder Selbstverwaltungen sein. Zum Sozialdienst in dem hier unterstellten Sinne gehören also die Ertragsanteile, welche entweder als Lohn und Gehalt oder als Abgabe, Zins, Rente und dgl. an andere Haushalte abgegeben werden. Durch den Sozialdienst wird der Erwerb von Anteilen des Sozialprodukts von dem eigenen Haushalt in die nachfolgenden Haushalte des Gemeinschaftsverbandes gelegt und damit die Güterverwendung zwar nicht unmittelbar, aber mittelbar beeinflußt;

β) nach dem Zweck der Aufwendungen

1. ordentlicher Haushalt, d. h. solche Aufwendungen, welche der Aufrechterhaltung des ordentlichen Haushaltes und der ordentlichen Abwicklung des

Zahlentafel 1. Die Erstellung und Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags unter Berücksichtigung der Verteilung.

I. Die Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Auftrieb)

Werte in Mill. RM Mengen: M = Millionen T = Tausend			P-Betriebe		A-Kräfte		S-Verwaltungen		B-Kräfte		D-Kräfte	
Anzahl			100		15 000		10		10 000		10 000	
			Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Wert des Sozialprodukts			10,00									
Wert des Sozialertrags				10,00								
Verteilung von — an	P	A	4,32			4,32						
	P	S	2,68					2,68				
	A	S			0,72			0,72				
	S	B					2,88			2,88		
	B	S						0,48	0,48			
	P	D	1,00									1,00
	A	D			0,60							0,60
	S	D					0,40					0,40
	B	D							0,40			0,40
	D	S						0,40			0,40	
	Insgesamt		8,00	10,00	1,32	4,32	3,28	4,28	0,88	2,88	0,40	2,40
verbleibt zum Erwerb des Sozialprodukts .			2,00		3,00		1,00		2,00		2,00	

II. Die Verwendung des Sozialprodukts und Sozialertrags (Ausgleich)

Nr.	Preisklasse RM je Einheit	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
a	0,10	2,0 M	0,20	9,0 M	0,90	1,0 M	0,10	6,0 M	0,60	6.0 M	0,60
b	2,50	120 T	0,30	300 T	0,75	60 T	0,15	200 T	0,50	200 T	0,50
c	50,—	8 T	0,40	12 T	0,60	4 T	0,20	8 T	0,40	8 T	0,40
d	1000,—	500	0,50	450	0,45	250	0,25	300	0,30	300	0,30
e	25000,—	24	0,60	12	0,30	12	0,30	8	0,20	8	0,20
Sa.	Gesamtwert 10,00		2,00		3,00		1,00		2,00		2,00
	= 100%		20%		30%		10%		20%		20%

außerordentlichen Haushaltes dienen [7]). Hierbei handelt es sich vor allem um die Deckung des laufenden Lebensbedarfes;

2. außerordentlicher Haushalt, d. h. solche Aufwendungen, welche auf längere Sicht hinaus die Daseinsentwicklung und Zielverfolgung der Lebensträger gewährleisten sollen, in deren Diensten der Haushalt steht.

b) Die Verteilung des Sozialertrags und ihre Bedeutung

Um den Aufgaben, die der Sozialertrag im Rahmen eines jeden Wirtschaftsverbandes zu erfüllen hat, gerecht werden zu können, sind an die Verteilung des Sozialertrags folgende Forderungen zu stellen:

1. Breitenstreuung des Sozialertrags als soziale Forderung

Durch die Verteilung müssen die notwendigen Daseinserfordernisse aller Haushalte des Volkes zum wenigsten in ihren Mindestgrenzen sichergestellt werden. Oder mit andern Worten, der einzelne Gliedhaushalt eines Volkes muß zum wenigsten einen solchen Anteil am Sozialertrage erhalten, daß er daraus seine Mindesterfordernisse decken kann.

2. Tiefengliederung des Sozialertrags als kulturelle Forderung

Durch die Verteilung muß der Erwerb und damit die Erstellung wie die Verwendung nicht nur von preiswerten Massenerzeugnissen, insbesondere des Tagesverbrauchs, gewährleistet werden, sondern auch von hochwertigen und dadurch kostspieligen Sondererzeugnissen der Anlagenentwicklung im weitesten Sinne des Worts. Oder mit andern Worten, die Anteile am Sozialertrag müssen im einzelnen so gestaffelt sein, daß die Staffelung auch die Erstellung und Verwendung hochwertigerer Dauererzeugnisse ermöglicht.

Die erste Forderung verlangt eine gesunde und alle Teile des Volkes erfassende Breitenverteilung, so etwa wie der Land- oder Forstingenieur für die ausreichende Bewässerung aller Kulturen Sorge zu tragen hat.

Die zweite Forderung verlangt eine dem Ausmaße und Werte nach gestaffelte Tiefenverteilung, die, wie bereits erwähnt, nur durch ein „Mehr" zu erreichen ist und somit

[7]) „Die deutsche Wirtschaft im November 1935", Techn. u. Wirtsch., Heft 12/1935, S. 374 ff.

Zahlentafel 2. Die Gliederung des Sozialertrags als Wirtschaftsfaktor im Ausgleich

Werte in RM. Mengen: M = Millionen, T = Tausend, alle in Mengeneinheiten der betreffenden Erzeugnisse

Preis-Klasse	Haushaltsgruppe (Stufe) . .			V			IV			III			II			I		
	Einkommen in RM (Rest) . .			100,—			200,—			400,—			1000,—			4000,—		
	Anzahl d. Haushalte (Sa. 10000)			6000			2500			1250			200			50		
	Die Verteilung und Verwendung des Sozialertrags nach Haushalts- und Erzeugnisgruppen																	
Nr.	Sozialprodukt			je Haushalt		Sa. Wert	je Haushalt		Sa. Wert	je Haushalt		Sa. Wert	je Haushalt		Sa. Wert	je Haushalt		Sa. Wert
	Sa. Menge	Preis	Sa. Wert	Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert	
a	6,0 M	0,10	600000	625	62,50	375000	580	58,—	145000	540	54,—	67500	500	50,—	10000	500	50,—	2500
b	200 T	2,50	500000	10	25,—	150000	24	60,—	150000	48	120,—	150000	80	200,—	40000	80	200,—	10000
c	8 T	50,—	400000	0,25	12,50	75000	0,84	42,—	105000	2,6	130,—	162500	4,0	200,—	40000	7,0	350,—	17500
d	300	1000,—	300000	—	—	—	0,04	40,—	100000	0,096	96,—	120000	0,3	300,—	60000	0,4	400,—	20000
e	8	25000,—	200000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,01	250,—	50000	0,12	3000,—	150000
Sa.	—	—	2000000	—	100,—	600000	—	200,—	500000	—	400,—	500000	—	1000,—	200000	—	4000,—	200000

Da, wo die je Haushalt verfügbare Menge nicht in ganzen Einheiten, sondern in Bruchteilen zur Verfügung steht, muß der einzelne Verwender den betreffenden Teilbetrag solange „sparen", d. h. während so vieler Zeitabschnitte zurücklegen, bis der volle Betrag zum Erwerbe bereit steht. Oder mit andern Worten, es wird entweder ein stoßweiser Erwerb des betreffenden Erzeugnisses in den entsprechenden Zeitabschnitten eintreten oder nur ein entsprechender Teil der betreffenden Haushalte in den einzelnen Zeitabschnitten zum Erwerbe gelangen.

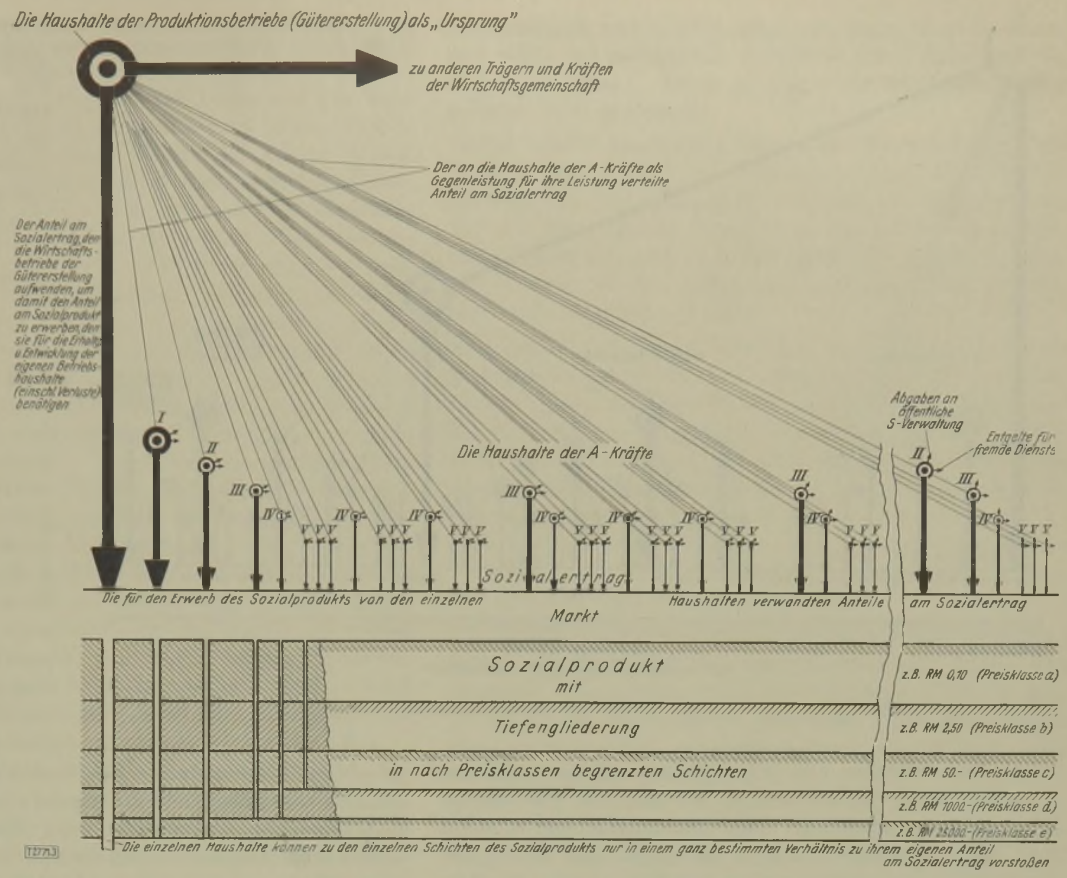

Abb. 3
Die Verteilung des Sozialertrags (Ausgang)

also den Fortschritt und Aufstieg der Wirtschaft zur Voraussetzung hat, auf der andern Seite die Weiterentwicklung und Veredlung der nationalen Arbeit aber erst tatsächlich ermöglicht.

Beide Forderungen verlangen zusammen auf der einen Seite eine auf ein Hochmaß gebrachte wirtschaftliche Produktivität und in dieser wiederum die Wirtschaftlichkeit, die die volle Ausnutzung der erstellten und verwendeten Güter im Sinne des Wirtschaftszweckes gewährleistet. Beide Forderungen verlangen aber insbesondere eine entsprechende Einstellung der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik und darüber hinaus die Schaffung und Beherrschung eines entsprechenden Werkzeugs der Führung, ohne die sie, selbst bei bestem Willen, nicht zu erfüllen sind. Ihr Sinn soll im folgenden kurz an Hand von Zahlenbeispielen und Bilddarstellungen erläutert werden.

1. Die Breitenstreuung des Sozialertrags

In Zahlentafel 1 ist noch einmal das umfassendste der bereits im Januarheft dargestellten Verteilungsbeispiele [5]) wiedergegeben. Ausgehend von den P-Betrieben (Betriebshaushalte) wird der gesamte Sozialertrag (vgl. den oberen Teil der Zahlentafel) zur Verteilung gebracht, stets auf Grund von in Anspruch genommenen bzw. zu erfüllenden Leistungen und Diensten oder Rechten und Pflichten. Versorgt werden sämtliche Haushalte (Breitenstreuung), die leben müssen. Zur Verfügung steht ihnen ein entsprechender Anteil am Sozialprodukt, das in fünf Preisklassen aufgeteilt ist (unterer Teil der Zahlentafel). Der Ausgleich zwischen dem Sozialertrag und Sozialprodukt muß nicht, wie in der Zahlentafel dargestellt, vollständig sein. Es können Reste verbleiben, die auf die Dauer Verluste darstellen und daher aus dem Gesamtsozialertrag gedeckt werden müssen (vgl. oben den 2. Grundsatz wirtschaftlicher Wertbildung). Auf eine etwaige zeitliche Überbrückung des Ausgleichs mittels Krediten usw. wird in späteren Arbeiten noch eingegangen werden.

Selbstverständlich kann es für die hier in Zahlen dargestellte Wirtschaftsgemeinschaft nicht gleichgültig sein, ob und inwieweit z. B. die Betriebe die Erstellung bestimmter Güter verstärken. Denn selbst wenn an sich in irgendwelchen Haushalten eine Verwendungsmöglichkeit wäre, so setzt die Verwendung jedoch stets auch die Erwerbsmöglichkeit voraus. Oder mit andern Worten, es ist sinnlos, Güter bestimmter Preisklassen herzustellen, ohne daß gleichzeitig die Verteilung des Sozialertrags in einer derartigen Weise erfolgt, daß das betreffende Mehr auch von den verschiedenen in Frage kommenden Haushalten erworben werden kann.

Stellt man z. B. ein sehr hochwertiges und damit teures Erzeugnis in bestimmten Mengen bereit und verwendet den dabei entstandenen Sozialertrag zur Verstärkung der Breitenstreuung, d. h. der minderbemittelten Haushalte, so muß man für einen Ausgleich (Erwerb) durch andere Haushalte sorgen, denen damit naturgemäß ein bisher anderweitig verwendeter Anteil am Sozialertrag entzogen wird. Es ist somit stets bei der Erstellung des Sozialprodukts und Sozialertrags, d. h. also bereits im Auftrieb dafür Sorge zu tragen, daß der Ausgleich des Sozialprodukts und Sozialertrags durch eine entsprechende Verteilung des letzteren gewährleistet wird.

2. Die Tiefengliederung des Sozialertrags

Die zuvor aufgestellte Forderung führt ganz von selbst zur Tiefengliederung des Sozialertrags, der damit auch zu einer rein wirtschaftlichen Notwendigkeit wird.

In Zahlentafel 2 ist für eine Gruppe (B-Kräfte) der Zahlentafel 1 ein Beispiel für eine solche Tiefengliederung

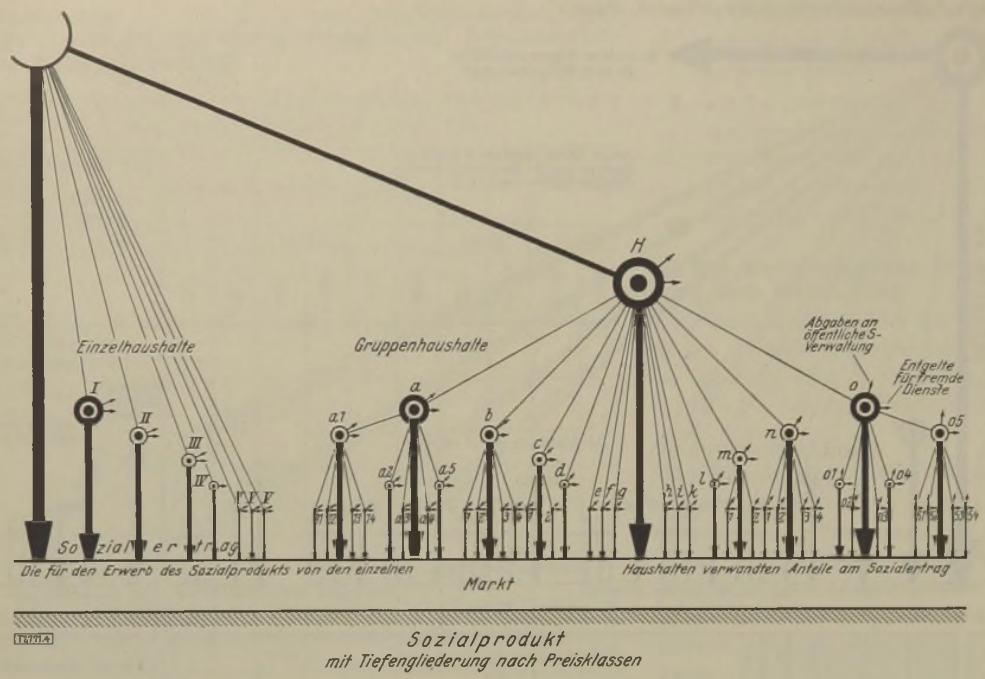

Abb. 4. Die Verteilung des Sozialertrags (Einzel- und Gruppenhaushalt)

entworfen. Würden alle B-Kräfte das gleiche verdienen, so bestände für die Erzeugnisse der höchsten Preisklassen keine Absatzmöglichkeit. Ihre Herstellung würde somit sehr bald unterlassen. Die Arbeit fehlt, und da es sich gerade hier um Qualitätsarbeit handelt, würde eine Verstärkung der Absatzmöglichkeiten in den billigeren Erzeugnissen keinen vollwertigen Ersatz bieten.

Bei der im Beispiel vorgesehenen Staffelung können zwar die unteren Einkommensstufen von den teuersten Erzeugnissen nichts erwerben. Auch die Erzeugnisse der Preisklasse c können nur dann von ihnen erworben werden, wenn sie den hierfür vorgesehenen Anteil am Sozialertrag in mehreren Zeitabschnitten „ersparen". Sollen sie den Anteil im vorhinein erwerben können, so muß die Erwerbsmöglichkeit „vorfinanziert" werden. Ähnlich liegt dies für die Erzeugnisse der höchsten Preisklassen bei den oberen Einkommensstufen.

Daraus folgt, daß z. B. der Lebensstandard der breiten Massen nur auf Grund einer allgemeinen Leistungssteigerung der gesamten Volkswirtschaft Schritt für Schritt verbessert werden kann. Daraus folgt aber weiterhin eine ganz bestimmte Wirtschaftspolitik, die fordert, daß die Produktionswirtschaft den breiten Massen für ihren Anteil am Sozialertrag das an Erzeugnissen zur Verfügung stellen muß, was die berechtigten Lebensansprüche ihrer Familienhaushalte auf Grund ihrer Arbeit erwarten dürfen. Hierin liegt eine wichtige Aufgabe jeder praktischen Betriebspolitik. Die Aufgabe lautet: Der Durchschnittshaushalt verfügt über den und den Monats- oder Wochenbetrag. Hierfür ist ihm ein wirtschaftlich vertretbares Höchstmaß an Gütern zur Verfügung zu stellen, zum mindesten aber das, was der Haushalt für die Deckung seiner Lebensbelange benötigt. Daraus ergibt sich für die benötigten Standardgüter eines Durchschnittshaushaltes auch eine ganz bestimmte Preispolitik, die bisher zwar gefühlsmäßig von den Betrieben befolgt, noch niemals aber als ein in sich geschlossenes aktives Wirtschaftsprogramm betrachtet worden ist.

Die Breitenstreuung und Tiefengliederung in der Verteilung des Sozialertrages gehören somit zusammen. Sie ergänzen sich gegenseitig und bilden, abgestimmt mit den Lebensnotwendigkeiten einer Gemeinschaft, gerade in ihrer wechselnden Folge jene großen Beeinflussungsmöglichkeiten, die die Wirtschaft zum, wenn auch passiven, Wirkungsträger der sozialen Belange und kulturellen Entwicklungen machen.

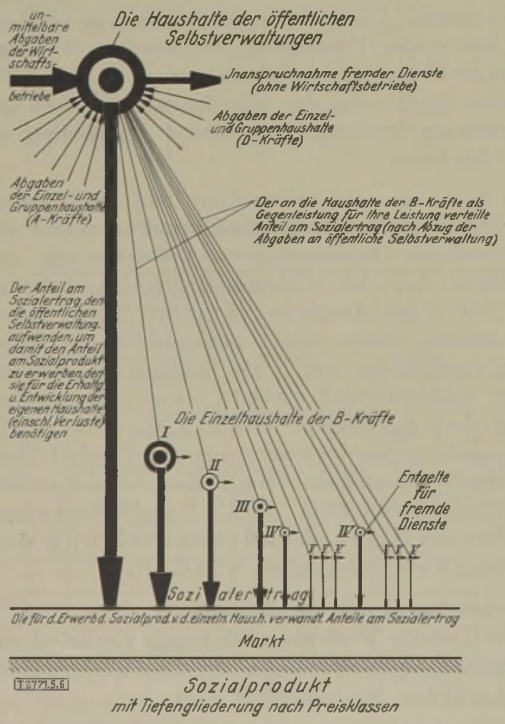

Abb. 5. Die Verteilung des Sozialertrags (S-Verwaltung)

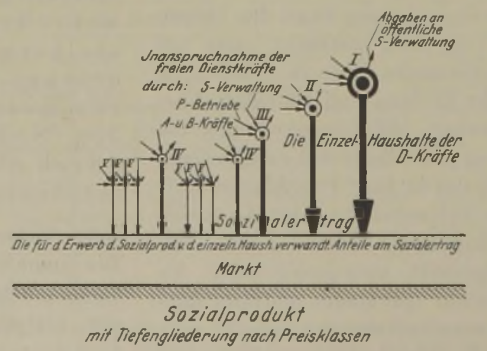

Abb. 6. Die Verteilung des Sozialertrags (freie Dienstkräfte)

c) Der Neuaufbau des Haushaltsverbandes als Voraussetzung jeder volkswirtschaftlich gesunden Verteilung des Sozialertrags

Um eine bessere Vorstellung von der Bedeutung der Verteilung des Sozialertrages zu ermöglichen, ist in den Abb. 3, 5 und 6 der Haushaltsverband dargestellt, wie er in den Zahlentafeln 1 und 2 zahlenmäßig wiedergegeben wurde. Zu den Abbildungen ist vor allem folgendes zu bemerken. Der Zug der Zeit ging während der letzten hundert Jahre dahin, immer mehr den einzelnen Privathaushalt aus dem früher bestehenden patriarchalischen Verhältnis zu lösen, ihn in Betriebs- oder Verwaltungs-Unmittelbarkeit zu stellen und damit vermeintlich in sich freier und selbständiger zu machen. Damit trat der einzelne Haushalt aber gleichzeitig gegenüber früheren Zeiten in wesentlich größere Betriebs- und Verwaltungsabhängigkeit, die namentlich in Krisenzeiten zur Gefährdung der Einzelhaushalte führte. Nur wenige werden sich heute darüber klar sein, daß dieses Streben nach dem Betriebs- und Verwaltungs-Unmittelbaren, das trotz allem auch heute noch die Menschen beherrscht, seinen Ursprung in der Freiheitsbewegung der vorigen Jahrhunderte findet, die damit auch den wirtschaftlichen Aufbau bis hin zu den Fundamenten verändert hat und zu den heutigen Entwicklungen einer überbetonten Betriebswirtschaft führte. Auch hier hat das 20. Jahrhundert durch den Neuaufbau des Haushaltsverbandes den gesunden Ausgleich zu schaffen.

In der Abb. 4 sind beide Arten eines derartigen Haushaltsverbandes gegenübergestellt. Beachtlich ist, daß der Gruppenhaushalt, wie er sich auch heute noch, rein wirtschaftsorganisch gesehen, in den Hofhaltungen oder größeren Gutsverwaltungen findet, eine wesentlich stärkere Tiefengliederung besitzt als die „unmittelbaren" Einzelhaushalte, wie sie in den Abb. 3, 5 und 6 aufgeführt sind. Der Gruppenhaushalt wird dadurch krisenfester, setzt allerdings in weit stärkerem Maße das persönliche Verhältnis von Führer und Gefolgschaft voraus. Denn in guten und schlechten Zeiten gehören beide zusammen.

Damit erhält gleichzeitig der dem Führerhaushalt zufallende höhere Anteil am Sozialertrag auch wirtschaftlich ein neues Gesicht. Das Mehr wird nur zu einem gewissen Teil für den eigenen Erwerb von Sachgütern verwendet. Der größere Teil geht an die Gefolgschaftshaushalte weiter. Als Entgelt werden bestimmte Leistungen und Dienste, nicht aber Sachgüter verlangt.

Ganz gleich, auf welche Weise nun ein solcher in der Tiefe gestaffelter Neuaufbau des Haushaltsverbandes erreicht werden kann, in jedem Falle ist er für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft von entscheidender Wichtigkeit. Denn nur durch ihn wird der gesamte organische Aufbau der Wirtschaft wiederum von der rein betrieblichen Seite auf die beiden tragenden Eckpfeiler jeder Wirtschaft, den Betrieb und den Haushalt verlagert. Der Auftrieb wird somit auch hier zum Ausgleich gebracht.

Die gewaltigen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts haben der Wirtschaft mit dem Auftrieb der Kräfte den heutigen Gemeinschaftsverband hochentwickelter Betriebe geschenkt. Der alte Aufbau eines patriarchalisch gebundenen Haushaltsverbandes ging dabei zugrunde. Das 20. Jahrhundert muß einen neuen Gemeinschaftsverband der Haushalte bringen [8]). Erst dann ist mit der so geschaffenen Ausgleichsmöglichkeit im Auftrieb der Kräfte der tiefe Sinn des 19. Jahrhunderts in wirtschaftlich gesunder Weise erfüllt und damit gleichzeitig der Boden für neues Wachstum im 20. Jahrhundert geschaffen. [2771]

[8]) „Wirtschaftsdynamik", Techn. u. Wirtsch., Heft 1/1935, S. 2 ff.

Die Bevölkerungsbewegung in deutschen Großstädten bis zum Jahr 1935

Die Anzahl der Eheschließungen nimmt nach dem beispiellosen Aufstieg im Jahre 1934 erwartungsgemäß seit Anfang 1935 wieder ab. Im vergangenen Jahr wurden in den Großstädten rd. 35 000 Ehen weniger geschlossen als im Vorjahr. Während im Jahr 1934 von 1000 Einwohnern noch 12,6 die Ehe eingingen, waren es im Jahre 1935 nur noch 10,8 Personen, womit die Heiratsziffer wieder ungefähr den gleichen Stand wie 1933 erreichte (10,7).

Die Geburtenhäufigkeit ist naturgemäß weiter angestiegen. Im verflossenen Jahr waren rd. 19 500 mehr Lebendgeburten zu verzeichnen als im Jahre 1934. Für das Jahr 1936 ist wieder ein Abnehmen der Geburtenziffer zu erwarten.

Zahlentafel 1. Die Bevölkerungsbewegung in deutschen Großstädten

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene
1934	252 863	291 331	207 539
1935	217 252	310 947	224 631
	umgerechnet je 1000 Einwohner:		
1933	10,7	10,9	10,6
1934	12,6	14,5	10,3
1935	10,8	15,4	11,1

Aufschlußreich ist ein Vergleich der Geburtenziffer in Großstädten mit der Reichsgeburtenziffer. War die erste in den Jahren 1933 und 1934 laut obiger Aufstellung gleich 10,9 und 14,5, so lag die Geburtenziffer im Deutschen Reich insgesamt mit 14,7 und 18,0 um rd. 30 % höher (vgl. TuW 1936/Heft 2 S. 53)!

Die Sterbefälle in deutschen Großstädten stiegen um rd. 8 % von 10,3 je Tausend Einwohner auf 11,1. Dieses hat seinen Grund zunächst in der im ersten Jahresdrittel 1935 herrschenden Grippeepidemie; dazu kommt die allgemeine Zunahme der Sterbefälle infolge Altersschwäche, Herzkrankheiten, Gehirnschlag usw. als Folge der immer weiterschreitenden Zunahme der älteren Volksschichten. Immerhin ist aber in allen Großstädten auch 1935 wieder die Geburtenziffer wesentlich größer gewesen als die Sterbeziffer.

N. [2757]

Die Lebenshaltungskosten der Welt 1934 und 1935

Die Lebenshaltungskennzahl ist in Deutschland im vergangenen Jahr gegenüber 1934 gestiegen. Dennoch ist die Preisentwicklung als durchaus günstig zu bezeichnen. In der ganzen übrigen Welt ist im Durchschnitt die Preisentwicklung stärker nach oben gerichtet gewesen. In Deutschland war lediglich die Steigerung der Lebensmittelpreise, die allgemein auch auf dem Weltmarkt angezogen haben, die Ursache für die Erhöhung der Gesamtkennzahl. Im Gegenteil konnte die Gesamtzunahme trotz der Steigerung der Ernährungskennzahl um 2,1 % auf der Höhe von nur 1,1 % gehalten werden. In Zahlentafel 1 ist die Lebenshaltungs- und Ernährungskennzahl in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern genannt. Aus ihr geht hervor, daß z. B. in den Vereinigten Staaten, in Japan, in den nordischen Staaten usw. die Lebenshaltungskennzahl weit stärker gestiegen ist als in Deutschland.

Zahlentafel 1

Kennzahlen der Ernährungs- und Lebenshaltungskosten in der Welt

Land	Ernährung 1934	Ernährung 1935	Lebenshaltung 1934	Lebenshaltung 1935	Bezugs-Jahr
Deutschland	118,3	120,4	121,1	123,0	1913/14
USA	110,8	123,3	126,2	132,2	1913
Japan	164	170	148,7	151,6	1914
Dänemark	107	115	107	110	1931
Norwegen	132	138	148	151	1914
Tschechoslowakei	632	656	684	696	1914
Ungarn	77,1	81,0	89,0	91,0	1913
Italien	381	391	391	391	1914
Britisch-Indien	87	92	97	101	1914
Kanada	103	105	124	124	1913
Polen	52,3	49,9	66.5	63,9	—
Schweiz	115	114	130	128	1914
Türkei	912	892	1031	952	1914

In den zuletzt genannten Ländern sind die Lebenshaltungskosten gesunken. In Polen ist das auf die tatkräftige Einflußnahme der Regierung auf die Preissenkung zurückzuführen.

Norden [2756]

Der Betriebsfremde

Zur Soziologie und Psychologie des Wirtschaftsberaters

Von Dr. sc. pol. KURT PENTZLIN, Hannover

Der durch die grundlegenden Strukturänderungen der letzten Jahrzehnte bereicherte und empfindlicher gewordene Wirtschaftsvorgang stellte immer neue Anforderungen an die Ordnungsgrundsätze der menschlichen Beziehungen im Wirtschaftsleben. Diese äußerten sich vor allem in der Aufgabe, für jedes der vermehrten Organisations- und Rechnungsziele ein artentsprechendes Organisations- und Rechnungsverfahren zu finden. Daher mußten arbeitsteilig verschiedene Funktionen der Wirtschaftsführertätigkeit zur Entlastung oder zur Ergänzung der Unternehmerfunktion herausgelöst werden.

Die Entwicklung ging schließlich dahin, daß das Organisieren, d. h. das entwickelnde, abstimmende und verbessernde Ordnen der körperlichen und geistigen Arbeit im Wirtschaftsvorgang immer mehr dem einzelnen Funktionsträger entzogen werden mußte.

Während früher in den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaft der Vorgang der sozialen Differenzierung vorwiegend auf Zerlegung und Unterteilung der Arbeiten abzielte, tritt jetzt gewissermaßen eine Rückbildung (oder aber eine Potenzierung) ein: der ordnende Überblick über die verschiedenen Teilgebiete, über die Sondergebiete der Spezialisten, wird jetzt zur Spezialaufgabe. Es bilden sich Berufe heraus, die das Wirtschaftliche an sich vertreten und den vergleichenden und ausgleichenden Überblick über die wirtschaftlichen Ganzheiten zur Sonderaufgabe machen. Diese Entwicklung geht aus von den rein kritischen und analytischen Arbeiten des Prüfens und kommt über betriebsvergleichende Untersuchungen schließlich zur Tätigkeit des Wirtschaftsberaters.

Der Kreis derjenigen Personen, die heute als beratende „Spezialisten" mit mehr oder weniger Berechtigung den Einzelunternehmungen ihre Dienste anbieten, ist fast unübersehbar geworden. Bei der Untersuchung des ihnen allen Gemeinsamen und Wesentlichen kommt es weniger darauf an, die Unterschiede zwischen den einzelnen Sondergebieten herauszuarbeiten, als vielmehr das Grundsätzliche einer Mitarbeit von betriebsfremden Elementen im Betrieb zu klären.

Und es ergibt sich die Frage, ob Werden, Funktion und bisheriger Erfolg dem Zufall oder aber besondern Fähigkeiten oder arteigenen sozialen Möglichkeiten dieser Wirtschaftsberater zuzuschreiben sind; ob sie von sich aus beim Ausüben ihrer Tätigkeit anders geartet sind, oder aber ob gerade die besondere Art ihres Arbeitens sie aus dem Üblichen heraushebt und im Zusammenhang damit besondere Aufgaben und Berufsanforderungen stellt und eigenartige Arbeitsverfahren voraussetzt.

Der Fremde und das Fremdsein

Georg Simmel war wohl der erste, der in seiner „Soziologie" systematisch die aus der Wechselbeziehung zwischen Mensch und Raum und zwischen Mensch und Mensch im Raum sich ergebenden Möglichkeiten der Gesellschaftsgestaltung untersucht hat. Er hat dabei das Merkmal der Beweglichkeit als einer Synthese von Nähe und Ferne hervorgehoben. Ausgehend von der Frage der Wanderungen, vom Wandern als Gelöstheit vom Raumpunkt im Gegensatz zu einer Gebundenheit an einen Raumpunkt, kommt er zum Begriff des Fremden.

Gegenüber dem wandernden Menschen mit einem sich stetig ändernden Lebensbereich und dem seßhaften Menschen mit seinem fast gleichbleibenden Lebensbereich hat er den Begriff des Fremden herausgearbeitet und damit die Frage des Fremdseins gestellt mit dem ihm anhaftenden Negativen und Positiven in gesellschaftsbildender Hinsicht. Dabei hat er das Kennzeichnende und die Funktionen des Fremden formuliert, und zwar — wie oft bei ihm — wohl erstmalig, einmalig und fast endgültig in einer abschließenden Form und Art.

Bei dem Fremden vereinigt sich beides: die Gelöstheit von einem und die Gebundenheit an einen Raum, oder im übertragenen Sinne: an ein soziales Gebilde, an eine Gruppe oder dergleichen.

Wenn von einer Gelöstheit vom Raumpunkt die Rede ist, so ist Raum nur Symbol räumlicher, zeitlicher oder sozialer Art für menschliche Verhältnisse oder Beziehungen.

Fremd ist jemand, der heute kommt, morgen bleibt, aber irgendwann einmal doch wieder geht. Die Untersuchung der besondern Eigenart dieser Sonderstellung bewegt sich zwischen den Begriffspaaren:

Gleichheit und Ungleichheit,
Nähe und Ferne,
Überordnung und Unterordnung.

Wichtig ist, den Begriff des Fremden von dem des Wandernden abzugrenzen. Während der Wandernde heute kommt und morgen geht, ist es bei dem Fremden so, daß auch er heute kommt, aber er bleibt, wenn auch nur für eine bestimmt oder unbestimmt lange Zeit; er ist nur ein potentiell Wandernder, aber doch kein Bleibender. Bei ihm ist die Gelöstheit des Kommens und des Gehens immer noch nicht überwunden. Er gehört in den Kreis, in den er eindringt, und in den er bestimmte Qualitäten hineinträgt, eigentlich nicht hinein.

Ein bestimmter großer Teil der in der Gruppe sich auswirkenden Eigenschaften des eindringenden Fremden ist positiv in gesellschaftsbildender, gruppenumformender Hinsicht. Denn das Fremdsein ist eine besondere Art von Wechselwirkungsform: Der Fremde ist gleichzeitig bis zu einem gewissen Grade ein Element der Gruppe und steht doch außerhalb oder der Gruppe gegenüber. Auch er ist ein Glied dieser Gruppe, das sich aber von andern, festeren oder festen Gliedern dadurch unterscheidet, daß es einerseits vorwiegend distanzierende Momente in das Gruppenleben hineinbringt, anderseits jedoch auch bindend und ausgleichend wirkt.

Wenn der Fremde, gekennzeichnet durch das besondere Merkmal der Beweglichkeit, der Synthese von Nähe und Ferne, in ausreichendem oder gar überdurchschnittlichem Maße mit den menschlichen Eigenschaften der Intelligenz und Vertrauenswürdigkeit ausgestattet ist, so findet er eben durch seine besondere Lage im Gruppenleben Erweiterungen und Neuerschließungen, d. h. besondere Möglichkeiten eigener Art, sich auszuleben, seine Zwecke durchzusetzen. Diese besondern Möglichkeiten des Einwirkens auf menschliches Zusammenleben, die ihn andern gegenüber auszeichnen, äußern sich vor allem in größerer Objektivität, weniger gehemmter Urteilsfähigkeit und durch erhöhte Abstraktion im Entwurf von Neuerungen.

In dieser besondern gesellschaftsbildenden und lebensformenden Rolle des Fremdseins ist eine Stärke und Schwäche zugleich enthalten. Wie weit das eine oder andere überwiegt, liegt im Persönlichen, in der Akzentlage der Persönlichkeitswerte. Die Stärke kann ausgebaut und betont werden, die Schwäche ver-

drängt und vermieden werden, je nach Veranlagung und Ausbildung.

Die Objektivität des Fremden beruht auf einem Zustand des Abstandes und der Unbeteiligtheit, der zwischen Gleichgültigkeit und Bindung nicht schwankt sondern liegt. (Es ist allgemein bekannt, daß der Fremde oft überraschende Offenheiten und Geständnisse hört, die dem Nahestehenden vorenthalten werden.) Seine Objektivität ist aber nicht eine Nichtteilnahme, sondern eine besondere Art der Teilnahme, welche zufällige Verschiebungen und Betonungen ausschaltet. Der Fremde ist bezüglich Aufnahme, Verständnis, Abwägen und Urteil nicht festgelegt, wenigstens nicht so sehr menschlich und durch Gruppenbeziehungen festgelegt, wie andere: er neigt also in dieser Hinsicht weniger zum Vorurteil.

Der Fremde sieht in seiner Zwischenstellung zwischen Absonderung und Verbundenheit, die natürlich immer nur gewisse Seiten seiner Person sozial einbezieht, andere dafür ausschaltet, die Dinge abstrakter. Es besteht für ihn ein innerer Zwang, Dinge, Entwicklungen oder Kausalzusammenhänge abstrakter zu sehen, weil er sie bewußt anders und immer rationell ausgerichtet sieht, dabei über sein Sehen, sein Arbeiten selbst nachdenkt und außerdem mehr Vergleichsmöglichkeiten hat.

Er kann die Zusammenhänge der ihm fremden Gruppe an allgemeineren Ansichten messen, da er durch keine Gewöhnung, Rücksicht oder Vorleben gebunden ist. Er ist deshalb von einer unpersönlicheren Objektivität und gleichzeitig abstrakter, weil er mehr den Typus, mehr das Gerippe sieht, und weil der Wärme der Beziehungen auf seiten des Fremden ein Element der Kühle beigesetzt ist.

Wer auf wirtschaftlichem Gebiet als Fremder zu einem geschlossenen Kreis, einem Betrieb etwa, kommt, ist diesem Kreise insofern nahe, als ihn das Vertrauen der am Betriebe Interessierten berufen hat, ein gemeinsamer Beruf vorliegt und die gleichen wirtschaftlichen Interessen oder Absichten verfolgt werden; er ist aber gleichzeitig fern, einmal weil er das alles mit sehr vielen andern, ganz abseits stehenden Menschen gemeinsam hat, und dann, weil er nicht ständig zu der Gruppe gehört oder gehören soll, sondern gerade dadurch in ihr eine Sonderstellung einnimmt.

Der Grad des menschlichen und beruflichen Abstandes ist natürlich in jedem Einzelfall verschieden und damit auch die Bedeutung des einzelnen Fremden für das Zusammenarbeiten im gemeinsamen Lebensraum. Von der oberflächlichsten Form der rein sachlichen Verständigung, dem einfachen Verstehen, bis zur Vertrautheit miteinander kann jede Abstufung vorkommen.

Gefährlich für einen Fremden ist nur, daß die besondern, soziologisch positiven Merkmale des Fremdseins beim Schwinden des Einzigkeitsgefühls nachlassen oder ganz verschwinden können; und hier bei spielt die Zeit eine geringere Rolle als der Grad des Vertrautwerdens. (Dieses Vertrautwerden mit den Dingen und Menschen darf nicht verwechselt werden mit dem Vertrauen, das den Fremden berufen hat.) In dem Ausmaße, in dem eine Ergänzung und Anpassung, ein Einstehen für einander, ein Verstandenwerden und Bejahen unmerklich zunimmt, nimmt das Fremdsein ab. Wenn der einzelne so restlos in die Gemeinschaft eingeht, daß ihm die Verantwortlichkeit vor sich selbst zwar noch nicht ganz abhanden kommt, aber doch hinter dem Gemeinschaftsbewußtsein zurücktritt, dann verliert sich das Besondere des Fremdseins und damit auch die darin liegenden Vorzüge auf dem Gebiete der Gesellschaftsgestaltung. Der Schwerpunkt liegt immer in dem Grade der Verbundenheit, d. h. darin, wie weit ein Fremder sich schon eingelebt hat, mit den Einzelheiten des Gruppenlebens vertraut geworden ist und sich an den geregelten Ablauf des „normalen" Geschehens innerhalb der Gruppe gewöhnt hat.

Von Bedeutung ist, daß die Verantwortlichkeit für den Fremden immer irgendwie außerhalb des unmittelbar von ihm zu beeinflussenden Lebenskreises liegen wird, ganz gleich, ob bei sich selbst, bei einem Auftraggeber, der über oder in dem zu bearbeitenden Gebilde steht, oder auch beim öffentlichen Interesse.

Gerade durch diese besondere Interessiertheit, durch diesen Interessenkonflikt wird ein gewisser Kampf aufrechterhalten [1]). Kampf mit- und gegeneinander bei Auseinandersetzungen zwischen dem Fremden und „seiner" Gruppe stärkt zum mindesten den Intellekt, erhält die geistigen Kräfte in Form; ähnlich wie zum Beispiel ein freier Anwalt ganz anders gezwungen ist, wach zu sein und gewissermaßen ständig zu trainieren, als etwa ein Prediger, der sich mit niemanden auseinandersetzen muß, dem niemand widerspricht.

Die einfach hinzunehmende Tatsache, daß sachliche Arbeitsleistung fast stets durch zwischenmenschliche Beziehungen gestört oder in Spannungen, vielleicht sogar in Kampf umgebogen wird, kann durchaus zum Besten der Gruppe dienen. Die von dem amerikanischen Soziologen *Roß* aufgeworfene Frage, ob Konflikte durch Zunahme des Kennenlernens vermindert werden, kann natürlich nicht ohne weiteres eindeutig für alle Fälle beantwortet werden [2]).

Bedeutsam ist nur, daß bei dem Verhältnis des Fremden zur Gruppe eine bessere Bekanntschaft den Grad der Spannung und Fremdheit oder gar der Feindseligkeit durchaus nicht zu verringern braucht [3]); daß ferner eine konflikterfüllte Gruppe nicht notwendig hinfällig oder in ihren Leistungen negativ zu sein braucht.

Die dem Fremden gegenüberstehende Gruppe steht, ohne zur Masse zu werden, immer unter dem massenpsychologischen Gesetz der intellektuellen Niveausenkung [4]). Trotz dieses Vorteiles ist es für den Fremden ratsam, bewußt die Haltung des Abstandes und der Frische des Eindrucks zu wahren, wenn er in den Sozialvorgängen der Entwicklung, Umbildung oder Erneuerung sozialen Gruppen oder Lebensbereichen gegenübersteht. Denn besonders dort, wo der Fremde es mit unmittelbar sichtbaren Dingen oder Vorgängen zu tun hat, wie z. B. im Betriebsleben, muß die Frische der Augen ausgenutzt werden, da er später (in Bezug auf Zeitverlauf und Verdichtung der Beziehungen) nicht mehr die gleichen Dinge, Abweichungen, Auffälligkeiten oder dergleichen sehen kann. Auch er kann sich bis zu einem gewissen Grade nicht dem psychologischen Satz vom fallenden Erlebniswert

1) *Joseph Schumpeter*, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. 2. Auflage. München 1926.

S. 126. „Jedes abweichende Verhalten eines Gliedes der sozialen Gemeinschaft wird mißbilligt, freilich in sehr verschiedenem Maß, je nachdem die soziale Gemeinschaft an dergleichen gewöhnt ist oder nicht."

S. 127. „Immer ist das Überwinden dieses Widerstandes eine Aufgabe besonderer Art, die es im gewohnten Ablauf des Lebens nicht gibt, eine Aufgabe auch, die ein Verhalten besonderer Art fordert."

2) *E. A. Ross*, The Social Trend, New York, 1922, besonders S. 169 ff.

3) *Leopold von Wiese*, System der allgemeinen Soziologie. 2. Auflage. München 1933.

4) *W. Moede*, Lehrbuch der Psychotechnik, Berlin 1930, S. 6 und 22.

des Reizes entziehen: bei allzuhäufiger Wiederholung der alltäglicher werdenden Eindrücke wird auch bei ihm der Wirkungswert abnehmen, obwohl der ständige Wechsel und die Berührung mit mehreren Betrieben dem entgegen wirkt.

Im Hinblick auf das Begriffspaar Über- und Unterordnung wird es ebensosehr auf das Feingefühl wie auf die tatsächliche persönliche Überlegenheit ankommen, ob das Verhältnis des Fremden zur Gruppe positiv sein kann. Unwichtiger ist die in jeder sozialen Gruppe auftauchende Frage, ob sie sich lieber unter einen Fremden oder unter einen Menschen aus ihrem Kreise unterordnet. Es ist auch müßig zu fragen, was zweckmäßiger oder würdiger sei. Tatsache ist, daß der Fremde unparteiischer, der Zugehörige dagegen verständnisvoller und daher entschuldigender sein muß.

Der Fremde muß sich in seiner Handlungsweise danach richten, daß jeder handelnde, besonders aber jeder Anordnungen ausführende Mensch eine tiefe Abneigung gegen die Unterwerfung unter einen nicht völlig verstandenen Willen hat. Jedes Glied der Gruppe möchte vor allem bei Änderungen gegenüber früheren Zuständen wissen, was geschieht, wenn es dieses oder jenes selbst tut oder durch andere ausführen läßt.

Dies ist besonders für die Zusammenhänge wichtig, in denen sich der Fremde auf wirtschaftlichem Gebiet befindet, da ihm hier wohl ausnahmslos die Aufgabe zufällt, wirtschaftlichere Arbeitsweisen einzuführen und durchzusetzen. Er muß den unerschütterlichen Glauben an die Möglichkeit besitzen, das Ziel trotz der menschlichen Passivität zu erreichen. Und bei der Durchführung darf er zum mindesten nie jemanden unterschätzen, selbst wenn er zu wissen glaubt, daß die Mehrzahl aller Menschen durch die angeborene und nur allzu menschliche abwartende und ablehnende Haltung gegenüber dem rationellen Handeln beherrscht wird.

Dadurch, daß der Fremde immer am Rande eines Kreises, einer Gruppe oder eines Betriebes bleibt, hat er — und eigentlich nur er allein — die Möglichkeit, mit verschiedenen Kreisen, Gruppen, Lebensbereichen oder Betrieben in Fühlung zu kommen und daraus, d. h. aus seiner besonderen Stellung allen diesen Kreisen gegenüber, Werte zu ziehen, die wiederum allen von ihm berührten Kreisen zugute kommen können.

Gerade hierdurch und durch den steten oder häufigen Wechsel, durch die Blickpunktänderung und den Vergleich (bei gleichem oder ähnlichem Abstand) wird der besondere Wert des Fremdseins begründet und dauernd gesteigert. Bezogen auf das Wirtschaftsleben, auf das Verhältnis eines Außenstehenden als Träger eines besonderen Berufes zu einem Betriebe oder irgend einem andern wirtschaftlichen Gebilde bedeutet das, daß sich aus der Sonderlage der Beziehungen des Fremden zum Betrieb arteigene Möglichkeiten ergeben, die eine Steigerung und Vervollkommnung der Betriebszwecke, der Wirtschaftlichkeit an sich ermöglichen, sofern nur bestimmte Charakterzüge gegeben sind, welche die Voraussetzungen bilden für das Zustandekommen des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Fremden und „seiner" Gruppe.

Voraussetzungen

Selbstverständlich ist es eine unvermeidbare Forderung, daß der Betriebsfremde, der einen Wirtschaftsbetrieb beraten will, positive und ausgeglichene Kenntnisse auf kaufmännischem und technischem Gebiet aufweist, daß er einen bestimmten Blick, das sogenannte „Fingerspitzengefühl" für Organisations- und Arbeitsmängel und außerdem eine natürliche Veranlagung zur Beurteilung betriebswirtschaftlicher und technischer Fragen mitbringt. Aber all dies ist nur in zweiter Linie wichtig; der Tatbestand des Fremdseins allein mit den Merkmalen der verstärkten Objektivität, größeren Abstraktionsfähigkeit, Beweglichkeit und Freiheit von Hemmungen bietet die eigentliche Erklärung für die eigenartige Wirksamkeit des Fremden.

Nur in Verbindung mit der besondern Lage des Fremdseins eröffnen die genannten Voraussetzungen für den Außenstehenden Möglichkeiten, welche aber in ihrer Begrenztheit bewußt gesehen oder gefühlsmäßig erkannt werden müssen und in Grenzfällen den Entschluß herbeiführen sollten, lieber Spezialmitarbeiter heranzuziehen, als durchaus für ein „Universalgenie" gelten zu wollen.

Denn obwohl in fast allen Fällen das oft verlangte „universelle Wissen" tatsächlich fehlte, haben doch sehr viele Betriebsfremde in ihrem Beruf, und zwar in den allerverschiedensten Industriezweigen, erstaunliche Erfolge erzielt, die nicht nur durch bloßes Wissen erklärt werden können.

Abgesehen von der Sonderstellung im Sozialprozeß sind es noch weniger die Beherrschung bestimmter Wissensgebiete oder das Ausmaß der fachlichen bzw. der methodischen Ausbildung, die ausschlaggebend für den Erfolg der Arbeit eines Betriebsfremden sind, als vielmehr vor allem die Eigenschaften des Persönlichkeitsbildes: z. B. Verantwortungsbewußtsein, Verschwiegenheit und Unparteilichkeit.

Da die Tätigkeit des Betriebsfremden überall dort, wo sie über das rein Analytische, über das nur Prüfende hinausgeht, gewisse Führereigenschaften verlangt, wird die Anforderung nicht nur des Berufsstandes, sondern auch der Auftraggeber — mehr oder weniger klar ausgesprochen — neben den Eigenschaften der Zielgerichtetheit, Wendigkeit, der schöpferischen Begabung und der Weite des Gesichtskreises auch Hartnäckigkeit, Ausdauer und Leistungsfähigkeit gepaart mit Entschlossenheit und klarem Verstand einschließen [5]).

Denn es ist eine Erfahrung, daß ein Ziel um so rascher und sicherer erreicht wird, je spezieller, klarer und eindeutiger die Zielsetzung ist. Genauigkeit und Sicherheit der Anordnung bestimmen das Zeitmaß und die Sicherheit der Verwirklichung einer Befehlsausführung.

Das Verfahren des Betriebsfremden

Ebenso sehr wie die Fremdhaltung durch besondere persönliche Eigenschaften unterstützt und im positiven Sinne hervorgehoben werden kann, kann sie natürlich auch durch Charakterfehler und besonders durch Fehlgriffe im Verfahren beeinträchtigt werden. Das Vorgehen der Betriebsfremden in einem zu untersuchenden oder zu beratenden Betriebe ist in der Öffentlichkeit noch wenig oder gar nicht bekannt. Eben wegen der verschiedenen beruflichen Herkunft der einzelnen Wirtschaftsberater ist naturgemäß ihre Arbeitsweise, ihre Systematik oder

[5]) *N. Ach*, Über die Determinationspsychologie und ihre Bedeutung für das Führerproblem. Leipzig 1933.

ihr Schema, wenn es so etwas überhaupt schon gibt, vor allem aber der Ansatzpunkt für das Finden von Fehlerquellen und Mängeln sehr verschieden.

Nicht nur hinsichtlich des Ansatzpunktes werden sich Unterschiede in der Arbeitsweise der einzelnen Betriebsfremden herausstellen, sondern auch in der Art des Vorgehens während der Untersuchung oder Beratung oder gar bei der Abfassung der Ergebnisse einer Betriebsanalyse, eines Änderungs- bzw. Umstellungsvorschlages.

Ganz gleich aber welche Verfahren der Betriebsfremde wählt, er wird auf jeden Fall durch seine Anwendung in eine eigenartige Lage geraten, deren Meisterung nur durch eine gewisse Kunst der Menschenbehandlung möglich ist.

Gerade bei den Arbeiten, die an sich besondern Widerstand hervorrufen und sich deshalb vorzugsweise für eine Bearbeitung durch den Betriebsfremden eignen, kommt es viel auf die geschickte Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen und auf die Wahl der Beeinflussungsgrundsätze an. Dabei wird es sich weniger um das Verhältnis des Vorgesetzten zum Untergebenen handeln, sondern um ein Verhältnis, das keinen besondern Höhenunterschied anzeigt und an den Betriebsfremden die Anforderung stellt, sich in eine andere Anschauungswelt hineinzudenken. Statt eines Befehlens wird es sich um ein Überzeugen und Gewinnen handeln müssen, es wird ein Verhältnis des Vertrauens und Folgens zu schaffen sein. Um das zu erreichen, muß der Betriebsfremde die Eigenschaften der Einsicht und des guten Willens und vor allem der Anpassungsfähigkeit verkörpern. Das außerdem noch mögliche Verfahren bei der Menschenbehandlung, nämlich das des Hinterhaltes, des Arbeitens auf dem Umwege über Dritte, durch das sogenannte Kaltstellen, Intrigieren oder ähnliches ist abzulehnen, da das Beseitigen und Ausgleichen von Gegensätzen immer fruchtbarer ist als Schaffen und Erhalten von Gegensätzen.

Allgemein haben sich ja bisher Gemeinschaften und andere Sozialordnungen immer dann als gesünder, stärker und lebensfähiger erwiesen, wenn ihre Ordnungsgrundsätze nicht auf Gewalt, Drohung oder Zwang, sondern auf Überzeugung und Gewinnen für eine Sache aufgebaut waren.

Sehr oft wird gerade die Ansicht über die Wichtigkeit bestimmter betriebswirtschaftlicher Maßnahmen oder neu einzuführender Systeme bei dem Betriebsfremden und seinem Auftraggeber, dem Unternehmer z. B., grundsätzlich verschieden sein. Der Betriebsfremde wird daher auch den Mut haben müssen, sich aus sachlichen Gründen unbeliebt machen zu können. Bei einsichtigen, weil überzeugten Auftraggebern hebt das sogar seinen Wert, oder mindestens seine Verwendungs- oder Verwertungsmöglichkeit [6]).

Jeder Fremde findet in dem Betriebe, mit dem ihn seine Arbeit in Berührung bringt, Spannungen vor. Und er schafft neue Spannungen, eben durch sein Eindringen in einen bis dahin geschlossenen Kreis und durch das Mitbringen einer kritischen Absicht.

Spannungen von Mensch zu Mensch, die auf sachlich begründeter, zielstrebiger Zusammenarbeit beruhen und sich in Meinungsverschiedenheiten oder manchmal auch noch krasser äußern, brauchen nun aber durchaus nicht unproduktiv zu sein.

Es ist nicht nur menschlich verständlich und oft unvermeidlich, daß diese Spannungen auftreten, sondern es ist betriebssoziologisch wichtig, daß diese Spannungen erkannt und gewertet und damit für positive Aufbauarbeit nutzbar gemacht werden können; und gerade der betriebsfremde Wirtschaftsberater ist in der Lage, Auseinanderstrebendes zu binden, die Menschen unter einheitlichem Gesichtspunkt zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen [7]).

Es wird im Einzelfall von dem Format des Menschen, von seinem Wissen oder Einfühlungsvermögen auf soziologischem, pädagogischem, psychologischem oder gar psychopathologischem Gebiete abhängen, wie weit er solche Spannungen beherrscht, sie einsetzen kann (um nicht von einem „Spielen" mit ihnen zu reden).

Die Frage, ob die Glieder eines Betriebes sich williger und widerstandsloser unter einen Fremden oder einen der bisher Ihrigen unterordnen, muß insofern offen bleiben, als sie von Fall zu Fall verschieden zu beantworten ist [8]).

Fest steht, daß auf Seiten des von außen Kommenden eine größere Unbefangenheit herrscht, und daß eine Unterordnung unter einen Fremden bei der Einführung neuer Maßnahmen durchaus nicht zu demütigen braucht. Es kann nicht entschieden werden, ob ein Widerstand sich stärker gegen bisherige Angehörige desselben Kreises richtet, nämlich in solchen Fällen, in denen Abänderungsvorschläge von diesen kommen, als gegen den Betriebsfremden, der Autorität ist oder hat; der das Entwicklungsmäßige, das Aufbauen auf Vorhandenem, je nach Veranlagung oder Geschick stärker betonen kann oder sollte; der auch unter Umständen die Tatsache nicht zu verschweigen braucht, daß er auf die Mitarbeit derjenigen Menschen angewiesen ist, deren Widerstand er überwinden muß.

In diesem eingeschränkten Zusammenhang ist es natürlich ein gewisser Nachteil, daß der betriebsfremde Berater häufig — rein äußerlich betrachtet — bis zu einem gewissen Grade, aber eben auch nur bis zu einem gewissen Grade und für eine bestimmte Zeit, ein Neuling ist mit all den Hemmungen, Widerständen und Belastungen eines solchen [9]).

Da auf der andern Seite aber das unvoreingenommene, unbeschwerte und durch den Betriebsvergleich gestärkte Urteil viel positiver bewertet werden muß als formale Branchenkenntnisse, ist es nur sehr bedingt und begrenzt zu begrüßen, daß Betriebsfremde sich auf besondere Geschäftszweige spezialisieren.

Bei allgemeiner rationeller Entwicklungsarbeit wird es für den Wirtschaftsberater zweckmäßig sein, stets die individuellen Betriebsbedingungen zu beachten und zu berücksichtigen, nicht vorschnell zu urteilen, sondern sich vorher erst eine Übersicht zu schaffen und die Zusammenhänge zu

6) *L. H. Ad. Geck*, Das Betriebskommando in Frankreich, ferner Emile Cheysson, Le role social de l'ingenieur, Paris 1911, und *Donceur*, Une école de chefs, le Fayolisme, Paris 1921.

7) *Wilh. Stock*, Isoliertheit und Verbundenheit. Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, Bd. XI, 2.

8) *H. L. Stoltenberg*, Bestellung. Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, Bd. XII, 2, S. 10 ff.

9) Da jede Abänderung und jede Umstellung ganz oder teilweise die Beseitigung des früher Gewesenen und damit zugleich auch scheinbar eine Kritik am Bisherigen ist; und da nun einmal jede Kritik mehr persönlich als sachlich empfunden wird, setzt ein Widerstand ein, obwohl es auch Fälle gibt, im Betriebsleben vielleicht sogar die meisten Fälle, in denen aus Gründen der sachlich-technischen Entwicklung die Setzung des Neuen und Geänderten früher unmöglich war.

klären. Ferner wird er verständnisvoll — wenn auch manchmal nur scheinbar — von innen kommende Anregungen aufgreifen und auf alle an ihn herangetragenen Beschwerden und Einwende eingehen müssen. Gerade bei der beratenden Tätigkeit, die der eines Arztes zu vergleichen ist, wird ein verständnisvolles Achten der Tradition des Betriebes nicht nur sachlich helfen, sondern auch persönlich manches erleichtern. Denn es ist erstaunlich zu sehen, welch ein Eigenleben, welche starre Eigengesetzlichkeit jeder Betrieb hat, auch der altmodischste, oder vielleicht gerade dieser; das eigenartige langsame Reagieren, das zögernde Einspielen auf Neuerungen ist nämlich nicht nur begründet in der Einstellung des Einzelmenschen, sondern muß irgendwie zusammenhängen mit dem Ganzheitscharakter des Betriebes und den Kräften traditioneller Überlieferung.

Psychologisches Feingefühl wird es oft verlangen, unter Berücksichtigung der Überlieferung einen Weg zu gehen, der dem des geringsten Widerstandes äußerlich ähnelt, und sich außerdem oft zu gedulden in der Erkenntnis, daß die Dinge Zeit zur Entwicklung brauchen, wachsen müssen.

Experimente, die sich bei der Einführung neuer betriebstechnischer oder buchhalterischer Verfahren nicht vermeiden lassen, können leicht das Vertrauen in die Person und Leistungsfähigkeit des Betriebsfremden und den Ernst seiner Arbeit erschüttern, besonders weil bei jedem Versagen oder Herauszögern mit stets bereiter Schadenfreude zu rechnen ist. Anderseits sollten aber gerade zur Gewinnung von willigen Mitarbeitern so häufig wie möglich Versuche gemacht werden, vor allem solche, deren Ausgang dem Betriebsfremden vorher schon bekannt ist.

Nichts wirkt abschreckender und unter Umständen schädlich, weil zu stark entfremdend, als eine „redselige Kritik aus fröhlicher Unwissenheit“ *(Spengler)*.

Eine ironische Bemerkung jedoch oder ein leise geäußerter Zweifel können oft anspornender sein als alles Lehrhafte und Überlegene. Vom Standpunkt des Betriebes aus gesehen ist es überhaupt wichtig, daß nicht nur in Berichten, sondern vor allem auch im persönlichen Umgang ungewohnte fachwissenschaftliche Ausdrücke möglichst vermieden werden; daß sich der Betriebsfremde vielmehr, wenn irgend angängig, der im jeweils beratenen Betrieb üblichen Sprache bedient. Es wird von der Wesensart, vom Bildungsgrad und von dem nun einmal gewählten Verfahren abhängen, ob der betriebsfremde Wirtschaftsberater lieber eine schön aufgemachte, groß angelegte und schon durch die Wucht ihrer Masse wirkende Analyse mit phantastischen Besserungsplänen bietet oder aber, wenn er es kann, d. h. wenn sein Gestaltungsvermögen ihn dazu befähigt, sich für kurze, sachliche, einfache und auch unkompliziert formulierte praktische Vorschläge entscheidet, für ein billiges „Sofortprogramm“ oder noch besser: für mehrere solche nacheinander.

Der Grund für die bessere Wirkung im soziologischen Sinne, für ein leichteres Einverständnis der „Betroffenen“ liegt bei dem letzterwähnten Wege darin begründet, daß er die Distanz und ihre Auswirkung verringert; und bei abschließender Tätigkeit, bei Beendigung des Einwirkungsprozesses auf eine Gruppe, beim letzten Durchsetzen einer Reorganisation braucht diese Distanzverringerung nicht mehr viel zu schaden.

Überheblichkeit, Rechthaberei, blasiertes Besserwissen, zu offen gezeigte Zuversicht auf Änderungserfolge und ein zu häufiges Erwähnen eigener anderswo erzielter Erfolge haben schon manchen Reorganisations- und Prüfungsauftrag verhindert, vorzeitig abgebrochen oder rückgängig gemacht. Der Wirtschaftsberater darf nie vergessen, daß er mit empfindlichen Menschen zusammenarbeitet.

All das, was für den Betriebsfremden hinsichtlich seines Verfahrens und der an ihn zu stellenden persönlichen Anforderungen gilt, gilt natürlich und in mancher Beziehung verstärkt auch für seine Angestellten. Denn wenn der Betriebsfremde und sein Verhalten schon ein „Problem“ ist, so ist sein Angestellter es erst recht, vor allem dann, wenn er in Rudeln auftritt und über einen ahnungslosen Betrieb herfällt.

Betriebsfremder und Betriebsbeamter

Aus der Betrachtung der Arbeit des Betriebsfremden vom Standpunkt des Betriebes aus ergibt sich die wichtige Frage, ob es zwischen dem Betriebsfremden und dem Spezialisten im Betrieb an sich nur Gradunterschiede gibt oder aber, ob ein Artunterschied vorliegt; und die daran anschließende Frage, worin der Unterschied besteht: ob in der Methode, in der geistigen Haltung, in der praktischen Einstellung oder in der beruflichen Zielsetzung.

Der Mann im Betrieb, mag man ihn einen „Betriebsbeamten“ nennen oder irgendwie anders, ist in erster Linie froh, daß die Dinge überhaupt gehen, daß die Produktion klappt; und er weiß oder ahnt, daß jedes neu ausgerichtete Denken immer wieder neue Wege zeigt, alles Bisherige leicht wieder über den Haufen wirft und deshalb — wenn auch nur anfangs — Unruhe und Störungen in den glatten Ablauf der Erzeugung hineinträgt.

Erst in zweiter Linie interessiert ihn das „Wie“, das „Wie gut“ d. h. die Frage, wie man etwas besser gestalten kann, ob es überhaupt besser organisiert oder durchgeführt werden kann; Fragen, die naturgemäß für den betriebsfremden Berater die wichtigsten und der Ausgangspunkt seiner Tätigkeit sind.

Aus dieser absichtlich krassen Gegenüberstellung soll nun aber nicht etwa herausgelesen werden, daß die Aufgaben und die Arbeit des Betriebsbeamten unwichtiger sei. Sie ist nur notwendigerweise anders geartet.

Der Unterschied liegt darin, daß der Betriebsbeamte bei der Erledigung der laufenden Arbeit bestimmte ihm gestellte, d. h. genau festliegende oder doch wenigstens in einem Rahmen ausgerichtete Aufgaben erfüllt, während der Betriebsfremde sich stets von neuem bewußt und systematisch andere Aufgaben stellt, und zwar auf Grund seiner Berufung und kraft seiner besondern Stellung dem Betriebsganzen gegenüber stellen muß.

Selbstverständlich und glücklicherweise gibt es in jedem Unternehmen und Betrieb Menschen, die sich „fremd“ halten, die sich — wohl gemerkt nur mit Bezug auf Dinge des Berufs — immer wieder zu einer positiv kritischen Einstellung der Betriebsarbeit gegenüber, also auch ihrer eigenen Arbeit gegenüber zwingen. (Von untergeordneter Bedeutung ist in diesem Zusammenhange, ob sie es aus Platzangst, Geltungstrieb, sachlichem Verantwortungsgefühl oder noch aus irgendwelchen andern Gründen tun.) Soweit Betriebsbeamte dazu in der Lage sind, erfüllen auch sie, aber nur bis zu einem bestimmten Grade die Funktion des Betriebsfremden, oder sie sind dann verhältnismäßig leicht für Mitarbeit zu gewinnen, in Reorganisationsarbeiten einzuspannen.

Jeder Unternehmer, besonders der Leiter kleiner oder mittlerer Betriebe, sollte versuchen, im Interesse der dynamischen Fortentwicklung diese seltene Haltung der Fremdheit zu erwerben und zu erhalten. Sie hat durchaus nichts mit Kälte oder Unbeliebtheit zu tun, besteht vielmehr darin, daß auch die eigene Leistung als die eines Fremden oder wie die eines Fremden betrachtet wird, also bewußt kritisch überprüft wird. Dadurch wird ein geistiger Abstand geschaffen und immer wieder ein neuer Blickpunkt gewonnen. Durch Raumwechsel und Zeitverlauf kann dieser Haltung und der mit ihr zusammenhängenden größeren Möglichkeit der Leistungssteigerung nachgeholfen werden. (Vielleicht geht die Einrichtung des „fliegenden Betriebsleiters", der vor dem Kriege bei Krupp z. B. in bestimmten Zeitabständen die Arbeitsgebiete oder Produktionsabteilungen gewechselt haben soll, auf Erwägungen ähnlicher Art zurück.) Nicht der Grad der Beliebtheit oder ihr Gegenteil zeigt den geistigen Abstand und das Ausmaß der Fremdhaltung, sondern eben jene sachorientierte und unpersönlich-kritische Haltung.

Die Fremdheit des Betriebsgliedes und natürlich auch die des Fremden wird gefördert und vergrößert durch den Kontakt mit bestimmten einschlägigen Wissenschaftsgebieten, d. h. durch den Willen, sich auf dem laufenden zu erhalten; sie wird ferner gefördert durch die Berührung mit andern Betrieben, vor allem auf dem Umweg über den Betriebsvergleich, durch Gedankenaustausch mit Berufsgenossen usw. Den beiden letzten Punkten steht aber die Furcht vor Zersplitterung und die leidige Konkurrenzfurcht entgegen, die wohl auf einigen, nie aber auf allen Gebieten des Betriebslebens angebracht erscheint; dem ersten Punkt jedoch der Einwand des Zeitmangels. Es sei dahingestellt, wer sich besser unterrichten und wissenschaftlich (gemeint ist hier nicht die Lehrstuhlwissenschaft) auf dem laufenden halten kann; es muß jedoch wiederholt werden, daß der Fremde mehr dazu gezwungen ist, daß es für ihn aus Gründen der Abstandwahrung eine Daseinsfrage ist.

Auch hieraus ergibt sich ein unbestreitbarer Vorteil für den Betriebsfremden ebenso wie aus der Tatsache, daß leitende Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, die in die laufende Arbeit eingespannt sind, im allgemeinen nicht — oder nur auf Kosten der laufenden Arbeit — unabgelenkt systematisch eine allgemeine Rationalisierung bearbeiten oder betreiben können. Denn auch die Kontrollfunktion der Unternehmer ist „nur Routinearbeit und bedeutet lediglich das Korrigieren einzelner Aberrationen" *(Schumpeter)*.

Der Betriebsfremde hat durch seine vielseitigere und umfassendere Tätigkeit dem festangestellten Betriebsbeamten gegenüber neben verschiedenen verhältnismäßig unwichtigen Nachteilen unbestreitbare Vorteile, durch welche die Schwächen der besonderen Berufslage nicht nur aufgehoben, sondern bestimmt überkompensiert werden.

Gerade durch die Erfahrungen aus andern Wirtschaftszweigen weitet sich ja der Blick und damit das „Ideenarsenal" der Möglichkeiten; die Fähigkeit, Neuerungen anzufassen und Vorhandenes zu beurteilen, wird immer umfassender. Erst die bewußte Beschränkung auf das Wesentliche, auf die allgemeinen Grundlagen und die Richtung unter gleichzeitiger Ausweitung des Blickfeldes auf alle Faktoren, auf die Zusammenhänge des Gesamtunternehmens und die Zusammenarbeit der Teile gibt dem Wirtschaftsberater den notwendigen Überblick über das Ganze und die in ihm vorhandenen Wechselwirkungen.

Ein betriebsfremder Organisator wird daher in der Regel bessere, vielleicht auch schnellere Erfolge erzielen als ein Betriebsangestellter, dem dieselben Aufgaben organisatorischer Art zur Erledigung zugewiesen worden sind. Die Gründe für diesen Vorrang sind darin zu suchen, daß das Beobachtungsvermögen des Betriebsfremden noch nicht durch die jahrelange Gewohnheit des Betriebsablaufs abgestumpft ist, daß er vor allen Dingen frei von der sogenannten Abteilungsblindheit ist und deshalb viel zielbewußter in richtiger Rangordnung der Werte auf ein harmonisches Durcharbeiten des gesamten Betriebes hinarbeiten kann.

Da er ferner Erfahrung aus andern Betrieben mitbringt, also die Vorteile des Branchenvergleiches oder des Betriebsvergleiches sich zunutze machen kann, wird er — unterstützt durch seine bessere methodische Schulung — leichter die Gefahr vermeiden, verhältnismäßig unwichtigen Dingen zuviel Beachtung zu schenken.

Wenn Aufgaben, die sich besonders für die Erledigung durch betriebsfremde Elemente eignen, durch einen Angestellten ausgeführt werden sollen, dann bleibt immer die Gefahr bestehen, daß Hemmungen auftreten, die in seinen persönlichen Beziehungen und seinem bisherigen Arbeitsverhältnis zu suchen sind.

Selbst für den Fremden treten ja im Laufe der Zeit derartige Hemmungen auf. Und es ist eine Erfahrung, daß ein Frontenwechsel eintritt, sobald aus einem Fremden, der bis dahin auf Grund einer Bestellung gearbeitet hat, allmählich ein Angestellter wird; und zwar ein fast unmerklicher, aber aus rein menschlichen Gründen wohl unvermeidbarer Frontenwechsel. Der bisher Fremde reiht sich sozusagen ein und nimmt mit denen, bei welchen er sich nun eingelebt hat, zu denen er jetzt gehört, mit denen er nun, weil er bleibt, Freud und Leid teilt, Front nach außen gegen andere potentielle Fremde.

Manch einer, der als Betriebsfremder zu einem Betriebe gekommen ist und allmählich in diesen Betrieb hineingewachsen ist, wird an sich selbst die Erfahrung gemacht haben, daß mit einem Male unmerklich eine latente Abwehr und ein stets bereiter Argwohn gegen den Fremden da war. Wohl kann er auch dann noch die vorher während seiner vielseitigeren Tätigkeit als Fremder erworbenen Eigenschaften und Kenntnisse sehr günstig auswerten, aber seine Tätigkeit ist nun einmal eine andersartige geworden.

Es kann aber auch der Fall eintreten, daß seine Herkunft und Vergangenheit als Betriebsfremder zur Ursache einer „Überorganisation" wird. Vielleicht kann man die Behauptung aufstellen, daß sogenannte überorganisierte Betriebe überwiegend oder nur dort entstehen, wo ein bisher fremder „Organisator" zum festen Angestellten wird, in einer eigenen Abteilung etwa freie Hand behält und so seine Fähigkeit und Lust am Organisieren austoben kann. Diese Gefahr ist natürlich besonders groß, wenn überflüssige Zeit und ein Wille zum Experimentieren vorliegt, wenn es sich mehr um einen Wissenschaftler als einen reinen Praktiker handelt. Denn in solchen Fällen geht leicht das richtige Gefühl für ein Mißverhältnis zwischen Aufwand und Erfolg verloren; und die einfachsten Anforderungen an Rationalisierungswürdigkeit und -reife werden zu leicht vernachlässigt.

Über den Wert der Erfahrung im Wirtschaftsleben

Der Haupteinwand gegen jede Betätigung eines Fremden in einem Betriebe ist immer der, daß ihm „die nötige Praxis oder Erfahrung fehlt". Nur allzuleicht wird gegen jeden neu anmutenden praktischen Vorschlag angeführt, daß gerade die praktische Erfahrung bisher stets gezeigt habe, daß so etwas unmöglich sei.

Es lohnt sich nicht nur, sondern es ist in diesem Zusammenhang unumgänglich notwendig, sich mit dem Wert der Erfahrung, wenn nicht allgemein, so doch im Betriebsleben grundsätzlich auseinanderzusetzen, und zwar mit der persönlichen Erfahrung, die etwas ganz anderes ist, als die gesammelten, gesicherten, schriftlich niedergelegten Erfahrungswerte, die unabhängig von Person und Zeit als etwas Gegebenes in Form von Richtlinien, Formeln, Vorschriften oder dergleichen weiter bestehen.

Erfahrung ist vielleicht die am meisten und am leichtesten überschätzte von allen menschlichen Eigenschaften. Gewöhnlich berufen sich diejenigen Menschen, die nicht mit andern Vorzügen aufwarten können, auf ihre sogenannte Erfahrung. Erfahrung darf aber nicht zum Deckmantel für Schwächen im Leistungsbild werden. Es mag sein, daß man auf Grund bestimmter Erfahrungen einen fähigen Menschen noch höher einschätzen kann, es ist aber auch möglich, daß ein unfähiger Mensch, der trotz seiner sogenannten Erfahrungen nichts oder wenig leistet, gerade deswegen noch tiefer eingeschätzt werden muß.

Schon mancher wirtschaftliche Fortschritt ist durch die Wahnvorstellung verhindert oder verlangsamt worden, daß jemand, der dreißig Jahre praktische Erfahrung auf irgend einem Gebiete besitzt, dreimal so klug und dreimal so leistungsfähig sein müsse wie ein anderer, der nur zehn Jahre gleicher oder ähnlicher Erfahrung, oder gar noch weniger, nachweisen kann. Wie überall im Leben, so ist auch im Wirtschaftsleben die Erfahrung kein Mengen- sondern ein Gütebegriff.

Sie ist ferner kein Zeitbegriff, sondern ein Intensitätsbegriff. Sie ist nichts wert, wenn sie auf einem bloßen Aushalten, Geschehenlassen oder im rein passiven Beeindrucktwerden beruht. Man kann Erfahrung, vor allem wirtschaftliche Erfahrung nicht ersitzen, man muß sie erdenken, erarbeiten. Erfahrung ist immer nur ein Nebenerzeugnis bewußter Entwicklungsarbeit, nie aber ein Geschenk. Sie ist abhängig von der Stärke des Erlebniseindruckes, und diese wiederum ist abhängig vom Willen zur Aufnahmefähigkeit und der Eignung und Begabung dazu. Einmalig Erlebtes kann mehr wiegen als häufig Wiederholtes. Konzentrierte Erfahrung, im Gegensatz zu verwässerter Erfahrung, ist ein bewußtes Sammeln von geordneten, ganzheitsbezogenen Eindrücken zum Zwecke der Entwicklungsarbeit.

Nie darf Erfahrung als Entschuldigung oder als Ausrede dienen, sie muß vielmehr immer der Grund oder Ausgangspunkt für etwas Neues sein; sie darf sich also nie ohne weiteres gegen etwas Neues richten. Bezogen auf die Wirtschaft, auf das Betriebsleben, ist sie mehr als gelerntes und behaltenes Fachwissen, nämlich ein gesteigertes und durch Urteilsübung verfeinertes Gefühl für Lücken, Verzögerungen, Stockungen und Verkrampfungen im Fertigungsablauf.

Es geht also nicht an, die sogenannte Erfahrung des Betriebsbeamten allein aus kritischer Absicht gegen die Arbeit des Betriebsfremden auszuspielen, dem naturgemäß oft oder meist die branchenübliche Sonderfertigkeit fehlen muß.

Die „Mission" des Betriebsfremden

Es ist bestimmt kein zu weit hergeholter, sondern ein soziologisch durchaus verständlicher und belegbarer Vergleich, den wandernden Handwerksburschen und den wieder seßhaft gewordenen Emigranten des Mittelalters zu dem Betriebsfremden von heute in Beziehung zu setzen. Der Anteil des Handwerksburschen mit seinen Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und Betriebsvergleiches an der Entstehung des modernen Kapitalismus ist noch viel zu wenig beachtet worden. Neben den von *Max Weber* und *Sombart* aufgezeigten Zusammenhängen zwischen der Weltanschauung des Puritanismus und der Entstehung des neuen Wirtschaftsgeistes ist die Entwicklung zu beachten, welche gleichzeitig auf dem Gebiete des Technischen und der Arbeitsverfahren verlief und maßgebend von Fremden beeinflußt worden ist.

Der Fremde ist allerdings weniger für den Wirtschaftsgeist als für die Erzeugungsverfahren verantwortlich.

So wie bei der Entstehung der neuen Wirtschaftsform des Frühkapitalismus der Betriebsfremde eine besondere und nicht mehr wegzudenkende Funktion erfüllte, kann man auch heute bei der gesamtwirtschaftlichen Strukturverschiebung dem Fremden seine bestimmte arteigene „Mission" oder Funktion zuweisen oder zuerkennen, die über die Bedeutung seiner mehr oder weniger nüchternen Berufsarbeit hinausgeht.

Da vergleichende Betriebsuntersuchungen vorläufig nur mit den größten Hemmungen durchzuführen sind, kann der Fremde durch seine Berührung mit verschiedenen Firmen verschiedener Wirtschaftszweige die möglichen Vorteile einer vergleichenden Betriebsuntersuchung ersetzen. Und er muß sie — so gut er kann — ersetzen, eben wegen der mangelnden Bereitwilligkeit der einzelnen Unternehmen, alle zur branchenvergleichenden Untersuchung notwendigen Unterlagen frei zur Verfügung zu stellen.

Er wird dadurch ein besonderes Feingefühl bekommen für die Erfassung und besonders für die Vorausschätzung der wirtschaftlich wichtigen Wendepunkte einzelner Betriebe oder gesamtwirtschaftlicher Wechsellagen. Weil er nicht nur ein sicheres Gefühl, sondern ein positives Wissen darüber hat, daß jede Zeit des Aufschwungs leider die Erfolge wirtschaftlicher Verfahren allzuleicht wieder rückgängig macht und damit den Keim für eine neue Krise legt, wird er seine Aufgabe darin sehen, unbedingt den einmal erreichten Stand zu halten und darüber hinaus dafür zu sorgen, daß die ständige Bemühung um den höchstmöglichen Wirtschaftlichkeitsgrad nicht dem Zufall überlassen bleibt.

Er wird die oft von Zufall, Mode oder Laune beeinflußte Rationalisierung von Teilgebieten als unzureichend ansehen und sie universell gestalten, ihr vielfach erst die fehlende Systematik geben müssen. Der beratende Fremde wird seinen persönlichen und sachlichen Einfluß ebenso oft gegen unreife und übereilte Maßnahmen geltend zu machen haben, wie gegen die grundsätzlich ablehnende und bremsende Haltung des „alten Praktikers". Oft wird er gerade auch vor einer sogenannten „Rationalisierung" warnen und dafür Verbesserungen oder Einsparungen niederen Grades durchführen, und

zwar besonders dort, wo Optimalverbesserungen im Augenblick noch zu viel Aufwand erfordern würden.

Die Zeit seiner angespanntesten Tätigkeit, d. h. die Zeit, in der seine Hilfe am meisten von den Unternehmungen oder Betrieben gesucht oder in Anspruch genommen wird, ist vorläufig noch wahrscheinlich die Zeit der Krise und der nachfolgenden Depression, also wenn es oft schon zu spät ist. Wie sich künftig die Tätigkeitsanspannung und damit die Einkommensbewegung der betriebsfremden Wirtschaftsberater in den Konjunkturablauf, in das Auf und Ab der Rationalisierung, einordnen wird, ist noch nicht zu übersehen, da viel von dem Vordringen der beratenden Tätigkeit überhaupt abhängen wird.

Die bewußte positive Einschaltung des Betriebsfremden als eines besondern Berufes in das Wirtschaftsleben wird aber vielleicht gerade in Deutschland noch viel Zeit brauchen und auf manche Schwierigkeiten stoßen, die vor allem wohl in der Seltenheit jener persönlichen Voraussetzungen zu suchen sein werden, welche das Vertrauensverhältnis der Wirtschaftsberatung durch Außenstehende fordern muß. Naturgemäß wird es in erster Linie auf die Einstellung des Unternehmertums dem Betriebsfremden gegenüber ankommen, nämlich darauf, ob es sich durch höchstqualifizierte Leistungen beengt oder gestärkt fühlt.

Dadurch, daß der Betriebsfremde bei seiner beratenden Tätigkeit die Kapitalbewegung, d. h. den Grad und die Art der Kapitalfestlegung maßgebend beeinflußt, krankhafte Expansion und Fehlanlagen zu verhindern sucht und damit mittelbar in einem bestimmten Wirtschaftsausschnitt Bedarf und Erzeugung in Einklang bringt und hält, hilft er bis zu einem gewissen Grade mit bei der Entwicklung zu einer freien, aber planvoller gelenkten Wirtschaft.

Denn nur einer verstärkten Einsicht in die undurchsichtiger gewordenen Gesamtzusammenhänge der modernen Wirtschaft, einem bewußten Maßhalten und wirtschaftlicher Selbstdisziplin kann es gelingen, der scheinbaren Unausweichbarkeit spontaner endogener Wirtschaftskrisen zu entgehen, also die nächste Krise zu vermeiden oder wenigstens ihre Auswirkungen abzuschwächen. [2740]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Strom-Selbstkosten

Von Dipl.-Ing. A. S. ARNOLD, Matzdorf

Die Wisconsin-Preiskontrollstelle für öffentliche Werke (Public Service Commission) hat die Selbstkosten für die fünf größten Dampfkraftwerke des Landes veröffentlicht (Stichjahr 1933).

Zahlentafel 1. Die fünf größten Dampfkraftwerke von Wisconsin (USA)

Werk	Leistung in kW	Erzeugung in 1000 kWh	In % der Gesamterzeugung des Staates
Milwaukee (Lakeside)	310 800	748 935	69,1
Sheboygan (Edgewater)	30 000	88 595	8,2
Madison	30 000	80 128	7,4
Appleton	20 000	36 174	3,4
Green Bay (Bayside)	20 000	31 799	2,9
		985 631	91,0
Summe aller Wisconsin-Dampfkraftwerke		1 083 557	100,0

Aus Zahlentafel 1 geht hervor, daß 91 % der gesamten Dampfstromerzeugung des Staates Wisconsin von den fünf größten Werken gedeckt wurde, während ihr Leistungsanteil nur 73 % ist.

Die Verteilung der Wärme- und Wasserkrafterzeugung im Staate Wisconsin zeigt Zahlentafel 2.

Zahlentafel 2. Gesamtstromerzeugung in %

Jahre	Dampf	Wasser	Diesel
1927	51,0	48,7	0,3
1928	49,9	49,8	0,3
1929	57,6	42,1	0,3
1930	61,9	37,7	0,4
1931	62,0	37,4	0,6
1932	58,2	41,1	0,7
1933	61,9	37,3	0,8

Die Aufteilung der Selbstkosten in bewegliche und feste Kosten gibt Zahlentafel 3. Verluste und Eigenverbrauch sind von der Erzeugung abgezogen. Tatsächliche Löhne, Gehälter und Unterhaltungskosten des Jahres 1933 wurden eingesetzt. Steuern und Abgaben wurden mit 2 %, der Zinsendienst mit 6 % verrechnet. Es handelt sich nur um die jeweiligen Selbstkosten ab Sammelschiene, also Umspanner-, Leitungs-, Verteilungs- und andere Kosten sind

Zahlentafel 3. Stromerzeugungskosten der fünf größten Dampfkraftwerke des Staates Wisconsin

	Milwaukee (Lakeside)	Sheboygan (Edgewater)	Green Bay (Bayside)	Appleton	Madison
Erzeugungskosten:					
Kohlenkosten . Rpf/kWh	0,50	0,575	0,65[1]	1,10	1,15
Löhne usw. „	0,10	0,15	0,175	0,225	0,225
Unterhaltungskosten „	0,05	0,025	0,05	0,075	0,15
Summe . . . Rpf/kWh	0,65	0,75	0,875	1,40	1,525
Feste Kosten . „	0,80	1,075	0,70	1,325	1,725
Gesamtkosten . Rpf/kWh	1,45	1,825	1,575	2,725	3,25
kg Kohle/kWh	0,47	0,5	0,58	0,97	1,1
kcal/kWh	3350	4030	4540	7100	7350
Belastungsfaktor . . %	45,7	33,1	45,7	24,0	30,8
Jährlicher Lastfaktor % $\left(\frac{\text{erzeugte kWh}}{\text{kW (install.Leistg.)} \cdot 8760}\right)$	27,5	33,7	45,7	20,6	12,1
Maschinenleistung in Tausend . . . . . kW	310,8	30,0	20,0	20,0	30,0
Erzeugte elektrische Arbeit (nach Abzug des Eigenbedarfs) in Mill. . kWh	748,9	88,6	80,1	36,2	31,8[2]
Buchwert der gegenwärtigen Maschinenleistung RM/kW	197,5	322,5	292,5	235,0	175,0

[1]) Umgerechnet auf dieselben Wärmeeinheitskosten des Kraftwerkes Sheboygan.
[2]) Teilweise geschätzt.

nicht berücksichtigt. Ebenso sind die 10 bis 20 % Netzverluste nicht hinzugerechnet. Die Gesamtselbstkosten gehen von 1,45 Rpf/kWh bis 3,25 Rpf/kWh (1 $ = 2,5 RM).

Aus den veröffentlichten Angaben folgt, daß bei einem Satz von 8½ % für Verzinsung, Steuern und Abschreibungen für ein konkurrierendes Wasserkraftwerk nur rd. 390 RM je kW zur Verfügung ständen, während der Buchwert der weitaus größten Zahl der dortigen Wasserkräfte über 500 RM/kW liegt. Hieraus geht hervor, daß das Dampfkraftwerk Lakeside den Strom so billig erzeugt, daß voraussichtlich kein Wasserkraftwerk ihn in absehbarer Zeit dort so preiswert liefern kann [1]). [2731]

[1]) *B. J. Sickler*, Costs at Wisconsin Busbars, Electrical World, Bd. 105, S. 28/30, 27. 4. 1935.

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im März 1936

Zwei Tage sind es, die dem Märzmonat des Jahres 1936 auch in der deutschen Wirtschaftsgeschichte für alle Zeiten das Gepräge geben:

Der 7. März, an dem Deutschland aufs neue als Großmacht des Friedens weltgeschichtliche Geltung gewann.

Der 29. März, an dem das deutsche Volk in einzigartiger Geschlossenheit das Bekenntnis des Führers vom 7. März zu „Ehre, Freiheit und Frieden" vor aller Welt nicht nur bestätigt, sondern auch sich selber zu eigen gemacht hat.

Der 7. März wird einmal, das hoffen wir, in der Geschichte der Welt und vor allen Dingen der europäischen Nationen als Tag einer ehrlichen und befreienden Mannestat gewertet und anerkannt werden. Ein Tag der Tage, wie sie selten im Lauf der Jahrhunderte sind. Ein Tag der wenigen ganz großen geschichtlichen Entwicklungsmöglichkeiten, da die führenden Männer der Welt am Scheidewege des Lebens ihrer Nationen stehen.

Der 29. März bedeutet dem deutschen Volke etwas anderes, wie wenn sonst von Zeit zu Zeit oder zu besondern Begebenheiten sich eine Regierung oder Partei von ihrem Lande oder ihren Anhängern das Vertrauen oder die Zustimmung zu irgendwelchen Programmen oder Maßnahmen aussprechen läßt. Denn der 29. März ist und bleibt für uns Deutsche die in sich geschlossene Willenskundgebung einer in der Entschlossenheit und Zielsetzung gleich geeinten Nation, die auf Grund des in ihr lebendigen Glaubens an die eigene ehrenhafte Friedensmission zu einer Stoßkraft von seltener Größe und Stärke erwuchs.

Von jeher war die politische Kraft eines Volkes auch der tragende Grund seiner Wirtschaftserfolge. Insbesondre war das auf allen Gebieten der nationalen Wirtschaftsentwicklung im Auslande so. Wo immer die Nationalflagge in Ehren und Ansehen wehte, wuchs und blühte auch der Wirtschaftsverkehr von und zum Heimatland auf.

In vergangenen Zeiten schien das manchmal in Deutschland vergessen zu sein. Doch vergessen höchstens von solchen, die niemals vor und nach dem Weltkrieg im Auslande waren und somit es draußen im tagtäglichen Laufe der Dinge auch nicht selbst zu erleben vermochten, was die Weltgeltung einer Nation für die heimische Wirtschaft im Ausland bedeutet.

Draußen aber haben sich in all diesen Jahren aufs neue unermüdliche und tatkräftige deutsche Hände geregt, um der Heimat wieder den durch den Ausgang des Weltkrieges verlorenen Boden für Dasein und Geltung des deutschen Volkes zu schaffen. Was in all diesen Nachkriegsjahren der einzelne Deutsche ohne viel Aufsehen in zäher Arbeit und durch persönliche Überzeugung für seine Heimat geleistet hat, das wird sich wohl niemals in seinem ganzen Ausmaß und seiner ganzen Bedeutung erfassen lassen. Wer aber weiß, wie es nach dem Weltkriege um die Einstellung des Auslandes uns gegenüber stand, der weiß auch, was die Heimat der langjährigen Arbeit und unermüdlichen Überzeugungskraft der Deutschen im Ausland verdankt.

Es gab eine Zeit, da glaubten manche, daß nationale Gebundenheiten zu den Überresten einer bereits überalterten Mutter Europa gehörten. Dem in Erdteilen denkenden und planenden Menschengeist gab es in Europa der Grenzen zu viel und zu wenig der Möglichkeiten. Er vergaß, daß gerade die menschheitsgestaltende Schöpferkraft unsres alten Erdteils aus der Mannigfaltigkeit seiner nationalen Gebundenheiten und damit der Wesensart und dem Reichtum seines Volkstums erwuchs.

Das alles haben viele von uns schon vor Jahren erkannt. So erinnere ich mich selbst, wie ich vor sieben Jahren einmal im Rahmen des Internationalen Rationalisierungs-Institutes in Genf als deutscher Vertreter diese geschichtliche Bedeutung Europas dem gerade damals auf wirtschaftlichem Gebiete besonders herrschenden Gedanken der Großraumgestaltung entgegengehalten habe. Dabei wurde von mir gleichzeitig mit Nachdruck betont, daß die sich daraus ergebenden, uns allen nur zu bekannten Schwächen Europas auch seine besondern Kraftquellen sind, die entsprechenden Stärken der Vereinigten Staaten aber in sich auch tiefgreifende Mängel enthalten, die nicht so ohne weiteres zu überbrücken sein werden.

Wiederum gab es dann eine andre Zeit, da glaubten die Völker nicht nur sich selbst genügen zu können, sondern darüber hinaus auch sich selbst genügen zu müssen, um wieder Boden im allgemeinen Niedergang finden und aus eigener Kraft den Weg aus der Not erkämpfen zu können. Bis dann die Abkehr von dem Völkerverband und die dadurch eintretende immer stärker werdende Schrumpfung aller Auslandsbeziehungen mit der bitteren Erfahrung von der Beengung des eigenen Lebensraumes langsam zur besseren Einsicht in den Sinn und das Wesen jeder internationalen, d. h. von Nation zu Nation angeknüpften und gepflegten Beziehung und insonderheit jedes internationalen Güteraustausches führte. Damit aber begann aus dem Erwachen der einzelnen Nationalstaaten als den berufenen politischen Trägern des Volkstums heraus auch der Gedanke des internationalen Völkerverbandes neu zu erwachen. Und zwar eines Völkerverbandes, in dem es nicht Sieger und Besiegte oder Herrscher und Beherrschte geben kann, sondern nur gleiche Rechte und Pflichten, aus denen erst auch im zwischenstaatlichen Leben die Gemeinschaft selbstverantwortlicher Träger erwächst.

In die Anfänge einer solchen Entwicklung fallen die befreienden Taten vom 7. und 29. März und damit Entscheidungen und Maßnahmen eines großen Volkes, an denen niemand in der Welt vorbeigehen kann, ohne selbst sich in seinem Tun und Lassen entscheiden und dann verantwortlich handeln zu müssen. Wie die Entscheidung fällt, wird nicht nur für den einzelnen oder das einzelne Land, sondern für die Welt und ganz besonders für Europa entscheidend sein. Gleichzeitig wird damit an jede einzelne der beteiligten Nationen die Frage gerichtet, ob und inwieweit sie gewillt ist, von sich aus den Wiederaufbau und die Entwicklung eines vernünftigen und segensreichen zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs in der Zukunft zu betreiben. Wie die Antwort ausfällt, vermögen wir heute am 31. März noch nicht zu ermessen. Nur zu hoffen vermögen wir, daß schließlich doch überall die bessere Einsicht durchbricht und die Erkenntnis erwacht von dem Segen einer ehrenhaften Völkerverständigung und dem Nutzen, den eine solche Verständigung auch auf wirtschaftlichem Gebiete für alle Teilhaber bringt.

Inzwischen konnte sich, wertmäßig gesehen, der deutsche Außenhandel nach dem Niedergang der letzten Jahre im Jahre 1935 sowohl im Hinblick auf den Gesamtwert der Ausfuhr als auch im Hinblick auf den erzielten Ausfuhrüberschuß wenn auch zunächst nur wenig erholen. Er betrug in Mill. RM:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1931	6727	9599	+ 2872
1932	4666	5739	+ 1073
1933	4204	4871	+ 667
1934	4451	4167	— 284
1935	4159	4270	+ 111

Das Ergebnis des Jahres 1935 ist also vor allen Dingen auf die Drosselung der Einfuhr zurückzuführen. Eine wesentliche Entlastung der deutschen Zahlungsbilanz ist durch die Verbesserung der deutschen Außenhandelsbilanz jedoch bisher noch nicht eingetreten, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil im Rahmen der heutigen Außenhandelswirtschaft nur ein sehr geringer Prozentsatz für Deutschland freiverfügbarer Devisen anfällt.

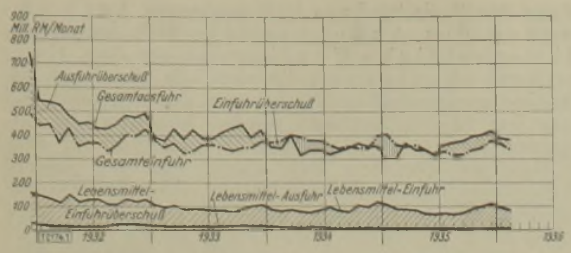

Abb. 1. Der deutsche Außenhandel: Gesamt- und Lebensmittelzahlen (Wertbewegung)

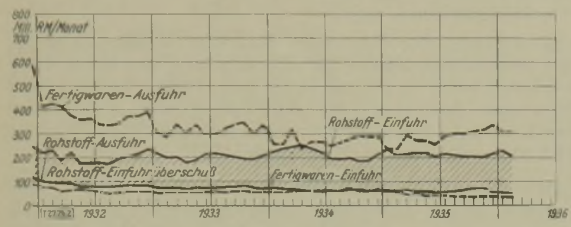

Abb. 2. Der deutsche Außenhandel: Rohstoffe und Halb- und Fertigwaren (Wertbewegung)

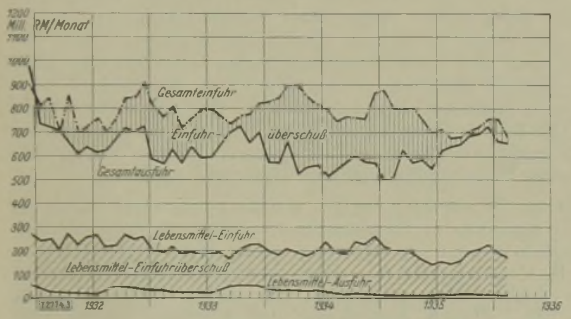

Abb. 3. Der deutsche Außenhandel: Gesamt- und Lebensmittelzahlen (Ausmaßbewegung)

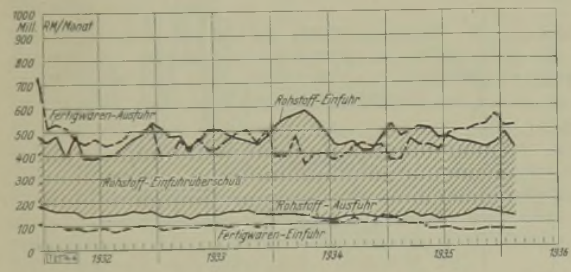

Abb. 4. Der deutsche Außenhandel: Rohstoffe und Halb- und Fertigwaren (Ausmaßbewegung)

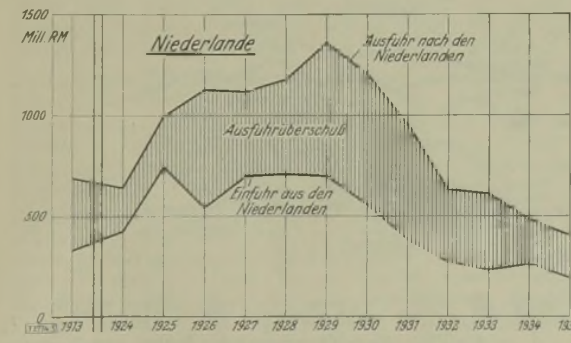

Abb. 5. Handelsbilanz Deutschland — Niederlande

Abb. 6. Handelsbilanz Deutschland — Schweiz

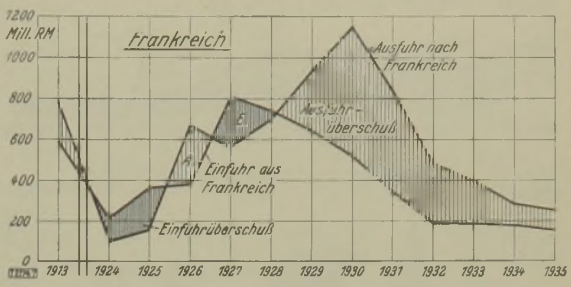

Abb. 7. Handelsbilanz Deutschland — Frankreich

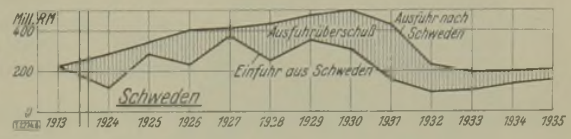

Abb. 8. Handelsbilanz Deutschland — Schweden

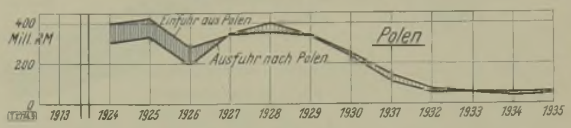

Abb. 9. Handelsbilanz Deutschland — Polen

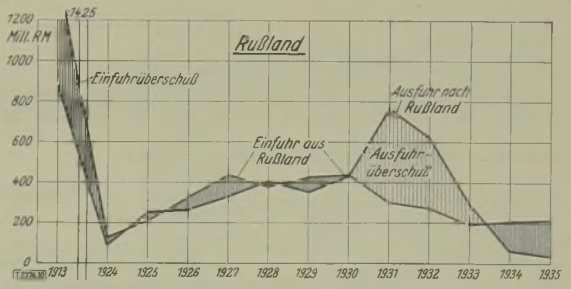

Abb. 10. Handelsbilanz Deutschland — Rußland

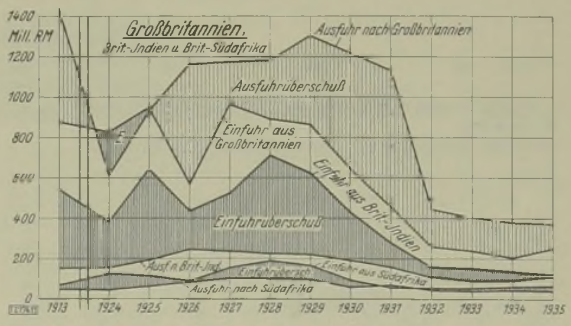

Abb. 11. Handelsbilanz Deutschland — Großbritannien

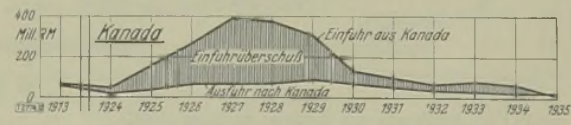

Abb. 12. Handelsbilanz Deutschland — Kanada

Die Steigerung der Ausfuhr ist vor allen Dingen den mit vereinten Kräften und unter gemeinsamen Opfern von der deutschen Industrie unternommenen Bemühungen auf Steigerung der Fertigwarenausfuhr zu verdanken, die endlich in der zweiten Hälfte des letzten Jahres Erfolge erzielten (Abb. 2). Demgegenüber geht die Drosselung der Einfuhr zumeist auf die starke Senkung der Lebensmitteleinfuhr zurück, die aus den bekannten Gründen jedoch im Herbst und Winter 1935 nicht in der gleichen Weise fortgesetzt werden konnte (Abb. 1).

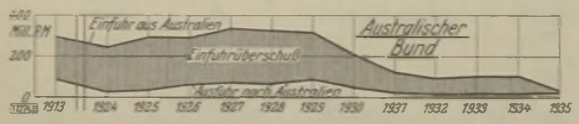

Abb. 13. Handelsbilanz Deutschland — Australischer Bund

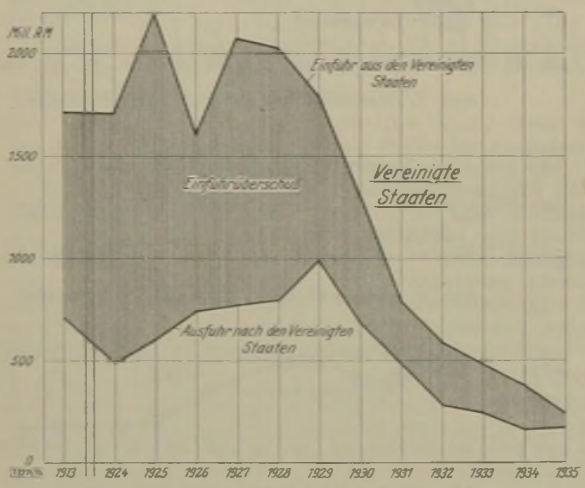

Abb. 14. Handelsbilanz Deutschland — USA

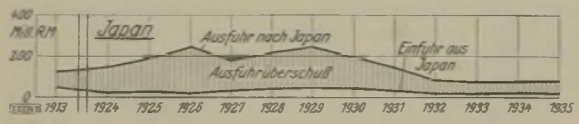

Abb. 15. Handelsbilanz Deutschland — Japan

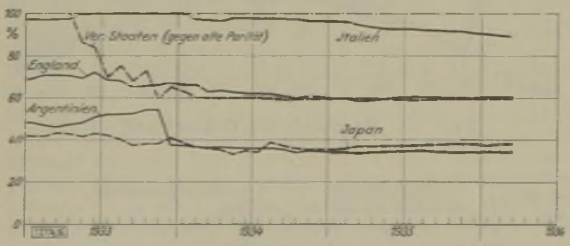

Abb. 16. Stand ausländischer Währungen in % des Pariwertes
(Berliner Notierungen, jeweils Mitte des Monats)

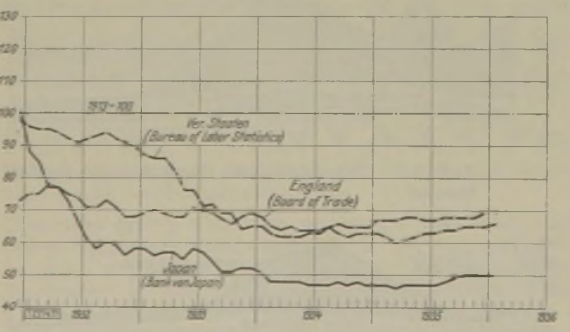

Abb. 17. Ausländische Großhandelskennzahlen
(Alles umgerechnet auf Goldbasis)

In der auf den Preisstand von 1928 bezogenen Ausmaßbewegung des Außenhandels fällt hauptsächlich die erhebliche Verringerung des Einfuhrüberschusses auf, die ebenfalls nur durch die gleichzeitige mengenmäßige Steigerung der Ausfuhr und Senkung der Einfuhr erreicht werden konnte (Abb. 3). Die entsprechend ermittelte Fertigwarenausfuhr hat zum ersten Male seit geraumer Zeit wieder für eine längere Dauer die Rohstoffeinfuhr überschritten (Abb. 4). Daraus geht hervor, wie wichtig für die Zukunft die Steigerung gerade der Fertigwarenausfuhr auch für die Versorgung der Industrie mit ausländischen Rohstoffen ist. Denn die auf den Rohstoffmärkten der Welt bereits festzustellende Neigung zu Preissteigerungen dürfte andernfalls zweifelsohne für die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz gefahrbringend sein.

Die Schrumpfung der deutschen Außenhandelsbeziehungen während der letzten Jahre, in der sich erst ab Mitte 1935 wieder eine Wende zur Besserung bemerkbar macht, wird besonders aus den Handelsbilanzen zwischen Deutschland und den wichtigsten Wirtschaftsländern der Erde ersichtlich.

In Europa ist zumeist die deutsche Ausfuhr und mit ihr der Ausfuhrüberschuß gesunken. Das ist insonderheit gegenüber den Niederlanden (Abb. 5), der Schweiz (Abb. 6), Frankreich (Abb. 7) und Großbritannien (Abb. 11) der Fall. Gegenüber Schweden (Abb. 8) ist zwar die Ausfuhr leicht steigend, der Ausfuhrüberschuß jedoch infolge verstärkter Einfuhr verringert. Gegenüber Polen (Abb. 9) ist die Lage noch wenig verändert. Gegenüber Rußland (Abb. 10) ist bei etwa seit 1933 gleichbleibender Einfuhr die Ausfuhr erheblich gefallen. Abgesehen von politischen Auswirkungen befinden wir uns hier in der typischen Lage eines Landes, das die in früheren Jahren vorfinanzierten starken Ausfuhrüberschüsse in späteren Jahren durch entsprechende Einfuhrüberschüsse abdecken muß.

In dem Handel mit außereuropäischen Ländern ist im Gegensatze zu dem mit europäischen zumeist nach wie vor ein Einfuhrüberschuß vorhanden. Eine Ausnahme macht neben Japan (Abb. 15) erstmalig im Jahre 1935 Kanada (Abb. 12). Durch Absenkung der Einfuhr konnte hier ein wenn auch kleiner Ausfuhrüberschuß erzielt werden. Auch gegenüber dem Australischen Bund (Abb. 13) und

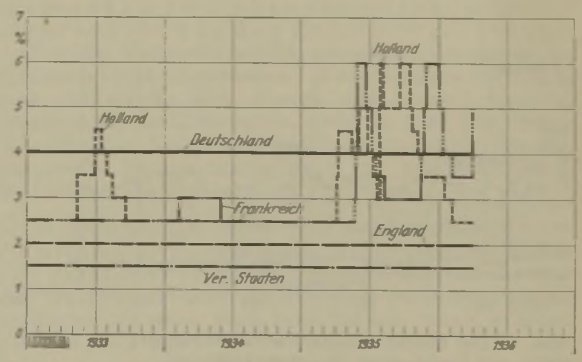

Abb. 18. Amtliche Banksätze verschiedener Länder

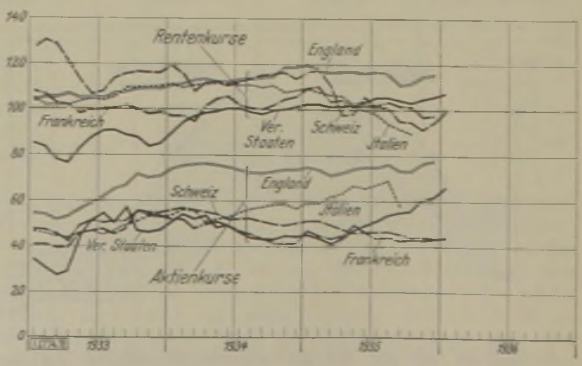

Abb. 19. Kurs-Kennzahlen für Aktien und Rentenpapiere

USA (Abb. 14) wurde die Einfuhr erheblich verringert. Demgegenüber konnte die Ausfuhr nach Japan und USA 1935 leicht verbessert werden. Nach Britisch-Indien ist die Ausfuhr steigend, die Einfuhr sinkend, der Einfuhrüberschuß entsprechend verringert, während nach Südafrika die umgekehrte Entwicklung zu verzeichnen ist (Abb. 11).

Im großen und ganzen bringt Europa Devisen, während die Übersee Devisen verschlingt, eine Erscheinung, die sich aus der natürlichen Lage der Beschaffungsmärkte (Rohstoffe von Übersee) und Absatzmärkte (Fertigwaren nach Europa) erklärt.

Vom Standpunkte internationaler Wirtschaftsbeziehungen gesehen, setzt sich zweifelsohne seit etwa zwei Jahren auf dem Weltmarkte langsam die Besserung durch. So vor allem in England und USA, die bemerkenswerte Anzeichen eines wirtschaftlichen Wiederaufstieges aufzuweisen haben.

Die für die internationale Wirtschaft wichtigsten Währungen der Welt zeigen etwa seit Mitte 1934 Stetigkeit (Abb. 16). Die entsprechenden Großhandelskennzahlen, die durchaus dem Verhältnis der Währung zur Goldparität entsprechen, sind, wenn auch nur geringfügig (etwa 6 bis 10 %) seit Anfang 1935 im Steigen (Abb. 17), werfen also dort noch nicht die bekannten Fragen einer beschleunigten oder gar überspitzten Preissteigerung auf.

Die amtlichen Banksätze sind in USA, England und Deutschland seit Jahren konstant, in den beiden ersten Staaten dabei so niedrig, daß Wirtschaftstheoretiker bereits von der Beseitigung des Zinses zu reden beginnen (Abb. 18). Im Gegensatz zu der wirtschaftlichen Festigung, die sich u. a. in den Bankraten der drei vorher erwähnten Länder ausdrückt, sind die Länder des Goldblocks wie z. B. Frankreich und Holland den immer wieder aufs neue einsetzenden Angriffen der internationalen Spekulation ausgesetzt. Das geht deutlich aus den Veränderungen der Banksätze hervor, die zur Abwehr erhöht und nach abgeschlagenem Angriff wieder gesenkt werden müssen. Wer weiß, was die amtlichen Banksätze für die Wirtschaft eines Landes bedeuten, wird ermessen können, was derartige spekulative Angriffe auf den Franken und Gulden in ihren Heimatländern an Schaden anrichten.

Aufschlußreich für die derzeitige und zukünftige Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern dürften auch die Kurskennzahlen der Aktien- und Rentenpapiere (Abb. 19) sein, wobei je nach der psychologischen Veranlagung der betreffenden Länder die Wirkung der gleichen Grundvorgänge ganz verschieden sein kann.

In USA sind die Aktien stark steigend. Spekulativ veranlagt wie der Nordamerikaner ist, wirkt sich die Wirtschaftsbelebung ganz besonders auf dem Aktienmarkt, daneben aber auch auf dem Rentenmarkt aus.

In Italien, dessen Währung eine fortschreitende Absenkung zeigt, waren die Aktienkurse bis Mitte 1935 stark steigend. Dann kam als Auswirkung der bekannten Eingriffe der Fall. Die Rentenkurse sind dem Währungsverlaufe entsprechend seit Ende 1934 stark sinkend. Der Werte verschlingende Krieg wirft hier manch sorgenvolle Frage auch für die wirtschaftliche Zukunft auf.

Die Schweiz weist in Aktien und Renten 1935 sinkende Kurse aus. Erst seit Ende 1935 tritt bei den letzten eine Erholung ein. Die wirtschaftliche Lage dieses fleißigen Volkes ist bekanntlich nicht leicht. So manches ist auch heute noch überteuert, und schwer sind die inneren und äußeren Wirtschaftsverhältnisse zu einem für die Zukunft beständigen und gesunden Ausgleich zu bringen.

Seit Jahren werden Europas Völker und Volkswirtschaften in Unruhe und Spannung gehalten. Seit Jahren werden dem natürlichen Warenaustausch die Wege verlegt. Warum? Weil man alte Gegensätze immer wieder in die Gegenwart trägt, anstatt sich auf die Möglichkeit der gegenseitigen Ergänzung und damit die gemeinsamen Kräfte zu besinnen. Deutschland, das wissen wir, ist groß, stark und reich aus der Kraft seines Volkstums heraus, wenn es nur einig ist. Und Europa? Es könnte gemeinsam für die Welt und für alle Zeiten eine unversiegbare Kraftquelle sein, wenn es einig sein könnte. Werden der 7. und 29. März auf dem Wege zu solchem Ziel nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa die Wegweiser sein?

Bredt [2774]

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	März 1936	Februar 1936	Januar 1936
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	124,2	124,3	124,3
Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100)	—	103,6	103,6
Baukennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	132,5	131,1
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl – Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,4	121,4

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 2. 3. bis 7. 3.: 93,30; 9. 3. bis 14. 3.: 92,85; 16. 3. bis 21. 3.: 93,13; 23. 3. bis 28. 3.: 94,16.

Erwerbslosenzahlen[1]) (in 1000) am 29. 2. 36. Gesamtzahl 2516

Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Wohlfahrtserwerbslose	Nichtunterstützte
755	797	368	596

[1]) Vorl. Zahlen aus „Wirtschaft u. Statistik" 1. März-Heft 1936.

Geldmarkt am 1. April 1936 %

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32	4
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32	5
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht	3
„ „ „ lange Sicht	3
Tagesgeld an der Berliner Börse	3 1/4 bis 3 1/2

Produktionsstatistik

Land	Industrie	Jan. 1936	Febr. 1936	Febr. 1935
		1000 t		
Deutschland	Steinkohle	13 679,4	12 626,5	10 398,6[1])
„	Braunkohle	13 271,5	12 389,4	11 144,8[1])
„	Ruhr-Steinkohle	9 274,0	8 663,2	7 629,8
„	Ruhr-Koks	2 171,0	2 095,2	1 724,5
„	Roheisen	1 279,3	1 172,7	808,5
„	Rohstahl	1 584,8	1 488,7	1 065,5
„	Walzwerkerzeugn.	1 051,4	1 032,7	727,1
Belgien	Steinkohle	2 527,2	—	2 044,4
Luxemburg	Roheisen	156,1	150,8	153,8
„	Rohstahl	154,5	150,7	152,2
Polen	Roheisen	34,6	33,3	—
„	Rohstahl	59,2	66,6	—
Tschechoslowakei	Roheisen	92,0	81,0	59,0
„	Steinkohle	999,0	909,0	830,0
„	Braunkohle	1 373,0	1 275,0	1 440,0
Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (arbeitstäglich in 1000 Stück)		117,8	116,7	107,4

[1]) Ohne Saargebiet.

Außenhandel

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels 1933 bis 1935

Aus der umfangreichen amtlichen Zusammenstellung der laufenden Außenhandelsergebnisse des Deutschen Reiches seien die bemerkenswertesten Ergebnisse in Form einer Gegenüberstellung der Jahre 1933, 1934 und 1935 zusammengetragen. Es sollen dabei diejenigen Warengattungen besonders hervorgehoben werden, bei denen die Außenhandelstätigkeit entweder zugenommen hat oder sonstige auffallende Ergebnisse zu verzeichnen sind. Daneben sind noch die letztmalig im Jahr 1935 auftretenden Hauptgruppen: Tiere, Lebensmittel, Rohstoffe und Fertigwaren näher zu untersuchen.

Gesamtüberblick

Während im Jahre 1933 noch ein Ausfuhrüberschuß von rd. 670 Mill. RM erzielt werden konnte, sank die Ausfuhr 1934 um rd. 704 Mill. RM, während gleichzeitig die Einfuhr um rd. 247 Mill. RM stieg, so daß also beide Po-

sten die Außenhandelsbilanz 1934 passiv machten und sich gegenüber dem Vorjahre ein Gesamtverlust im auswärtigen Handel in Höhe von rd. 950 Mill. RM ergab. Dem Ausfuhrüberschuß des Jahres 1933 stand 1934 ein Einfuhrüberschuß in Höhe von 284,1 Mill. RM gegenüber.

1935 konnte dagegen wieder ein Ausfuhrüberschuß, und zwar in Höhe von 111 Mill. RM erzielt werden. Die Entwicklung beider Bilanzseiten trug zur Aktivierung bei. Infolge einer um rd. 300 Mill. RM gedrosselten Einfuhr bei um rd. 100 Mill. RM gestiegenen Ausfuhrerlösen war die Ausfuhr wertmäßig größer als die Einfuhr.

Im einzelnen ergibt sich, wie aus Zahlentafel 1 hervorgeht, daß 1935 gegenüber 1933 die Einfuhr an Fertigwaren um rd. 105 Mill. RM gesenkt werden konnte, während trotz der allgemeinen Ausdehnung der industrie-wirtschaftlichen Tätigkeit nur eine geringe Mehreinfuhr von Roh- und Halbstoffen notwendig wurde und der Einfuhrbedarf auf annähernd gleicher Höhe gehalten werden konnte. Die Außenhandelsbilanz hätte sich 1935 nicht um 111 Mill. RM aktiv, sondern um 181 Mill. RM passiv gestaltet, wenn die Einfuhr ebenso hoch wie im Jahre 1934 geblieben wäre.

Im Jahre 1935 wurden allein bei der Lebensmitteleinfuhr gegenüber 1934 rd. 511 Mill. RM „eingespart"! Der Rückgang in der Einfuhr von Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft ist noch größer, als es gemäß den wertmäßigen Ziffern erscheint, da die Preise dieser Warengruppen gestiegen sind. Wenn dennoch eine Einfuhrminderung erzielt werden konnte, dann ist das die Ursache starker mengenmäßiger Einschränkungen. Am größten waren die Beschränkungen bei den pflanzlichen Ernährungsstoffen wie Weizen, Futtergerste, Mais, Reis, Obst usw. Die Einfuhr von Erzeugnissen der Viehwirtschaft, vor allem von Fleisch und Fetten, stieg dagegen an.

Ausschlaggebend für die Gesamthöhe der deutschen Außenhandelstätigkeit sind in stärkerem Maße die Ergebnisse der Rohstoff- und Fertigwarenwirtschaft. Deutschland führte 1935 Rohstoffe im Werte von rd. 2,6 Mrd. RM ein und führte Fertigwaren für einen um 0,85 Mrd. RM höheren Betrag aus. Die wichtigsten Einfuhrgüter sind heute Baumwolle, Wolle, Mineral- und Pflanzenöle, Holz, Eisenerze, Südfrüchte usw. Ausgeführt werden vor allem Eisenwaren, Chemikalien, Kohlen und elektrotechnische Erzeugnisse.

Die Allgemeinrichtung in den vergangenen drei Jahren ging dahin, daß die Einfuhr von Fertigwaren gleichbleibend geringer wurde und die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen sich nach dem Rückschlag im Jahre 1934 merklich belebte. Bei der Beurteilung der Ein- und Ausfuhrentwicklung von industriellen Halb- und Fertigwaren im Jahre 1935 im Vergleich zu den Vorjahren ist die Eingliederung des Saarlandes zu berücksichtigen, da seit dem 1. 3. 1935 sämtliche aus dem Saarlande stammenden Lieferungen von industriellen Halbstoffen (z. B. Walzwerkerzeugnissen) nicht mehr als Einfuhrgüter erscheinen. In ähnlicher Weise trifft das für die Lieferungen aus dem deutschen Mutterlande an das Saarland zu.

Einzelergebnisse einiger Warengruppen

Die Ergebnisse der in Zahlentafel 1 genannnten Warengruppen zeigen, daß trotz der allgemeinen Verschlechterung der Ausfuhrmöglichkeiten in einzelnen Wirtschaftszweigen 1935 gegenüber 1933 beträchtliche Ausfuhrsteigerungen erzielt werden konnten. Während in diesem Zeitraum die deutsche Gesamtausfuhr wertmäßig um rd. 14,5 % sank, war es z. B. möglich, im Ausland 26 % Steinkohlen mehr abzusetzen als im gleichen Zeitraum des Jahres 1933 und eine Ausfuhrsteigerung um rd. 53 Mill. RM zu erzielen, die wertmäßig größer ist als die jeder andern Warengattung. Der Anteil der Steinkohlenausfuhr an der deutschen Gesamtausfuhr stieg von 4,3 % im Jahre 1933 auf nahezu 6,1 % im Jahre 1935. Die Ausfuhr an Koks stieg 1935 gegenüber 1933 um 14 % oder 10,4 Mill. RM.

Recht erfolgreich waren auch die Bestrebungen der deutschen Zementindustrie, sich auf dem Auslandmarkt durchzusetzen. Die Ausfuhr an Zementwaren stieg um 90 % gegenüber 1933. Wie sich aus der größeren mengenmäßigen Steigerung (rd. 110 %) ergibt, war die Zementindustrie allerdings gezwungen, im Ausland Preiszugeständnisse zu machen, um zu Aufträgen zu gelangen. 1933 betrug der Durchschnittspreis noch 1,53 RM/100 kg, fiel aber auf 1,50 RM im Jahre 1934 und 1,46 RM im Jahre 1935.

Bei den Nicht-Eisen-Metallen ist die Ausfuhr durch die zwangsweise Bewirtschaftung bewußt gedrosselt worden. Kupfer wurde 1935 nur noch für 1,6 Mill. RM ausgeführt, während es 1933 fast 13 bis 14 mal so viel war. Um nahezu den gleichen Betrag der Ausfuhrminderung ist auch die Einfuhr zurückgegangen. Gleichfalls infolge des großen Eigenverbrauchs werden bei den übrigen Nicht-Eisen-Metallen (Blei, Zinn, Zink) im Gegensatz zu 1933 nur noch belanglose Mengen an das Ausland gegeben.

Unter den Fertigerzeugnissen weist die Kraftfahrzeugindustrie, die durch die planmäßige Förderung auch hier wieder alle übrigen Industrien hinter sich zurückläßt, die stärkste Besserung der Ausfuhrergebnisse, und zwar um über 50 Mill. RM oder 275 % auf. Allerdings weist die Statistik neuerdings Kraft- und Luftfahrzeuge zusammengefaßt aus, so daß die letzteren an dem Zuwachs beteiligt sind. Überraschend hoch ist noch im Jahre 1935 die Ausfuhr von Eisenbahnoberbaumaterial, die 1935 das Zweieinhalbfache von 1933 betrug. Mit 21,9 Mill. RM war die Ausfuhr von Eisenbahnoberbaumaterial größer als die von Büchern und Noten zusammengenommen oder von Fahrrädern oder Musikinstrumenten, alles Waren mit einem nicht unbedeutenden Ausfuhranteil.

Zahlentafel 1

In Mill. RM	1935		1934		1933	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Lebende Tiere	45,2	2,9	33,3	3,7	30,8	9,0
Lebensmittel, Getränke	995,9	75,0	1507,3	147,0	1082,3	172,1
Hafer	13,2	—	3,3	1,2	1,3	4,0
Rohstoffe, halbfertige Waren	2552,8	773,8	2334,0	867,9	2420,5	903,4
u. a.:						
Steinkohlen	56,1	261,5	68,2	224,5	58,0	208,8
Koks	12,6	86,3	12,6	81,1	11,7	75,9
Zement	0,7	7,4	3,1	3,9	1,9	3,9
Kupfer	80,7	1,6	96,7	7,0	102,3	21,7
Blei	9,5	1,1	7,6	1,8	8,3	5,1
Zinn	30,9	1,6	37,3	5,0	34,8	6,4
Zink	14,0	0,3	21,8	2,1	23,0	4,3
Aluminium	19,0	0,4	6,0	1,1	2,1	4,4
Thomasphosphatmehl	17,3	0,9	29,1	0,2	32,3	0,1
Fertigwaren	564,8	3418,0	575,6	3148,3	670,0	3786,9
u. a.:						
Glas- u. Glaswaren	6,5	71,8	11,1	66,2	.	.
Blech- u. Drahtwaren	14,0	101,9	42,2	90,2	32,2	89,6
Eisenbahnoberbaumaterial	3,9	21,9	14,4	11,6	9,3	8,8
Messerschmiedewaren	0,2	30,9	0,3	27,6	0,5	29,9
Werkzeuge, landw. Geräte	2,0	44,8	2,5	36,3	3,3	47,8
Textilmaschinen	6,0	99,4	9,1	100,7	8,3	73,2
Dampflokomotiven	—	11,8	0,1	3,6	—	2,8
Werkzeugmaschinen	6,8	78,2	6,8	87,0	4,5	131,9
Kraftfahrzeuge	14,0	79,3	20,2	58,7	6,9	29,0
Wasserfahrzeuge	2,0	37,5	0,9	6,6	2,7	23,6
Insgesamt	4158,7	4269,7	4451,0	4166,9	4203,6	4871,4

Zahlentafel 1 enthält noch eine Reihe aufschlußreicher Einzelfälle, die hier nicht behandelt werden können. Es sei nochmals betont, daß nicht die wichtigsten Außenhandelsträger aufzuzeichnen waren, sondern es sollte auf Waren und Warengruppen hingewiesen werden, deren Ein- oder Ausfuhrergebnisse in ihrer Entwicklung bemerkenswert sind.

Abschließend sei vermerkt, daß amtlicherseits die seit vielen Jahren übliche und auch in Zahlentafel 1 übernommene Gruppierung der Waren des Internationalen Warenverzeichnisses mit Jahresbeginn 1936 in Fortfall gekommen

ist. Künftighin wird eine sorgfältigere Aufteilung der Arten und eine sinngemäße Einteilung in Warengruppen vorgenommen werden. Die bisherige Vierteilung in

a) Lebende Tiere
b) Lebensmittel und Getränke
c) Rohstoffe und Halbwaren
d) Fertigwaren

wird abgelöst durch die nachfolgende Aufteilung in Haupt- und Untergruppen:

A. Ernährungswirtschaft
1. Lebende Tiere
2. Erzeugnisse tierischen Ursprungs
3. Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs.

B. Gewerbliche Wirtschaft
1. Rohstoffe
2. Halbwaren
3. Fertigwaren
a) Vorerzeugnisse
b) Enderzeugnisse.

Jede Neueinteilung bringt den Nachteil mangelnder Kontinuität, also fehlender Vergleichbarkeit mit sich. In der Tat ist aber die Neueinteilung zu begrüßen, da in der bisherigen Aufteilung und Ordnung manche Unrichtigkeiten bestanden. So enthielt die Gruppe „Rohstoffe und halbfertige Waren" eine Anzahl Waren, die schon eine ausschlaggebende Bearbeitung erfahren hatten, und auch die Gruppe „Lebensmittel und Getränke" enthielt Dinge wie z. B. technische Öle und Fette, Brennspiritus u. a., die dort nichts zu suchen hatten. *Norden* [2688]

Ölwirtschaft

Erdölverarbeitung in Deutschland

In Deutschland sind (nach einer Aufstellung in der Zeitschrift „Petroleum") gegenwärtig 35 Mineralölraffinerien in Betrieb, die zusammen jährlich etwa 2 Mill. t Rohöl verarbeiten können. Die einzelnen Betriebe sind in ihrer Verarbeitungsweise nicht einheitlich. Verschiedene Anlagen können nur auf Asphalt arbeiten, andere sind im wesentlichen für die Destillation von Zwischenerzeugnissen eingerichtet, nur verhältnismäßig wenige sind geeignet, Rohöl vollständig aufzuarbeiten. Ein Teil sind sogenannte „Benzinfabriken", die eigentlich keine Vollraffinerien darstellen.

Bei vier Anlagen überschreitet die jährliche Leistungsfähigkeit die 300 000-t-Grenze:

I.-G. Farbenindustrie A.-G., Leunawerk	400 000 t
Ebano-Asphaltwerke A.-G., Harburg	360 000 t
Europäische Tanklager- und Transport A. G., Hamburg	350 000 t
Rhenania-Ossag Mineralölwerke A. G., (Koninklijke Shell), Werk Harburg	300 000 t

Fünf weitere Anlagen haben eine Leistungsfähigkeit von 100 000 t und darüber, nämlich:

Gewerkschaft Deutsche Erdöl-Raffinerie A.-G. (Deurag), Misburg (speziell für die Aufarbeitung deutschen Rohöls eingerichtet)	140 000 t
Rhenania-Ossag Mineralölwerke A.-G., Werk Hamburg-Grasbrook	150 000 t
Mineralöl- und Asphaltwerke, Berlin, Ostermoor	120 000 t
Rhenania-Ossag Mineralölwerke A.-G., Werk Monheim	100 000 t
Deutsche Vacuum Öl A.-G., Oslebshausen, (speziell für die Aufarbeitung deutschen Rohöls eingerichtet)	100 000 t

Sp. [2696]

Spanien versorgt sich mit Kunstbenzin unter deutscher Mitwirkung

Schon seit 1926 besteht in Spanien ein Beimischungszwang für einheimische Brennstoffe gegenüber den Gasolineinführern und Petroleumgesellschaften. Heute müssen jährlich 12 000 m³ Alkohol aus Melasse und 2000 m³ aus Weinrückständen übernommen werden. Der Staat hat sich bereit erklärt, von spanischen Erzeugern jährlich bis zu 200 000 t Öle zu übernehmen; durch ein Gesetz vom Oktober 1935 beteiligt sich der Staat an der Erzeugung von einheimischen Ölen in der Form, daß er jährlich für eine Verlustsumme von 18 Mill. Pesetas aufkommt. Der weitere Ausbau der Anlagen wird mit allen Mitteln gefördert, namentlich wenn sie eine Verringerung der Kosten in Aussicht stellen und damit eine Minderung der staatlichen Haftsumme.

Umfangreiche Versuche sind auf den Braunkohlenfeldern und in den Ölschiefergebieten von Zaragoza, Barcelona und Ciudad Real gemacht worden. Darunter sind solche von Firmen angestellt worden, die der deutschen I. G.-Farben nahestehen. Nunmehr steht im Braunkohlengebiet von Zaragoza die Errichtung einer Kohle-Verflüssigungsanlage bevor, die jährlich 120 000 t Braunkohle verarbeiten soll. Wie berichtet wird, sitzt im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft ein als Weltautorität geltender Deutscher; auch seien die Techniker deutsch, desgleichen die gebrauchten Maschinen. *M.* [2665]

Porzellanindustrie

Deutschlands Porzellanindustrie

Die Bedeutung der Porzellanindustrie in der deutschen Wirtschaft ist ganz ungewöhnlich groß. 300 Fabriken sind vorhanden; sie k ö n n t e n 70 000 Menschen beschäftigen. Leider sind aber noch recht viele davon arbeitslos. Es wird zu wenig Porzellan verkauft; und in andern Industrien lassen sich die durchweg künstlerisch arbeitenden Porzellan-Facharbeiter schlecht unterbringen. Hier wäre abzuhelfen, wenn jeder Deutsche in Zukunft jährlich statt für 1 RM (im Durchschnitt) für 1,50 RM Porzellan kaufte. In diesem Falle würde auch die Ausfuhr wieder in Gang kommen, da dann billiger erzeugt werden könnte. Gegenwärtig hat die deutsche Porzellanindustrie schwer mit tschechischem, französischem und auch japanischem Wettbewerb zu kämpfen. Die deutsche Ware wird zwar als durchaus gut geschätzt; sie ist aber vielfach zu teuer. Gerade aber die Porzellanindustrie könnte als Devisenbeschaffer dienen, weil sie fast allein mit einheimischen Rohstoffen arbeitet. *h. m-d.* [2698]

Textilindustrie

Rußlands Baumwollprovinz

Es war nicht etwa nur die Sowjetregierung, die Turkestan zur Baumwollprovinz Rußlands gemacht hat. Bereits die Regierung der Zaren hat in dieser Richtung Großes geleistet. Sie ging von der volkswirtschaftlich schwer ins Gewicht fallenden Tatsache aus, daß Rußland jährlich fast eine Viertel Milliarde M für Baumwolle an die USA zu zahlen hatte. 1885 hat die Zarenregierung mit der Entwicklung der turkestanischen Baumwollkultur durch ausgedehnte Bewässerungsarbeiten begonnen. Bis 1915 konnte die Anbaufläche von 50 000 ha auf 737 000 ha vergrößert werden. Bis 1932 hatten die Sowjets daraus 1 447 000 ha gemacht. Das soll aber noch lange nicht das Ende sein. Es werden noch zahlreiche Stau- und Bewässerungsanlagen geplant, durch die eine Vervielfachung der bisherigen Anbaufläche erzielt werden soll.

Daß dieser Fortschritt mit der völligen Beseitigung der bisherigen Getreidewirtschaft erkauft wird, also die Bevölkerung von weiten Zufuhren abhängig macht, spielt im Rahmen russischer Planwirtschaft keine Rolle. Dafür haben die Russen ja die 2558 km lange Turksib-Bahn zur Erschließung des Landes gebaut. Sie soll allerdings in erster Linie der Verwertung der Bodenschätze Turkestans dienen; es handelt sich um Kohle, Eisenerz, Kupfer, Gold, Zink, Blei, Schwefel und Erdöl. Turkestan soll eben im Gesamtreich nicht bloß Baumwolland sein, sondern eine wichtige Rüstkammer für den Kriegsfall, da es verhältnismäßig abseits und darum wehrgeographisch günstig gelegen ist. Diese Bedeutung Turkestans ist wohl auch der Hauptgrund dafür, daß die Russen neuerdings die östlich gelegene chinesische Provinz Ost-Turkestan oder Sinkiang besetzt haben, um dort einen „unabhängigen" Sowjetstaat zu errichten. *L.* [2661]

Englands Wirtschaftslage[1])

Die Beschäftigung hat im Laufe des Januar 1936 in einigen Industrien weiter zugenommen; in fast allen Zweigen war die Lage besser als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Dezemberziffern des Handelsamtes zeigen, daß die Ausdehnung des Außenhandels, die das ganze Jahr 1935 kennzeichnete, sich auch in diesem Monat fortgesetzt hat.

Der Wert der Einfuhr war der höchste seit vier Jahren, und die Ausfuhr erreichte die höchste Monatsziffer für Dezember seit 1930. Bemerkenswert ist die bedeutende Zunahme der Rohstoffeinfuhr im November und Dezember im Vergleich zum Vorjahre. Dieses Ansteigen der Rohstoffkäufe berechtigt zum Optimismus hinsichtlich der weiteren Entwicklung der britischen Industrie.

Zeit	Einfuhr	Ausfuhr	Durchgangsverkehr
	(In Mill. £)		
1935 Dezember	74,5	34,9	5,4
November	71,5	39,4	4,6
1934 Dezember	63,2	34,3	3,6
1935 Jan.-Dez.	756,9	425,9	55,3
1934 Jan.-Dez.	731,4	396,0	51,2

Die Möglichkeit eines Grubenausstandes brachte dem Kohlenbergbau unruhige Wochen. Diese Sorge wurde glücklicherweise durch die Bergmannkonferenz vom 24. Januar beseitigt, in der die Delegierten beschlossen, das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen. Viele Verbraucher hatten inzwischen größere Lager angelegt, und der Absatz von Industrie- und Hausbrandkohle war sehr gut. Die Gesamtförderung verkäuflicher Kohle in Großbritannien betrug im Dezember 19 652 500 t gegen 18 607 300 t im Dezember 1934. Die Kohlenausfuhr nahm jedoch ab.

In der Eisen- und Stahlindustrie herrschte im Januar wieder lebhafte Beschäftigung. Obwohl die Unsicherheit über die künftigen Kohlenpreise den Auftragseingang etwas beeinträchtigte, waren Förderung und Ablieferung ungewöhnlich hoch. Die Nachfrage nach Schiff- und Baustahl war besonders groß, und viele Roheisenverbraucher deckten sich auf mehrere Monate hinaus ein.

Ende Dezember befanden sich 102 Hochöfen in Brand, die gleiche Zahl wie Ende November. Die Roheisenerzeugung stieg jedoch auf 559 300 t, die höchste Monatsziffer seit fünfeinhalb Jahren. Im November betrug die Erzeugung 529 500 t; im Dezember 1934: 513 500 t. Die Erzeugung von Rohstahl und Blöcken betrug im Dezember 811 500 t gegen 903 300 t im Vormonat und 654 500 t ein Jahr zuvor. Die Jahreserzeugung von Stahl stellte mit 9 842 400 t eine Höchstleistung dar, die nicht nur die bisherige Nachkriegshöchstleistung von 1929, sondern auch die höchste Ziffer der Kriegsjahre, die von 1917, überstieg.

Die Geschäftslage in der Baumwollindustrie war ruhig. Die Ungewißheit über die Entwicklung der Baumwollpreise nach der Ungültigkeitserklärung der amerikanischen Landwirtschaftsaktion machte sich ungünstig bemerkbar. Während die Garnausfuhr zunahm, ging die Stückgutausfuhr zurück. In der Wollindustrie war die Lage günstiger.

Ausfuhr einiger britischer Erzeugnisse

Erzeugnis	Dez. 1935	Nov. 1935	Dez. 1934
	(In 1000 £)		
Kohle	2 392,0	2 889,7	2 493,3
Eisen, Stahl u. -waren	3 002,7	3 385,5	3 011,3
Metalle u. -waren	1 077,1	1 432,8	1 022,7
Maschinen	3 247,5	3 425,5	3 203,8
Baumwollgarn u. -waren	4 793,5	5 076,3	4 701,6
Wolle, Kammgarn u. -waren	2 364,1	2 411,1	2 093,5
Seiden u. andere Textilien	1 331,6	1 535,6	1 446,5
Konfektion	750,8	932,0	747,5
Chemikalien, Drogen, Farben	1 712,4	1 870,0	1 513,9
Fahrzeuge (einschl. Lokomotiven, Schiffe, Flugzeuge)	2 157,2	2 387,9	2 349,0

Die Zahl der Beschäftigten (Versicherte von 16 bis 64 Jahren) betrug am 16. Dezember 10 599 000, eine erhebliche Zunahme gegenüber dem Vormonat. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen fiel am 16. Dezember auf 1 868 565 gegen 1 918 562 am 25. November und 2 085 815 ein Jahr zuvor. [2739]

1) Aus „Industrial Britain" Februar 1936.

Wirtschaftsaufstieg und Wirtschaftslage Japans

Vergleicht man die Wirtschaftslage Japans am Anfang des Jahres 1932 mit der des Jahres 1934 und der heutigen, so fällt der gewaltige wirtschaftliche Aufstieg auf, der die japanische Wirtschaft ganz aus dem Rahmen der allgemeinen Weltnot hervorragen ließ.

Anfang 1932 stagnierten in Japan Handel und Industrie, die Banken hielten brachliegende Depositen, und viele Kritiker der japanischen Finanzentwicklung waren schon geneigt, vorauszusagen, daß die Fehlbeträge vom japanischen Staatshaushalt zusammen mit Inflation, Währungsentwertung, Preiszerrüttungen und der Notlage in der Landwirtschaft unbedingt eine Krise heraufbeschwören müssen.

Erzeugung und Außenhandel

Im Gegensatz zur sonstigen weltwirtschaftlichen Depression hat die japanische Erzeugung einen bemerkenswerten Aufschwung erfahren. Die Ausfuhr ist ständig gestiegen, die Preise sind im wesentlichen fest geblieben, während Japan gleichzeitig auch den Gefahren industrieller Arbeitslosigkeit entgangen ist. In der Zeit von 1930 bis 1934 ist die gesamte Erzeugung von Industrie und Bergbau in Japan um 45 % gestiegen. Der größte Anteil an dieser Steigerung entfällt auf 1933 und 1934. Im einzelnen weist die Herstellung von Baumwollgeweben eine Steigerung (seit 1930) um 68 % auf, die von Kunstseidengeweben um 200 %, die von Roheisen um mehr als 100 %, die von Maschinen um fast 100 %, die von Ammoniumsulphat um 140 %. Diese Mengenkonjunktur ermöglichte es daher den Industrien auch, trotz unablässiger, langsamer Preiserhöhung der einzuführenden Rohstoffe, ohne Heraufsetzung der Verkaufspreise auszukommen. Der Wert der japanischen Ausfuhr hat sich zwischen 1932 und 1934 um die Hälfte erhöht.

Dieser Aufschwung der japanischen Wirtschaft hatte als Hauptursache die starke Entwertung des Yen, die bedeutend weiter ging als die Dollar- und Pfundentwertung. Der innerjapanische Preisstand stieg sodann nicht in dem Maße, wie der Yen entwertet wurde — dies bezieht sich besonders auch auf die Lohnhöhe der japanischen Arbeiterschaft. Die Auswirkung dieser günstigen Bedingungen

Zahlentafel 1. Die industrielle Erzeugung Japans
(Monatsdurchschnitt)

Ware	1932	1933	1934	1935 1. Vierteljahr	1934 1. Vierteljahr
Rohseide in Ballen	45 085	44 988	46 658	38 078	42 663
Baumwollgarn 1000 Ball.	234,2	238,3	289,4	302,5	270,6
Kunstseidengarn 1000 lbs.	5 368	7 536	11 483	13 692	9 568
Wollgarn t	2 197	2 546	2 375	2 064	2 447
Gewebe (breit)					
Seide 1000 m	14 173	15 824	17 159	16 443	16 652
Kunstseide 1000 m	15 446	15 702	19 770	21 217	14 159
Baumwolle Mill. Yds.	127,74	139,49	149,49	155,62	14 177
Soda t	147,00	200,32	23 871	26 243	21 892
Superphosphat 1000 t	86,5	94,0	89,5	104,4	103,2
Ammoniumsulphat 1000 t	57,1	59,5	66,6	72,3	55,6
Papier Mill. lbs.	109,3	120,3	132,6	136,3	122,8
Flachglas 1000 Kist.	184,0	238,0	260,9	267,2	282,9
Zement 1000 t	310,9	398,4	399,2	364,9	391,4
Roheisen 1000 t	128,5	169,3	200,1	217,7	192,1
Walzstahl 1000 t	162,2	204,7	256,7	298,5	226,0
Kupfer t	5 918	5 705	5 631	5 756	5 455
Kohle 1000 t	2 166	2 504	2 751	2 873	2 889
Gold kg	1 028	1 124	1 153	1 323	1 153
Silber 100 kg	135,9	154,5	168,4	189,9	168,4
Allgemeine Kennziffer 1930 = 100	107,9	124,1	135,0	143,5	130,6
Kennziffer d. Fertigwaren	111,1	128,5	139,0	148,4	133,8

wurde dann noch durch die militärischen Unternehmungen in China und der Mandschurei beschleunigt und ständig durch wachsende Rüstungsausgaben aufrechterhalten. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren dann noch die überwachenden, planmäßig beeinflußenden Maßnahmen des japanischen Staates; so hatte u. a. schon gleich 1932 die japanische Regierung eine Politik der Kreditausweitung und großzügiger Ausgabenwirtschaft eingeleitet.

Hierbei fallen sofort die außerordentlich hohen Erzeugungszahlen für Kunstseide, die chemische und die Stahlindustrie auf, also die Industrien, die mittelbar oder unmittelbar besondere militärische Bedeutung besitzen. Jedoch läßt sich diese Zunahme nicht nur bei diesen beobachten, sondern auch u. a. bei der traditionellen Hauptindustrie, der Baumwollindustrie.

Die Aussichten der japanischen Wirtschaft für die Zukunft sind bei weitem nicht so günstig wie deren Entwicklung in den letzten Jahren. Trotz der Steigerung der industriellen Erzeugung ist die industrielle Tätigkeit, abgesehen von der der führenden Ausfuhrgruppen, ziemlich ungleich verteilt, da sie in weitem Maße von den Aufrüstungen in Heer und Flotte bestimmt wird. Die größten Steigerungen in der industriellen Erzeugung fallen auch fast ausschließlich auf die erste Hälfte des Jahres 1934. Im zweiten halben Jahr setzte eine deutliche Verlangsamung bei einer Reihe Industrien ein. Sogar bei der Textilindustrie ist sie zu beobachten, ebenso bei Zement, Roheisen, Stahl und Kohle. Bei den letztgenannten vier Industrien ist sogar ein gewisser Rückschlag festzustellen. Beim Außenhandel ist die Höhe der Passivität erstaunlich. Diese ist in Wirklichkeit sogar noch erheblicher, da eine Reihe von wichtigen militärischen Einfuhren gar nicht in die Außenhandelsstatistik mit aufgenommen worden ist. Bedenklicher stimmt noch die stete Steigerung der Preise der eingeführten Waren, also überwiegend der zur Verarbeitung gebrauchten Rohstoffe. Der große Vorsprung Japans, den es durch die Yen-Entwertung und seine niedrigen Löhne hatte, beginnt allmählich bedenklich zusammenzuschrumpfen. Bei steigenden Rohstoffpreisen kann die Zunahme der Ausfuhr nur bei stark fallenden Preisen für die Ausfuhrwaren aufrechterhalten werden.

Die Arbeiterfrage

Nicht gerade günstig steht es um die Lage der Arbeiterschaft, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß der jährliche Nachwuchs zur Zeit einen Überschuß von rd. einer halben Million junger Arbeitskräfte über die Zahl der jährlich Ausscheidenden liefert, die beschäftigt und ernährt sein wollen. Von einer Hebung des Lohnstandes kann daher keine Rede sein. Die leichte Steigerung der Lebenshaltungskosten in Japan infolge der Abkehr vom Goldstandard ist restlos ausgeglichen worden durch den gleichzeitigen Rückgang der Löhne, der nach amtlichen Angaben seit 1931 etwa 8 % beträgt.

Viel ungünstiger als die Lage der männlichen ist die Lage der weiblichen Arbeiter. Die großen Industrien, die in der Hauptsache weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, haben eine Zeit schärfster technischer Rationalisierung durchgemacht, so daß der Bedarf an Arbeiterinnen gesunken ist. Infolgedessen ist der durchschnittliche Barlohn der Arbeiterin seit 1926/28 um ein Drittel herabgedrückt worden. In den zahlreichen neuerdings für Frauen erschlossenen Beschäftigungsarten, wo sie noch keinerlei gesetzlichen Schutz haben, dürfte die Lage fast untragbar sein.

Obwohl keinerlei nennenswerte Arbeitslosigkeit in der Industrie zu verzeichnen ist, befindet sich anderseits die landwirtschaftliche Bevölkerung in außerordentlicher Notlage, die in der Tat als Zeichen weitgehender Unterbeschäftigung und damit schließlich auch als latente Arbeitslosigkeit zu bezeichnen wäre. Gut ging es der japanischen Landwirtschaft nie. Auch gerade in der Zeit des industriellen und Außenhandelsaufschwungs ist die Lage der Bauern geradezu erschütternd zu nennen. 1933 betrug noch der Wert der Seidenraupenernte rd. 500 Mill. Yen, 1934 nur rd. 200 Mill. Die Reisernte ergab 1933: 70 Mill. Koku (1 Koku = 1,803 907 hl), 1934 nur rd. 50 Mill. In mehreren Provinzen Japans herrscht ein Zustand, der von der japanischen Presse mit Hungersnot bezeichnet wird. Aber auch in andern Provinzen ist die Not der Bauernschaft bedenklich geworden.

Zahlentafel 2. Beschäftigungs- und Lohn-Kennzahl (1926=100)

	Beschäftigtenzahl		Lohnsätze		Wochenverdienst	
	1931	1934	1931	1934	1931	1934
männlicher Arbeiter	87,5	103,4	89,8	83,1	92,7	100,5
weiblicher Arbeiter	67,9	87,7	85,7	77,6	73,9	68,2
Maschinenindustrie	93,8	183,0	90,4	79,4	92,9	100,8
Werkzeugindustrie	84,0	139,3	91,8	80,1	89,8	88,7
Metallindustrie . .	87,5	124,9	93,1	85,2	93,7	101,9
Werftindustrie . .	73,8	111,7	94,5	89,5	87,9	104,0
Fahrzeugindustrie .	79,9	110,3	88,9	79,1	87,5	91,8
Webereiindustrie .	64,2	77,6	74,7	73,0	70,3	67,2
Baumwollspinnerei	62,5	72,4	79,6	67,9	69,9	61,7
Seidenhaspelei . .	46,8	51,8	68,2	61,4	65,2	63,0

Soweit man von einem Wohlstand Japans in den letzten Jahren sprechen darf, so hat sich dieser nur wenigen Schichten der Bevölkerung tatsächlich mitgeteilt. Die Landbevölkerung hat von ihm bestimmt keinen Vorteil gehabt, und der industrielle Arbeiter hat ihn nur insoweit genießen können, als er ihn vor Arbeitslosigkeit geschützt, dagegen sein Einkommen keineswegs erhöht hat. Da die Landbevölkerung gut die Hälfte der gesamten Bevölkerung ausmacht, so ist es klar, daß unter den genannten Umständen die Kaufkraft auf dem heimischen Markt gefallen ist und die Gefahren eines Konjunkturrückschlags gestiegen sind. Bedenklich ist hierbei auch noch die sich deutlicher bemerkbar machende Tendenz, direkte Lohnsenkungen vorzunehmen, also in weiterer Verkürzung des inneren Absatzmarktes. Unter Einschluß der kleinen Fabrikanten und Kleinhändler, die für die Bedürfnisse des heimischen Marktes arbeiten, wäre festzustellen, daß mindestens die Hälfte der Bevölkerung unter verringertem Einkommen oder Unterbeschäftigung leidet. Dazu kommt noch die allgemeine Unsicherheit in bezug auf die Lage der Staatsfinanzen.

Volkseinkommen und Volksvermögen

Nach Veröffentlichungen des Statistischen Büros des japanischen Kabinetts auf Grundlage des Jahres 1930 beträgt das japanische Volkseinkommen jährlich 10 636 Mill. Yen oder 837 Yen je Familie und 163 Yen je Kopf. Auf die Landwirtschaft entfielen hiervon (ohne Berücksichtigung des Selbstverbrauchs, es kamen ungefähr 71 % der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung Japans zum Verkauf) 2528 Mill. Yen oder 18 % des Gesamtvolkseinkommens, und zwar auf Ackerbau 310, Seidenzucht 195 und Forstwirtschaft 124 Mill. Yen. Es wurden 5,6 Mill. Bauernfamilien gezählt, so daß auf die Bauernfamilie jährlich 319 Yen kommt.

1,5 Mill. Menschen sind in der Gewinnung von Meereserzeugnissen (diese besteht zu 93 % aus Fischen, der Rest aus Beiprodukten, wie Tang, Algen, Muscheln, Perlen, Korallen usw.) beschäftigt (1934). Der Wert des Gesamtfanges (von 3 Mill. t) betrug im Jahre 1934 350 Mill. Yen.

Der Bergbau erbrachte eine Bareinnahme von 249 Mill. Yen, und zwar aus Verkäufen von Kohle 160, Moballen 52, Steinen und Erden 24, Öl 10 und sonstigen Bergbauprodukten 3 Mill. Yen. Weitere 58 Mill. verblieben im Selbstverbrauch.

Das gesamte Industrie-Einkommen beträgt 2706 Mill. Yen, d. i. 25 % des Gesamteinkommens.

Die Einnahmen aus dem Verkehr beliefen sich auf 841 Mill. Yen, und zwar entfielen auf Eisenbahn und Straßenbahn 493, Post 212, Schiffsbeförderungen 41, Lastwagen und Riksha 37, Automobilverkehr 36 und Botenverkehr 22 Mill. Yen. Beim Luftverkehr wurden 1 Mill. Yen zugesetzt.

Japans absolutes Volksvermögen steht mit 110 Mrd. Goldyen an dritter Stelle nach Amerika und England, aber mit einem Vermögen von 1710 Yen je Kopf erst an dreizehnter Stelle in der Welt.

Folgende Zahlen zeigen die Entwicklung des japanischen Volksvermögens und lassen zugleich den großen Zuwachs, den dieses während des Weltkrieges nahm, deutlich erkennen.

Zahlentafel 3. Volksvermögen Japans

Jahr	in Mill. Yen	je Kopf (in Yen)
1905	22 590	514
1910	29 430	580
1913	32 043	600
1916	45 696	815
1918	86 077	1 530
1924	102 342	1 731
1930	110 188	1 710

Von dem Volksvermögen entfallen auf Grundbesitz 41 091, Bergwerke 6491, Häfen und Kanäle 343, Brücken 473, Bäume und Forsten 6707, Bahnen und rollendes Material 3598, Fahrzeuge und Flugzeuge 660 und Schiffe 2060 Mill. Yen.

Da die Industrieexpansion auf Kosten der Kaufkraft des japanischen Volkes vorgenommen worden ist, so daß auch während der letzten Jahre der industriellen Hochkonjunktur nur ein verhältnismäßig recht kleiner Teil der Industrieerzeugung vom heimischen Markt aufgenommen werden konnte, erklärt sich auch der ungeheure Druck Japans auf die Außenmärkte. Die Notwendigkeit für Japan, unter allen Umständen auszuführen, ist dringend. Japan kann seine industrielle Rüstung, die es sich aus bevölkerungspolitischen und militärischen Gesichtspunkten zugelegt hat, vor schwerer Krise nur bewahren, wenn es draußen auf den fremden Märkten Absatz für die wachsenden Erzeugnisse dieser Industrien finden kann. Es gibt für Japan kein Zurück mehr. Der unbedingte Zwang zur Produktionssteigerung ergibt sich für Japan aus der täglich dringender werdenden Arbeitsfrage. Nur die Industrie kann die jährlich gegen eine halbe Million neuen Arbeitermassen noch einigermaßen aufnehmen. Landwirtschaft und Heimindustrie sind überbesetzt und setzen jährlich wachsende Massen frei. Deshalb wird ständig Kapital freigesetzt, das dann wieder in den begünstigten Industriezweigen und an der Börse zinstragende Beschäftigung sucht.

Wenn die Regierung in der Erteilung neuer Rüstungsaufträge nachlassen sollte, wäre die Krise da, sofern es bis dahin nicht gelingt, andere Absatzmöglichkeiten im Ausland zu finden. Zudem hat Manchoukuo für Japan bisher eine große Enttäuschung gebracht. Ungeheure Summen japanischen Kapitals sind bisher in Manchoukuo angelegt worden. Aber die mandschurische Landwirtschaft liegt sehr darnieder, weil ihr wichtigstes Erzeugnis, die Sojabohne, deren Hauptabnehmer früher China war, große Märkte verloren hat.

Als Ausweg einer etwa drohenden Krise versucht Japan infolgedessen, mit China zu einer politischen und wirtschaftlichen Einigung zu kommen, und das Ziel der japanischen Politik ist nicht nur, China als natürlichen Markt für Manchoukuo wiederzugewinnen, sondern vor allem China zum wichtigsten Absatzmarkt für die großen japanischen Ausfuhrindustrien zu machen.

Wilhelm Kiewitt, Kiel [2547]

WIRTSCHAFTSRECHT

Zum Elektrizitätsliefervertrag

(mit Rechtsprechung des Reichsgerichts)

Von Rechtsanwalt Dr. WERNEBURG, Berlin-Steglitz

1. Die rechtliche Natur des Elektrizitätsliefervertrages

Begrifflich ist der Elektrizitätsliefervertrag ein Vertrag, durch den sich die eine Vertragspartei (das Lieferwerk) verpflichtet, der andern Vertragspartei (dem Abnehmer) elektrischen Strom in bestimmter Menge und Spannung gegen Zahlung des vertraglich hierfür vorgesehenen Strompreises zu liefern.

Die Frage nach der rechtlichen Natur eines derartigen Vertrages ist nicht unbestritten; er wird teils als Arbeitsverschaffungsvertrag, teils als Werkvertrag, teils als Kaufvertrag und auch als Vertrag „eigener Art" gekennzeichnet. Das Reichsgericht hatte sich wiederholt mit der rechtlichen Natur der Elektrizitätslieferverträge zu befassen; es hat in seiner letzten Entscheidung vom 28. 3. 1930 (Jur. Wochenschr. 1930 S. 1924) seinen bisherigen Standpunkt hierzu in dem Sinne bestätigt, daß der Elektrizitätsliefervertrag ein Kaufvertrag im Sinne der gesetzlichen Kaufvorschriften der §§ 433 ff. BGB ist. In dieser Entscheidung führt das Reichsgericht anläßlich der Frage der Verjährung von Schadenersatzansprüchen des Abnehmers gegen das Lieferwerk wegen angeblich schuldhaft vertragswidriger Lieferung des Stromes u. a. folgendes aus:

„Die Natur des Elektrizitätsliefervertrages ist zwar strittig. Das Reichsgericht hat sich jedoch schon verschiedentlich auf den Standpunkt gestellt (RGZ 67, 232; 86, 13), von dem abzugehen kein Anlaß besteht, daß die Elektrizität zwar keine Sache ist, aber doch nach allgemeiner Verkehrsauffassung in den Lieferungsverträgen wie eine Sache, eine Ware behandelt wird; daß deshalb der Vertrag auf Lieferung elektrischer Energie nach den Regeln über den Kauf beweglicher Sachen zu beurteilen ist. . . . Daß die Verjährungsvorschrift des § 477 BGB auch bei Schadenersatzansprüchen des Käufers (hier des Stromabnehmers) wegen schuldhaft vertragswidriger Lieferung (hier Strom von zu geringer Ampèremenge) Platz greift, sofern die Vertragswidrigkeit in der Lieferung einer mangelhaften Sache besteht, wird von dem Reichsgericht ständig angenommen (RGZ 117, 316)."

Da das Reichsgericht den Elektrizitätsliefervertrag als Kaufvertrag im Sinne der gesetzlichen Vorschriften der §§ 433 ff. BGB behandelt, so mußte es auch die gesetzlichen Gewährleistungsansprüche des Käufers (§§ 459 ff. BGB) bei Mängeln des angelieferten Stromes (zu geringe Menge oder zu geringe Spannung bzw. beides zu gering) zulassen.

2. Folgerungen aus der Natur des Elektrizitätsliefervertrages als Kaufvertrag

Die Anwendung der gesetzlichen Kaufvorschriften (§§ 433 ff. BGB) auf den Elektrizitätsliefervertrag als gegenseitigen Vertrag (bei dem also beide Vertragsparteien zugleich Gläubiger und Schuldner sind — das Lieferwerk ist Schuldner hinsichtlich des vertragsmäßig zu liefernden Stromes und Gläubiger bezüglich des Strompreises, der Abnehmer ist Schuldner des letzteren und Gläubiger bezüglich der vertraglichen Strombelieferung —) hat zur Folge, daß das Lieferwerk zur vertraglichen Strombelieferung verpflichtet ist, während der Abnehmer dem Lieferwerk hierfür den vereinbarten Strompreis (als Kaufpreis also) an Hand des Zählers zu bezahlen hat. Eine Eigenart des Elektrizitätsliefervertrages in Gestalt des gewöhnlichen sogenannten „Kleinabnehmervertrages" (über Großabnehmerverträge s. u.) ist es, daß hier an sich, d. h. auf Grund des zugrunde liegenden Vorvertrages, eine Abnahmepflicht des Abnehmers bezüglich des von dem Lieferwerk bereitgestellten Stromes nicht besteht; die Abnahme von Strom erfolgt hier in rechtlicher Folge des tatsächlichen Verbrauchs nach Maßgabe des aufgestellten Stromzählers.

Vielfach enthält der Elektrizitätsliefervertrag — insbesondere der Großabnehmervertrag — bezüglich der Abnahme von Strom eine besondere „Klausel der Mindestabnahme"; dann muß der durch eine derartige Vertragsklausel weiter verpflichtete Abnehmer dem Lieferwerk jedenfalls die in dieser Klausel bezeichnete Mindestsumme an Strompreis für den vertraglichen Zeitraum bezahlen, ohne Rücksicht darauf also, ob er tatsächlich auch die bezeichnete Strommindestmenge abgenommen hatte. Zu bemerken ist hierbei aber, daß der so verpflichtete Abnehmer nicht gehindert ist, die Stromabnahme dann auf die gesamte Dauer des Liefervertrages gleichmäßig zu verteilen. Auch entbinden unvorhergesehene Ereignisse (wie z. B. Krieg oder unverschuldete Stilllegung des Werkes) den Abnehmer von dieser Zahlungspflicht, entziehen ihm aber dann anderseits auch die Vorteile, die ihm etwa für die Mindestabnahme vertraglich

eingeräumt wurden (so z. B. Vorteile der Preisermäßigung für den angelieferten Strom).

Ein Fall dieser Art lag dem Urteil des OLG Dresden vom 23. 11. 1915 (Seuff. Arch. Bd. 72 Nr. 35) zugrunde; hier hatte sich der beklagte Großabnehmer vertraglich dem klagenden Elektrizitätswerk gegenüber verpflichtet, den für seine Fabrik erforderlichen Strom ausschließlich von der Klägerin zu beziehen, außerdem der Klägerin eine Mindestabnahme von 120 000 kWh zugesichert und sich zur Zahlung der entsprechenden Strompreise verpflichtet. Das OLG wies hier die Klage des Elektrizitätswerkes auf Zahlung der für diesen Stromverbrauch vorgesehenen Strompreise ab, indem es im Sinne der oben gemachten Ausführungen feststellte, daß nach Auslegung der Vertragsklausel der beklagte Großabnehmer während einer tatsächlichen Behinderung an Stromabnahme (hier Krieg) nicht verpflichtet war, während der Behinderungszeit Strom zu entnehmen bzw. trotz der Mindestabnahmeklausel zu bezahlen. Auch ist nach dieser Entscheidung der Abnehmer bei dieser Klausel berechtigt, den etwaigen Minderbezug früherer Monate durch Mehrbezug späterer Monate auszugleichen (der beklagte Abnehmer hatte hier Haftung für eine Mindestabnahme nach Wortlaut des Vertrages auf das Jahr übernommen).

Aus der rechtlichen Natur des Elektrizitätsliefervertrages als eines Kaufvertrages folgt ferner, daß dieser Vertrag zugleich ein gegenseitiger Vertrag (§§ 320 ff. BGB) ist; das folgt aus der Kaufvertragsvorschrift des § 440 Abs. 1 BGB. Die Folge ist, daß z. B. die gesetzlichen Vorschriften der §§ 325, 326 BGB über Schadenersatzpflicht bei verschuldeter Unmöglichkeit oder Verzug auch hier zugunsten der anspruchsberechtigten Vertragspartei eingreifen (über die gegenseitigen Ansprüche aus dem Elektrizitätsliefervertrag s. oben).

Bezüglich der Kosten der Strommessung (mittels Zählers) ist zu bemerken, daß diese Kosten des Messens an sich, d. h. nach § 448 BGB, den Verkäufer (hier also das Stromlieferwerk) treffen; jedoch ist diese gesetzliche Vorschrift des § 448 BGB nicht absolut zwingend, vielmehr vereinbarungsgemäß abänderbar. Liegt also eine vertragliche Vereinbarung vor, daß diese Kosten (meist als Zuschlag oder Grundgebühr bezeichnet) zu tragen sind, so ist das maßgebend; in sonstigen Fällen ist eine derartige Vereinbarung kraft allgemeinbekannter Verkehrsübung als stillschweigend getroffen anzusehen und dann aus diesen Gründen der Zuschlag zu Lasten des Abnehmers rechtlich gerechtfertigt (vgl. *Oertmann*, Komm. zum BGB Bd. II § 448 Anm. 1).

3. Rechtsstellung des Elektrizitätswerkes im Konkurs des Groß- und Kleinabnehmers

Innerhalb der großen Gruppe der Stromlieferverträge tragen die Großabnehmerverträge jedenfalls den Charakter von gegenseitigen Verträgen (Kaufverträgen s. o.), wobei sie auf Grund des geschlossenen Vertrages als Einheitsverträge mit der besondern Eigenschaft sogenannter Sukzessivlieferverträge (wegen der sukzessiven Lieferung von Strom seitens des Elektrizitätswerkes) erscheinen. Diese Feststellung hat besondere praktische Bedeutung für den Fall eines Konkurses auf Seiten des Großabnehmers. Da nämlich der Stromliefervertrag ein „zweiseitiger Vertrag" im Sinne des § 17 der Konkursordnung ist, kann der Konkursverwalter an Stelle des im Konkurs befindlichen Großabnehmers in den laufenden Stromliefervertrag eintreten (vgl. auch Abs. 2 über die Erklärungspflicht hierbei gegenüber dem Elektrizitätslieferwerk); eine weitere Folge ist dann insbesondere noch, daß sowohl die etwa noch rückständigen wie auch die nach Konkurs noch etwa fällig werdenden Strompreisforderungen (letztere kommen zur Entstehung, wenn der Konkursverwalter gemäß § 17 KO in den Vertrag eintritt) zugunsten des Stromlieferwerkes als bevorrechtigte Masseforderungen nach § 59 Nr. 2 KO gelten und daher als bevorrechtigte Forderungen den Vorzug genießen, daß sie vorweg (d. h. vor Deckung der gewöhnlichen Konkursforderungen) aus der Konkursmasse zu befriedigen sind (§ 57 KO). Diese für Großabnehmerverträge geltende Rechtslage ist ausdrücklich vom Reichsgericht in seiner grundsätzlichen Entscheidung vom 8. 10. 1929 (Jur. Wochenschr. 1930 S. 1402) anerkannt und bestätigt worden.

Zweifelhaft und bestritten ist hingegen die Anwendbarkeit des § 17 KO und die Behandlung der rückständigen Forderungen im Konkurse bei den sogenannten Kleinabnehmer verträgen (den sogenannten normalen Zuleitungsverträgen). Bei diesen wird nämlich, insbesondere neuerdings auch vom Reichsgericht, von der einen Meinung angenommen, daß sie nicht den Charakter von Einheitsschuldverträgen (wie die Großabnehmerverträge) tragen, sondern den Charakter sogenannter Wiederkehrschuldverhältnissen haben. Hierbei sind unter Wiederkehrschuldverhältnissen Verträge zu verstehen, bei denen die Verpflichtung der Parteien auf wiederkehrende Leistungen und Gegenleistungen gerichtet sind und kraft einer auch nur stillschweigenden Vertragserneuerung fort und fort neu entstehen. Da es nun dem Kleinabnehmer regelmäßig freigestellt ist, ob er überhaupt bzw. zu welcher Zeit und in welcher Menge er Strom abnehmen will, so werden diese Stromlieferverträge (so insbesondere neuerdings vom Reichsgericht in seinem Urteil vom 13. 9. 1935 II 37/35, Konk.- u. Treuhandwesen 1935 H. 12 S. 1935) als sogenannte Wiederkehrschuldverhältnisse behandelt (vgl. *Jaeger* KO 6./7. Aufl. § 17 Anm. 18 a, Leipz. Z. f. D.R. 1912 Sp. 286, Sydow-Busch, Krieg KO 16. Aufl. S. 93, Ullmann H. 76 Leipz. Rechtsw. Stud., J. W. 1933 S. 2634 u. a. ferner OLG Stettin J. W. 1930 S. 1450 u. OLG Breslau J. W. 1930 S. 1429, anders später in J. W. 1933 S. 1135).

Hingegen wird auch hier der Charakter von Einheitsverträgen angenommen insbesondere von *Rumpf*, J. W. 1930 S. 1346, J. W. 1933 S. 2229, *Geiler*, Veröffentl. d. Arbeitgeberverb. der Gaswerke H. 26 u. J. W. 1930 S. 1402, *Staub*, *Koenige*, Anm. 16, 16 a vor § 373 HGB, *Mentzel*, KO 4. Aufl. § 17 Anm. 4; ferner vorwiegend von der Rechtspr. — außer dem RG — nämlich u. a. OLG Jena J. W. 1930 S. 1402, Kiel J. W. 1931 S. 2139, Frankfurt J. W. 1931 S. 3146, Köln J. W. 1931 S. 2169, 1933 S. 2229, Celle J. W. 1933 S. 928 u. a. s. J. W. 1933 S. 2229 u. S. 2230).

Die Behandlung der Kleinabnehmerverträge als Wiederkehrschuldverhältnisse hat für den Fall eines Konkurses auf Seiten des Kleinabnehmers die für das liefernde Elektrizitätswerk ungünstigere Folge, daß die bis zum Konkurszeitpunkt aufgelaufenen Strompreisforderungen (rückständigen Strompreise) nicht bevorrechtigte Masseforderungen sondern lediglich Konkursforderungen sind; ferner übt nach dieser Meinung der Konkursverwalter sein Wahlrecht gemäß § 17 KO nur für den bei der Konkurseröffnung laufenden Zeitabschnitt aus, und nur bei Eintritt desselben wird diese Schuld des laufenden Zeitabschnittes zur bevorrechtigten Masseforderung für das Lieferwerk gemäß § 59 Nr. 2 KO; so *Jaeger*, der hier ebenfalls für die folgenden Zeitabschnitte bei Eintritt des Konkursverwalters in den Liefervertrag — Eintritt kann ausdrücklich oder stillschweigend durch Weiterbezug seitens des Konkursverwalters nach ihm erfolgen — dann bevorrechtigte Masseforderungen gemäß § 59 Nr. 2 KO annimmt, während andere Vertreter derselben Meinung ein Eintrittsrecht des Konkursverwalters überhaupt ablehnen und auch die späteren Strompreisforderungen als gewöhnliche Konkursforderungen — beschränkt also auf die Konkursdividende — behandeln; vgl. hierzu insbesondere die Reichsgerichtsentscheidung vom 13. 9. 1935 II. 37/35. Das Reichsgericht lehnt hier überhaupt ein Eintrittsrecht des Konkursverwalters ab, da dem Wiederkehrvertrag — hier also dem Kleinabnehmervertrag — die rechtliche Natur eines zweiseitigen Vertrages im Sinne des § 17 KO fehle; so daß also § 17 KO überhaupt nach dem Reichsgericht unanwendbar ist und demnach alle Strompreisforderungen — sowohl die rückständigen wie auch die etwa künftig noch fällig werdenden — gewöhnliche nichtbevorrechtigte Konkursforderungen mit Beschränkung auf die Konkursdividende sind. Übrigens ist nach dieser Reichsgerichtsentscheidung vom 13. 9. 1935 stets zunächst im Wege der Vertragsauslegung zu prüfen, ob von den Vertragsparteien bei Abschluß des Stromliefervertrages ein Einheitsvertrag oder nur ein Wiederkehrschuldverhältnis begründet werden sollte. Die Vertragsauslegung hat an Hand objektiver Merkmale vorzusehen:

„Solche objektiven Anhaltspunkte", so heißt es hierzu in einer Reichsgerichtsentscheidung, „wird in aller Regel die Gestaltung

der beiderseitigen Vertragspflichten aufweisen. Ergibt sich aus ihr, daß eine ganz bestimmte Menge Gegenstand des Vertrags ist, daß also der eine Teil zur Lieferung einer bestimmten Menge, der andere Teil zur Abnahme dieser Menge, sei es auch in zeitlich getrennten Lieferungen, bis zu einem bestimmten oder unbestimmten Zeitpunkt verpflichtet sein sollen, so liegt ein wechselseitig verpflichtender Einheitsvertrag, ein Sukzessivlieferungsvertrag, vor. Erscheint dagegen auf Grund der Parteiabreden eine derartig wechselseitige Bindung ausgeschlossen, etwa weil bestimmt ist, daß zwar der eine Teil zur jederzeitigen Lieferung verpflichtet — hier das Stromlieferungswerk also — der andere aber berechtigt sein soll, die Lieferung oder die Fortsetzung der Lieferung jederzeit oder unter Einhaltung einer Kündigungsfrist abzulehnen, so ist regelmäßig ein Wiederkehrschuldverhältnis gegeben, das sich durch die Unterlassung der möglichen Ablehnung weiterer Lieferungen oder die Abstandnahme von einer möglichen Kündigung fort und fort erneuert. Die normalen Zuleitungsverträge, die vielfach so bezeichneten Kleinabnehmerverträge, sind regelmäßig Wiederkehrschuldverhältnisse. . . ."

[2721]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Wirtschaftsgeschichte. Von *Heinrich Sieveking.* Berlin 1935, Julius Springer. 209 S. Preis 13,80 RM.

Im Gegensatz zu manchen andern Darstellungen dieser Art legt Prof. Dr. *Sieveking* nicht das Schwergewicht darauf, im Rahmen seiner Wirtschaftsgeschichte die Entwicklung der wirtschaftlichen Lehrmeinungen herauszuarbeiten, sondern ihm kommt es vor allem darauf an, die enge Verbundenheit der Wirtschaftsgeschichte mit der politischen und Geistesgeschichte zu zeigen. Auf diese Weise weitet sich der Stoff, und es ist erstaunlich, welche Fülle von Unterlagen der Verfasser auf rd. 200 Seiten zusammengetragen hat. Wie *Sieveking* in seinem Vorwort schreibt, ist er bei der Darstellung von Einzeluntersuchungen ausgegangen (Seedarlehn des Altertums, Genueser Finanzwesen, Entstehung der doppelten Buchführung in Italien); hierbei kam es jedoch jedesmal darauf an, allgemeine Fragen wie den Handel im Altertum, die Entstehung des Kapitalismus usw. in bestimmten Erscheinungsformen zu erfassen.

Die historische Schule der Wirtschaftswissenschaft ist viel angefeindet worden, und gerade die Vertreter der sogenannten exakten Wirtschaftsforschung gehören zu den ausgesprochenen Gegnern. Aber zwischen dem Begriff „Historische Schule" und dem Studium der Wirtschaftsgeschichte liegt ein weites Feld. In einer Zeit wie der heutigen ist es mehr denn je nützlich zu erforschen, welche politischen Auffassungen und Ereignisse zu den verschiedensten Zeiten der Menschheitsgeschichte maßgebend für wirtschaftliche Einsichten und Taten waren. Dr. *Fr.* [2754]

Industrielles Rechnungswesen

Bilanztheorien (Eine rechnerische Grundlegung). Von *Wilhelm Chr. Hauck.* Bühl-Baden 1933, Verlag Konkordia A.-G., 136 S., 32 Tabellen, 12 Schaubilder. Preis 4,80 RM.

Die vorliegende Untersuchung über „Bilanztheorien" geht auf Arbeiten des Verfassers aus dem Krisenjahre 1931 zurück. Vor der Drucklegung wurden die seit 1931 erschienenen bilanztheoretischen Veröffentlichungen einer systematischen Durchsicht unterzogen. Grundlegende Abänderungen an der ursprünglichen Fassung sind jedoch nicht mehr vorgenommen worden.

Im Mittelpunkte der Erörterung steht die von *Fritz Schmidt* begründete Theorie der organischen Tageswertbilanz, ja man möchte die Arbeit von *Hauck* geradezu als Streitschrift bezeichnen, mit der er den Widersachern seines Lehrers *Schmidt* entgegenzutreten versucht.

Hauck geht aus von einer Darlegung der Grundidee einer rein nominalen Bilanzauffassung, als deren hervorragendsten Vertreter *Wilhelm Rieger* bezeichnet wird. „Jedes Unternehmen beginnt mit Geld, ist also gleichsam Geld und muß mit Geld aufhören, wird also gleichsam zu Geld", eine Auffassung, gegen die sich übrigens schwerwiegende Bedenken geltend machen lassen. Wird doch hier entweder von der Fiktion ausgegangen, daß jedes Unternehmen nur mittels einer Geldkapitaleinlage gegründet werden kann, oder von der irrtümlichen Gleichsetzung des Geldes als Maßstab des Güterwertes mit dem eigentlichen Sachwert Geld (lies Geldforderung), der im Zuge der wirtschaftlichen Wertbildung niemals den Ausgangs- und Endpunkt, sondern stets nur eine Zwischen- und Übergangsstufe der Wertbildung darstellen kann.

Von einem derartigen Grundsatze und damit dem Begriffe der „Geldwerdung" geht mit dem „Nominalisten" auch *Hauck* aus. Daraus folgt, daß der Gewinn eines Unternehmens nur dann wirklich errechnet werden kann, wenn sich der Wandel „Geld — Bestand (z. B. Waren, Anlagen usw.) — Geld" völlig, d. h. restlos für alle Vermögensteile vollzogen hat und somit die Geldwerdung des Unternehmens wieder vollständig geworden ist. Das aber ist nur dann der Fall, wenn das Unternehmen aufhört zu bestehen, d. h. wenn es völlig liquidiert worden ist. Oder mit andern Worten, man kann stets nur den „Totalgewinn" eines Unternehmens tatsächlich exakt berechnen. Demgegenüber erfordert die rechnerische Überprüfung des Unternehmens während seiner Lebensentwicklung die Zerlegung der Lebensdauer in Lebensabschnitte (Perioden) und damit die Feststellung des Periodengewinns zwischen zwei Zeitpunkten, innerhalb derer die oben erwähnte totale Geldwerdung noch nicht abgeschlossen ist. Infolgedessen tritt hier bei der Zwischenabrechnung von Periodengewinnen das „Problem der Bewertung" (nämlich der Bewertung der Bestände in Geld) in den Vordergrund, das bei der Feststellung des Totalgewinnes mangels noch zu liquidierender Bestände fehlt.

Aus dieser Tatsache heraus erklärt sich nach *Hauck* überhaupt erst das Vorhandensein von Bilanztheorien. Sind diese doch „im tiefsten Grunde nichts anderes, als verschiedene Verfahren zur Berechnung der Periodengewinne durch Anwendung ganz bestimmter Bewertungsverfahren". Der Kern jeder Bilanztheorie besteht daher stets aus einer „Erklärung, Vertretung und Anwendung dieser Bewertungsverfahren (Bewertungstheorien)".

Von solchen Gedankengängen aus untersucht *Hauck* sodann an Hand einer ganzen Reihe von rechnerischen Darstellungen die Auswirkung der den *Rieger*schen und *Schmidt*schen Bilanztheorien zugrunde liegenden Bewertungsverfahren.

Zunächst werden die Auswirkungen des nominalen (statischen) Prinzips — Bewertung zum Anschaffungswert — errechnet. Es ergibt sich für den Periodengewinn eine der Preisindexkurve gleichlaufende Entwicklung mit Scheingewinnen bzw. Scheinverlusten, für den Liquiditätsverlauf infolge der falschen Gewinnermittlung eine unwahre Liquidität mit allen ihren Folgen für den Betrieb, den Geld- und Kapitalmarkt. Hohe Warenbestände steigern die vorstehend erwähnten Auswirkungen noch.

Sodann werden in der gleichen Weise die Auswirkungen des organischen Bewertungsverfahrens (Tageswert) untersucht. An Hand von Zahlenreihen und Schaubildern wird dargetan, daß das *Schmidt*sche Bewertungsverfahren die oben erwähnten Nachteile des nominalen Verfahrens nicht aufweist, zumal da nach *Schmidt* der Gesamtgewinn in einen ausschüttbaren und nicht ausschüttbaren Gewinn (eigentlicher Gewinn und relative Werterhaltung) aufgeteilt wird.

In einem leider nur wenige Seiten umfassenden Abschnitte 6 geht *Hauck* dann nochmals kurz auf Sinn und Wesen von Bilanztheorien ein, wobei er wiederum auf die besonders von *Rieger* herausgearbeitete Tatsache hinweist, daß alle Bilanztheorien stets nur Bewertungstheorien sind. Infolgedessen seien auch im Grunde genommen nur zwei Bilanztheorien denkbar, die eine, die den Anschaffungswert, die andere, die den Tageswert zum Bewertungsmaßstab wählt. Alle andern sind nur Spielarten und bauen stets irgendwie auf diesen beiden Grundarten auf.

Mit Recht kritisiert dabei *Hauck* die gerade in der Betriebswirtschaftslehre üblich gewordenen Benennungen: „Darum halten wir auch die vielen aufgekommenen Bezeichnungen für Bilanzauffassungen mindestens für recht unglücklich und völlig unzureichend. Alle diese Namen wie „statische", „dynamische", „eudynamische" und auch „organische" „Bilanz" sind sehr irreleitend."

Sehr treffend ist auch der Hinweis darauf, daß bei *Schmalenbach* zwar der Zweck der Bilanz einheitlich (nämlich die Erfolgsrechnung), die Bewertung aber verschieden (nämlich nach Anschaffungswerten, Tageswerten, Verrechnungswerten) sei. Denn *Schmalenbach* käme es letzten Endes auf die „Vergleichbarkeit" der Gewinnrechnung und nicht auf die „Richtigkeit" der Vermögenswerte an. Demgegenüber sei bei *Schmidt* die Bewertung einheitlich (nämlich nach Tageswert), der Zweck aber ein doppelter (nämlich die richtige Vermögens- und Erfolgsrechnung). Immerhin ist es bemerkenswert, daß der Ton bei allen diesen Bilanztheorien auf der Erfolgsrechnung liegt, hinter der auch bei *Schmidt* trotz der Betonung der Vermögensbewertung die übrigen Teile der Bilanzrechnung, nämlich die Umsatz- und Bestandsrechnung, zurückstehen müssen.

In Verfolg solcher Überlegungen gibt *Hauck* dann folgendes Schema der Bilanztheorien:

a) Zweck-Theorien	b) Bewertungs-Theorien
1. Zweck ist Vermögensrechnung „statische Bilanzlehre" *(Nicklisch, le Coutre)*	1. Anschaffungswert-Theorie „nominale Bilanzauffassung" *(Rieger)*
2. Zweck ist Erfolgsrechnung „dynamische Bilanzlehre" *(Schmalenbach)*	2. Tageswert-Theorie „organische Tageswertbilanz" *(Schmidt)*

Wie bereits eingangs erwähnt, ist die Verteidigung der Tageswert-Theorie als die eigentliche Aufgabe der Arbeit von *Hauck* anzusprechen. Denn die nunmehr folgenden eingehenden Untersuchungen sind darauf abgestellt, die *Schmidt*schen Gedankengänge gegen die mannigfachen Einwendungen zu verteidigen, die gegen sie von den verschiedenen Seiten aus geltend gemacht worden sind.

Zu den sehr bemerkenswerten grundsätzlichen Ausführungen von *Hauck* sei im folgenden nur ganz kurz Stellung genommen. Wie erwähnt, lassen sich bereits gegen den Grundsatz, von dem *Hauck* ausgeht, nämlich daß jedes Unternehmen mit Geld beginnt und mit Geld aufhören muß, schwerwiegende Einwendungen erheben, auf die ich bereits oben hingewiesen habe. Die bisherige betriebswirtschaftliche Theorie geht hier von einer falschen, wenn auch sicherlich manche Überlegungen vereinfachenden Grundeinstellung aus. Falsch deshalb, weil die Entstehung und der Werdegang eines jeden Unternehmens wie jede Lebensentwicklung ihren wertmäßigen Zusammenhang und Niederschlag nicht in der „Geldwerdung", sondern in der auf der wirtschaftlichen Handlung des Menschen beruhenden „Wertbildung" finden und damit in dem, was ich selbst in meinen Arbeiten als „Kapitalwirtschaft" zu bezeichnen pflege. Der Geldwert hat hierbei einerseits als allgemeiner Wertmaßstab zu dienen. Auf der andern Seite aber bildet der Sachwert Geld, wie bereits erwähnt, im Grunde nur die eine Forderung darstellende Zwischen- und Übergangsstufe in der Wertbildung, die aus der wirtschaftlichen Leistung erwächst, aber nur solange Gültigkeit hat, bis der eigentliche Wertbildungsvorgang (Auftrieb und Ausgleich von Sozialertrag und Sozialprodukt in Gestalt von Eigenkapital) seinen Abschluß gefunden hat (vgl. Techn. u. Wirtsch., Heft 3/1935, Seite 80 ff. „Wirtschaftsdynamik").

In diesem Rahmen kommt es nicht etwa nur auf die Festhaltung des Total- oder Periodengewinnes, auch nicht nur auf die „richtige" Feststellung der eigentlichen Vermögenswerte an. Vielmehr ist es notwendig, die Zusammenhänge und Wechselwirkungen der gesamten wirtschaftlichen Wertbildung als des wertmäßigen Ausdruckes des wirtschaftlichen Lebens rechnerisch zu erfassen, eine Aufgabe, die damit also zum Gegenstand und Zweck eines jeden wirtschaftlichen Rechenwerks, insonderheit jeder Bilanzrechnung und Bilanztheorie wird.

Für die Bilanz gibt es somit letzten Endes nur einen einzigen, oder besser gesagt nur einen dreieinigen Zweck, der sich auch deutlich in jedem bilanzmäßig gebundenen Rechenwerk äußert und zudem die dynamische Dreibeziehung jeder wirtschaftlichen Wertbildung (Kapitalwirtschaft) widerspiegelt:

a) die Ermittlung der Wertbewegungen (Umsatzrechnung) zur Feststellung der betrieblichen Vorgänge und der betrieblichen Leistungen,
b) die Ermittlung der Wertbestände (Vermögensrechnung) zur Feststellung des betrieblichen Einsatzes und der betrieblichen Anspannungen,
c) die Ermittlung der eigentlichen Wertbildung im engeren Sinne (Erfolgsrechnung) zur Feststellung des betrieblichen Kostenaufwands und Umsatzgewinns sowie der betrieblichen Wirtschaftlichkeit.

Diesen dreieinigen Zweck muß jede Bilanz, die ja nichts anderes als eine Erfassung und Darstellung des Lebens bzw. Lebensabschnittes des bilanzierenden Wirtschaftsträgers beabsichtigt, letzten Endes erfüllen. Dieser Aufgabe muß daher auch jede Bewertungstheorie und damit jeder Bewertungsmaßstab untergeordnet sein. Das aber bedeutet, daß man sich dem Zuge der tatsächlichen Wertbildung innerhalb eines Unternehmens anpassen muß und etwaige, sich dadurch als notwendig erweisende Sicherungen gegenüber Wertausfällen durch gesonderte Wertberichtigungen in Gestalt von Rückstellungen oder dgl. berücksichtigen sollte. Das gilt auch für die Stufenfolgen der eigentlichen Wertbildung im engeren Sinne (Kostenaufbau und Erfolgsrechnung), wie sie namentlich in der industriellen Wertbildung vorkommen.

So betrachtet, bildet somit das eigentliche Bewertungsproblem nur sehr bedingt ein Kernstück der Bilanztheorie. So wichtig auch die „angemessene" Bewertung — denn eine Bewertung von „Werten", die erst in der Zukunft realisiert werden, kann in der Gegenwart niemals „richtig" sein — vom Standpunkte der Sicherung eines Unternehmens ist, als eigentlicher Kern jeder Bilanz und damit auch jeder Bilanztheorie kann trotzdem nur die möglichst wirklichkeitsnahe Erfassung der wirtschaftlichen Wertbildung selbst, d. h. also der Kapitalwirtschaft eines Unternehmens angesehen werden. Die aber ist, wie alles im Leben, „organisch", „dynamisch", „statisch" usw. zugleich.

Das *Schmalenbach*sche Bewertungsverfahren wird für solche Zwecke zweifelsohne dienlicher sein als der *Schmidt*sche Tageswert, und zwar nicht nur deshalb, weil die Anpassung des Bewertungsverfahrens an den Fortgang der Wertbildung durch derartige veränderliche Bewertungsmethoden im „organischen", „dynamischen" und „statischen" Sinne gewährleistet wird, sondern auch deshalb, weil der von *Schmidt* geforderte Tageswert, wenn er „richtig" sein soll, sehr oft praktisch außerordentlich schwer und in manchen Fällen sogar eindeutig überhaupt nicht feststellbar ist. Ganz abgesehen davon geht die *Schmidt*sche Tageswerttheorie von der Fiktion der gedachten Beschaffung oder Verwendung des Sachwerts am Bewertungstag aus, was der Wirklichkeit nicht entspricht. Die *Schmidt*sche Tageswerttheorie wird sich daher auch aller Voraussicht nach in der Praxis nicht oder nur in ganz besonderen Fällen durchsetzen können.

Die Arbeit von *Hauck* ist für die Wissenschaft und diejenigen, welche sich mit wissenschaftlichen Problemen der Betriebswirtschaftslehre befassen, geschrieben. Das behandelte Thema ist jedoch auch von erheblicher praktischer Bedeutung. Es wäre daher zu wünschen, wenn sich möglichst viele mit den von *Hauck* erörterten Problemen nachdrücklichst befassen würden. *Bredt* [2741]

Die Kontrolle in kaufmännischen Unternehmungen unter besonderer Berücksichtigung der Bilanz- und Wirtschaftsprüfungen. Von *Friedrich Leitner.* Frankfurt a. M. 1934, Sauerländers Verlag. 408 S. Preis geh. 14,50 RM, geb. 15,80 RM.

Es ist eine schwierige und sehr umfangreiche Arbeit, das große Gebiet der Kontrolle wirtschaftlicher Unternehmungen darzustellen. Eine Aufgabe wie diese setzt genaueste Kenntnis auch der Einzelheiten voraus. *Leitner* stellt seine jahrzehntelangen Erfahrungen und die aus der Praxis gewonnenen Erkenntnisse in den Dienst der Sache und gibt in seinem Werk an Hand zahlreicher Beispiele eine Übersicht über die Wege und Formen der Kontrolle in Unternehmungen. Wenn im Titel der Ausdruck „kaufmännische" Unternehmungen gebraucht wird, dann geschieht es, um auszudrücken, daß der kaufmännische, wirtschaftliche Teil der Unternehmungen gemeint ist. Industrie-, Bank-, Verkehrs-, Versicherungsbetriebe u. a. stehen zur Behandlung. Nach einem einleitenden Teil über die Kontrolle der Arbeit des Betriebes wird die Technik der Kontrolle der Bilanz- und Erfolgsrechnung dargelegt. Dieser Teil der Arbeit wird manchem Prüfenden und vielen der Geprüften besonders wertvoll sein. Naturgemäß ist den Anforderungen der neuen Bilanzierungsvorschriften in stärkerem Ausmaß Rechnung getragen worden. Z. T. werden Revisionspläne und -berichte bedeutender Gesellschaften herangezogen. Im folgenden Abschnitt wird das Wesen und die Praxis von Wirtschaftsprüfungen erläutert.

Der zweite Teil des Buches ist den enger umrissenen Aufgaben der Kontrolle gewidmet. Nach einer Darlegung der speziellen Prüfungen einzelner Wirtschaftsgebiete folgt die Erörterung des Formularwesens und der Statistik als wichtige Mittel der Kontrolle.

Das Werk ist, wie alle übrigen des Verfassers, kein Lehrbuch, sondern unterrichtet an Hand vieler Beispiele in auffallend klarer Form. Es will nicht von A bis Z durchgelesen sein, vielmehr soll es eine Kenntnis von den Dingen dadurch vermitteln, daß es über eine große Anzahl von Spezialfragen des Gebietes Rat und Auskunft gibt.

Norden [2636]

Neuzeitliche Buchhaltungsformen. Von *Mellerowicz, Brüggemann* und *Ronneberger.* Schriftenreihe „Betriebswirtschaftspraxis und Betriebswirtschaftslehre" Heft 4. Berlin 1934, Deutscher Betriebswirte-Verlag GmbH. 48 S. Preis 2 RM.

In dieser Schrift, die auf eine Vortragsreihe anläßlich der IBA 1934 zurückgeht, behandeln die drei Verfasser die gegenwärtigen Fragen der Buchhaltung.

Mellerowicz würdigt kurz die technische Entwicklung der Buchhaltungsverfahren- und -geräte und kommt zu dem Schluß, daß heute die Fragen der Buchhaltung mehr im Organisatorischen als im Technischen liegen, obwohl auch hier noch Aufgaben zu lösen sind. Dadurch, daß die Buchhaltung im gesamten Rechnungswesen zu sehen ist, und daß alle Wirtschaftszweige, auch die der öffentlichen Verwaltung und Haushalte gleichzeitig berücksichtigt werden müssen, sowie durch die neue Wirtschaftsführung werden besondere Anforderungen an den Aufbau und die Organisation der Buchhaltung gestellt. Aus dem Verlangen nach erhöhter Wirtschaftsregelung und der dadurch bedingten stärkeren Planung der Betriebsführung und aus den Erfordernissen einer strengeren Betriebskontrolle ergeben sich neue verfeinerte Buchhaltungsformen.

Brüggemann zeigt die wesentlichen Merkmale der neuzeitlichen Buchhaltung von Hand und Maschine, ohne damit Anweisungen für die Gestaltung des Rechnungswesens geben zu wollen. Aus den Aufgaben der Buchhaltung, den beim Buchen entstehenden Arbeiten und aus der Anwendung dieser oder jener Buchhaltungsmittel ergeben sich die entsprechenden Buchhaltungsverfahren. Die alten Buchhaltungsverfahren und -formen und die bei ihnen gegebenen Kontrollmöglichkeiten werden kurz gestreift und dann die neuzeitlichen Buchhaltungsverfahren, wie Durchschreib-, Originaldruck-, Umdruck- und Lochkartenverfahren dargestellt, miteinander verglichen und die Voraussetzungen für neuzeitliche Verfahren erwähnt.

Ronneberger untersucht die Buchhaltungsformen unter dem Gesichtswinkel des Wirtschaftsprüfers und behandelt die Einwirkung der Verfeinerung der Buchhaltungsformen auf die Berufsausübung. Ausgehend von den Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung und der Erfüllung der betriebswirtschaftlichen Erfordernisse behandelt er kurz die psychologischen Folgen, die die moderne Buchhaltung für den „Menschen in der Buchhaltung" hat.

Die Vermeidung von Fehlern und die durch die Buchhaltungstechnik erleichterte Möglichkeit einer logisch und systematisch aufgebauten Buchhaltung, die tägliche Abstimmkontrolle und die Fehlerfeldaufteilung vereinfachen dem Wirtschaftsprüfer die formelle Revisionsarbeit. Hierdurch wird ihm die Möglichkeit gegeben, den inneren Aufbau eines Betriebes genauer zu erfassen und eine eingehendere materielle Prüfung vorzunehmen.

Für den an Buchhaltungsfragen interessierten Betriebswirt gibt die Schrift in gedrängter Form eine gute Übersicht über den gegenwärtigen Stand und die Entwicklungsrichtung der Buchhaltung. *Donat* [2651]

Betriebsfragen

Die Fabrik als Organismus. Von *Werner von Schütz.* Hamburg 1935, Hanseatische Verlagsanstalt. 147 S. m. 86 Abb. Preis kart. 6,80 RM.

Der Verfasser hat im Laufe der Jahre bei der Umstellung von zahlreichen deutschen Fabriken beratend mitgewirkt. Die verschiedenen Veröffentlichungen hierüber in Fachzeitschriften sind in dem vorliegenden Buch umgearbeitet und zusammengefaßt zu dem Zweck, eine auf Leistungssteigerung abzielende Darstellung der Organisation von Fabriken zu geben. Ausgehend von den Aufgaben einer Fabrik werden Einzelfragen, wie Fließfertigung, Arbeitsvorbereitung, Arbeitsführung und Abrechnung ausführlich behandelt und in Beziehung gesetzt zu der Forderung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, aus den Betrieben Leistungsgemeinschaften entstehen zu lassen.

Es ist zweifellos verdienstvoll, auch von der organisatorischen Seite her das Gemeinsame, die gegenseitige Abhängigkeit von Betriebsführer und Gefolgsmann zu beleuchten. Als ein Versuch in dieser Richtung ist die Arbeit zu begrüßen.

Fehler, wie die nur beiläufige und dazu unrichtige Nennung des Refa, der als selbständige Körperschaft und nicht als Unterausschuß des RKW seit Jahren in uneigennütziger Weise die Grundlagen für eine gerechte Arbeitszeitermittlung schafft, dürften allerdings nicht unterlaufen.

Die Beschriftung der Abbildungen ist vielfach fast unleserlich, da die Verkleinerung zu weit getrieben ist. Dadurch wird das Studium der an sich lesenswerten Schrift unnötig vom Verlag erschwert. *Ks.* [2714]

Siedlung

Das wachsende Dorf. Bauer — Handwerker. Von *Alfred Striemer VDI.* Berlin 1935, Verlag Fritz Pfenningstorff. 40 S.

Der Verfasser weist theoretisch nach, daß es möglich ist, mit 100 Bauern, 200 Nichtbauern eine Wirtschaftsgemeinschaft zu verbinden, die fähig sein soll, allen den Aufstieg zum Wohlstand zu sichern. Bedingung ist also, die verschiedensten Berufe so zusammenzubringen, daß dauernd jeder von ihnen für die andern arbeiten kann. Ob aber in der Praxis die in dieser Forderung bedingte strenge Ordnung auf die Dauer so durchführbar ist, muß im Augenblick angezweifelt werden.

Man kann doch nicht, wie der Verfasser es vorschlägt, nur aus Liebe zum Handwerk, Sofortmaßnahmen bewußt langsam entwickeln, um auf Generationen-Dauer den ortsansässigen Handwerkern Arbeit und Brot zu sichern. Wir müssen uns damit abfinden, daß in einem Dorf oder in einer kleinen Stadt immer nur wenige % der Bewohner selbständige Handwerker sind und sein können. Neuzeitliche billige Arbeitsverfahren und die Massenherstellung auch von Qualitätserzeugnissen haben diesen Zustand mit bewirkt, der heute im Sinne der Gedankengänge des Verfassers in dem ihm unbedingt erforderlich erscheinenden Umfange nicht mehr grundlegend geändert werden kann.

Zudem dürfte es doch nicht gerechtfertigt erscheinen, daß die Gesamtstruktur der Bevölkerung des Deutschen Reiches in gleichem Verhältnis auf die kleinste Dorfgemeinde übertragen werden kann, wie es der Verfasser tut.
Über die theoretische Seite hinaus dürfte daher die Untersuchung keine praktische Bedeutung haben.

Dr. *W. W.* [2683]

Grundsätze der Siedlungspolitik und Siedlungsmethode Friedrichs des Großen. (Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation, Heft 52). Von *Gotthard Arndt.* Berlin 1934, Deutsche Landbuchhandlung. 74 S. Preis 2 RM.

Diese eingehende Untersuchung der ländlichen Siedlungstätigkeit *Friedrichs des Großen* ist ein wertvoller geschichtlicher Beitrag für die neuzeitliche Siedlung. Bei der altpreußischen inneren Kolonisation handelt es sich jedoch um eine umfassende Bevölkerungspolitik mit dem Ziele, durch die Einwanderung eine Auffüllung und Ergänzung aller Berufe zu erreichen, in die der 30jährige Krieg große Lücken gerissen hatte.

Die Schrift vermittelt uns eine Fülle wertvoller Einzelheiten, die klar die einheitliche und geschlossene Durchführung der friderizianischen ländlichen Siedlung erkennen lassen. Sie fußt auf der Erkenntnis, daß die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft eine im Gesamtinteresse von Volk und Staat liegende Notwendigkeit ist. Die einzelnen gewonnenen Erkenntnisse sind um so beachtlicher, weil der Verfasser, im Gegensatz zu andern Beiträgen zur friderizianischen Siedlung, sie in ihrem geschichtlichen Zusammenhang untersucht und somit nachweist, daß *Friedrich der Große* die Siedlung auf dem Wege eines organischen Ausbaues der Agrarverfassung betrieben hat.

Dr. *W. W.* [2684]

Technik und Recht

Wie entstehen irrige Entscheidungen in Patent-Prozessen. Von *Max Stromsky.* Berlin 1935, Verlag Chemie. 43 S. Preis 2 RM.

Die Schrift behandelt in allgemein verständlicher Sprache einen hochinteressanten Verletzungsprozeß um das Patent 414 409. Der Beklagte wurde in drei Instanzen verurteilt; seine Nichtigkeitsklage gegen das Klagepatent wurde in beiden Instanzen abgewiesen. Der Fall ist, zumal seine Technik sehr einfach ist, zu patentrechtlichen Betrachtungen vorzüglich geeignet, besonders über Fragen wie Beurteilung des Schutzumfanges durch die Gerichte, Beurteilung der Erfindungshöhe und Prüfungstechnik des Patentamtes einerseits, der Gerichte anderseits. Die Schrift wird daher allen, die am gewerblichen Rechtsschutz interessiert sind, wertvolle Anregungen geben.

Der Verfasser beweist, daß dieser Einzelfall von den Gerichten falsch entschieden wurde (was übrigens nur bei vollständiger Kenntnis aller Unterlagen nachprüfbar ist), und sucht die Gründe für die in allen Instanzen übereinstimmend falsche Entscheidung herauszustellen. Allerdings knüpft er daran Verallgemeinerungen, die man kaum allgemein anerkennen wird. Man kann dem Verfasser sicher darin Recht geben, daß eine Erfindung allgemein bei der Prüfung und beim Vergleich mit andern nicht in ihre Einzelteile zerrissen werden darf, und daß als Sachverständige nicht Männer der hohen Wissenschaft, sondern Fachleute der einschlägigen Praxis zugezogen werden sollten. Man kann aber nicht ohne weiteres aus einem Einzelfall heraus den Gerichten allgemein auferlegen, den Gedankengang des Erfinders nachzuerleben, weil an einem Patent die Allgemeinheit nur das interessiert, was der Fachmann aus den Unterlagen entnimmt, nicht aber, was sich der Erfinder dabei gedacht hat; ebensowenig kann man mit Rücksicht auf einen Einzelfall alle juristischen Begriffe und Unterscheidungen verdammen, wie Aufgabe und Lösung, Gegenstand und Schutzbereich usw.

Der beschriebene Patentstreit kann übrigens auch zur Unterstützung der in letzter Zeit wieder hervorgetretenen Bestrebungen dienen, die hemmungslose Auslegung der Patente bei den Gerichten einzuschränken, das Schwergewicht der Feststellung des Schutzumfanges also von den nichtsachverständigen Gerichten auf das sachverständige Patentamt zu verschieben (vgl. in dieser Richtung die Entscheidungen des Patentamtes vom 18. 1. 1934, Mitt. 35/195 und vom 11. 1. 1935, PMZBl. 35/29).

Dr. *Weber*, Dortmund [2600]

Die Grundlagen des neuen Patentrechtes. Von *Franz Schlegelberger.* Berlin 1935, Verlag Franz Vahlen. 24 S. Preis 0,90 RM.

Der Verfasser behandelt in diesem Heftchen in großem Zuge die Gedanken, die für die Reichsregierung bei der Neugestaltung des Patentgesetzes maßgebend sind, und die zum großen Teil bereits eine feste Gestaltung angenommen haben. Aus den Ausführungen ist aber auch zu erkennen, daß sich noch Wichtiges, so z. B. die Neuordnung der Patentgerichtsbarkeit (technischer Richter) im Fluß befindet. Jeder in Gewerbe und Industrie Tätige wird die Arbeit mit Nutzen lesen, sei es zu seiner Unterrichtung und rechtzeitigen Umstellung auf kommende Dinge (Angestelltenerfindung), sei es zum Zwecke der Einflußnahme auf die Neugestaltung des Erfindungswesens. Namentlich aus diesem letzten Grunde wäre es dringend zu wünschen, daß die Arbeit im großen Heer der deutschen Techniker mit Aufmerksamkeit gelesen und verbreitet würde.

M. K. i. B. [2643]

Aus andern Zeitschriften

Der Einfluß der Transportkosten auf den Aktionsradius der Unternehmung. *H. Kohler.* Schweizerische Handelswissenschaftliche Zeitschrift Jg. 29, Nr. 12 (Dez. 1935) S. 285/292.

Unter Transportkosten wird in dieser Abhandlung die Summe der Frachten- und Nebenkosten für den Versand einschließlich damit zusammenhängenden Schwundes, Wertminderung, Zinskosten usw. verstanden; unter Aktionsradius der äußere (gebietmäßige) Wirkungskreis der Unternehmung, in dem sie ihren wirtschaftlichen Zweck unter Gewinnmöglichkeiten erfüllen kann. Der Begriff des Aktionsradius deckt sich also nicht mit dem in dieser Zeitschrift früher entwickelten Begriff der Absatzreichweite (vergleiche Merkblatt Nr. 4 der Fachgruppe Vertriebsingenieure, Beilage zu „Technik und Wirtschaft" 24. Bd. (1931) H. 4). *Kohler* untersucht an Hand von Beispielen, welchen Einfluß verschiedene Faktoren auf der Kosten- und Ertragseite auf die Veränderung des Aktionsraumes ausüben, insbesondere eine Veränderung der Herstellkosten. Der Beitrag betont besonders, daß der tatsächliche Absatzradius keineswegs nur von den Transportkosten bestimmt wird, sondern, abgesehen von den Faktoren der Ertragseite, besonders durch die Einstandspreise der eigenen Herstellung. Die Beeinflussung der Transportkosten wird erst dann wichtig, wenn der Betrieb optimal ausgenutzt ist und zu den günstigsten Selbstkosten je Einheit arbeitet. Dann kommen folgende Maßnahmen in Betracht: Aufsuchen billigerer Transportmittel und Transportwege; Versand in frachtbegünstigten Einheiten; Bemühung um Tarifermäßigung; Verlegung des Standorts; in Sonderfällen weitere Verarbeitung der Erzeugnisse zur Steigerung des Veredelungswertes, damit der kostenmäßige Anteil des Transportes sinkt oder höhere Transportkosten für weitere Entfernungen leichter getragen werden können.

Absatzradius. *A. Lisowsky.* Die Betriebswirtschaft Jg. 28 (1935) H. 11, S. 241/248.

Eingehende kritische Untersuchung des Begriffes, seiner bisherigen Anwendung und Bedeutung in der Betriebswirtschaftslehre und Auseinandersetzung mit *Findeisen* (auf dessen Begriffsbildungen von Aktions- und Absatzradius sich auch der an dieser Stellle angeführte Beitrag von *Kohler* stützt). *Lisowsky* führt näher aus, daß unter Absatzradius keine exakte Kostenaussage, kein materieller betriebswirtschaftlicher Faktor verstanden werden könne; es handle sich vielmehr um ein Begriffsbild, um ein Mittel der Veranschaulichung und der graphischen Darstellung. Die Brauchbarkeit dieses Hilfsbegriffes für die gedanklich-vorstellungsmäßige Gegenüberstellung von möglichem und wirklichem Absatzradius unter Einbeziehung aller hierbei mitsprechenden Faktoren wird untersucht. Der erzieherische und denkführende Wert sinnbildlicher Darstellung von Absatzradien wird von *Lisowsky* nicht bestritten, insbesondere für die innerbetriebliche Absatzvorbereitung.

Grundriß der Beschaffung. *C. Sandig.* Die Betriebswirtschaft Jg. 28 (1935) H. 8, S. 175/182, H. 9, S. 196/201, H. 10, S. 228/235.

Diese grundsätzlich-betriebswissenschaftliche Untersuchung ordnet die Beschaffungsfunktion ein in den Zusammenhang der Betriebswirtschaftslehre und der wirtschaftlichen Tätigkeiten und Zwecke der Unternehmung. Dementsprechend wird die Beschaffungsfrage einheitlich betrachtet hinsichtlich der für den Untersuchungszweck einzusetzenden Arbeitskräfte, Waren (Vermögensgegenstände) und Kapitalien. Beschaffung wird begrifflich bestimmt als die auf Gewinnung von Kräften und Stoffen zur Verwirklichung von Wirtschaftszwecken gerichtete Tätigkeit der Unternehmung. Nach einem Aufriß der Beschaffungslehre als Teil der Betriebswirtschaftslehre werden die betrieblichen Voraussetzungen der Beschaffung behandelt und dann auf die Analyse des Beschaffungsmarktes näher eingegangen. Für die Beschaffungsseite, die eine Marktbeziehung der Unternehmung, fordert *Sandig* ebenso die Anwendung der Grundsätze der Marktforschung wie für die Vertriebseite, die andere Marktbeziehung. Für die Besonderheiten der Analyse des Beschaffungsmarktes wird ein allgemeines Betrachtungsschema entwickelt, unter dessen Zugrundelegung die Einzelfragen der Analyse des Beschaffungsmarktes für Kräfte, für Waren (Vermögen) und Kapital näher behandelt werden.

Eingegangene Bücher

Narrenspiegel der Statistik. Von *Ernst Wagemann.* Hamburg 1935, Hanseatische Verlagsanstalt. 255 S. Preis 7,80 RM.

Der Kontenrahmen. Mit dem Anhang: Kontenpläne und Kontentabellen. Von *E. Schmalenbach.* 4. Aufl. Leipzig 1935, G. A. Gloeckner. 102 S. Preis 10,60 RM.

Vademecum zum Deutschen Revisoren-Spiegel. Von *Heinrich Meltzer.* Berlin/Leipzig/Wien 1935, Leopold Weiß. 243 S. Preis 8,60 RM.

Industrielle Werbung. Von *F. Schmidt.* Stuttgart und Wien 1935, Forkel & Co. 190 S. m. einem Abbildungsband. 94 S. Preis 28 RM.

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Die Sicherung vor Ausfuhrverlusten

Von Ing. G. A. LANGEN, Berlin

Nach wie vor ist das Ausfuhrwagnis ein wesentlicher Hemmschuh der Pläne, durch Ausfuhrsteigerung die erforderlichen Rohstoffe und damit Arbeit und Brot für die Volksgenossen zu sichern. Kürzlich hat *Bernhard Köhler* bedeutsame Ausführungen zur Frage der Krisenfestigkeit der Betriebe gemacht. Nach Erledigung der wichtigsten Arbeitsvorhaben des Reiches liegt es an den Betriebsführern, durch eigene Initiative die Beschäftigungsmöglichkeit zu erhalten. Ausfuhr macht krisenfest! Aber Ausfuhr hat nur dann volkswirtschaftlich Sinn, wenn dadurch Gewinne erzielt werden. Verluste bei der Ausfuhr können wir uns keinesfalls leisten.

Die internationale Lage ist unübersichtlicher denn je. Die Auswirkungen des Abessinienkonfliktes sind in ihrem ganzen Umfang heute noch nicht zu erkennen. Es ist daher verständlich, daß die Ausfuhr-Kredit-Versicherung je nach Lage der Dinge ihre Richtlinien und Deckungssätze überprüfen muß. Was heute richtig ist, kann morgen schon durch die Verhältnisse überholt sein. Jeder Fabrikant tut daher gut, sich vor Kreditlieferungen an das Ausland mit der Ausfuhr-Kredit-Versicherung in Verbindung zu setzen, um sich vor Verlusten zu schützen. Die Rolle der Ausfuhr-Kredit-Versicherung als Beraterin der Ausfuhrfirmen war niemals so groß wie heute [1]).

Wenngleich von Fall zu Fall die Deckungssätze bei der Versicherungsbank zu erfragen sind, werden die vor kurzem in Kraft gesetzten neuen Deckungssätze außerordentliches Interesse finden:

Mit 66⅔ % geschützt werden Kreditlieferungen nach folgenden europäischen Staaten: Großbritannien, Irischer Freistaat, Norwegen, Schweden, Dänemark, Island, Niederlande, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Schweiz, Liechtenstein, Spanien, Gibraltar, Portugal, Italien, Malta, Tschechoslowakei, Jugoslavien, Ungarn, Bulgarien, Griechenland, Österreich, Albanien, Danzig, Memelgebiet, Litauen, Estland, Lettland, Polen, Finnland; bei Rumänien betragen dagegen die Deckungssätze nur 50 %.

Mit 66⅔ % werden Kreditlieferungen nach folgenden amerikanischen Staaten gesichert: Kanada, USA, Mexiko, Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, El Salvador, Panama, Brit. Westindien, Haiti, Dominikanische Republik, Porto Rico, Franz. Westindien, Argentinien, Brasilien, Brit. Guyana (Surinam), Franz. Guyana, Uruguay, Chile, Peru, Ecuador, Kolumbien, Venezuela. Dagegen betragen die Deckungssätze bei Honduras und Kuba 60 % und bei Paraguay und Bolivien 50 %.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen des Verfassers „Die Ausfuhr-Kreditversicherung". Techn. u. Wirtsch. 28. Bd. (1935) S. 350.

Für Asien kommen folgende Sätze in Frage: 66⅔ % bei Türkei, Cypern, Rhodos, Palästina, Transjordanien, Britisch-Indien, Straits Settlements, Philippinen, Niederländisch-Indien, Portug. Besitzungen, China, Japan, während 60 % in Frage kommen bei Syrien, Libanon, Arabien, Iran (Persien), Afghanistan, Beludschistan, Siam, Indochina, Mandschukuo.

Bei den afrikanischen Gebieten betragen die Deckungssätze nur nach Ägypten und der Südafrikanischen Union 66⅔ %; der Satz von 60 % ist gültig bei Lieferungen nach Sudan, Tanger, Liberia, Franz. Somaliland, Tunis, Marokko, Algerien, Franz. Westafrika, Franz. Äquatorialafrika, Madagaskar, Malayische Inseln, Angola, Port. Guinea, Moçambique, Gambia, Nigeria, Goldküste, Sierra Leone, Belgisch-Kongo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Togo.

Kreditlieferungen nach Australien, Neuseeland, Ozeanien werden zu 66⅔ % geschützt.

Neben diesem Schutz der deutschen Ausfuhr vor dem wirtschaftlichen Wagnis besteht natürlich nach wie vor die Sicherung vor Verlusten aus politischen Gründen (Währungsmaßnahmen der Regierung des Kundenlandes); im Rahmen der „Konvertierungs- und Transferpolice" kann die Deckung des Wagnisses noch erheblich höher sein.

[2681]

Inhalt

Seite

Aufsatzteil:
- Der Sozialertrag und seine Verteilung. Von Dr.-Ing. Otto Bredt . . . 97
- Die Bevölkerungsbewegung in deutschen Großstädten bis zum Jahr 1935 . . . 105
- Die Lebenshaltungskosten der Welt 1934 und 1935 . . . 105
- Der Betriebsfremde. Von Dr. sc. pol. Kurt Pentzlin . . . 106

Archiv für Wirtschaftsprüfung:
- Strom-Selbstkosten. Von Dipl.-Ing. A. G. Arnold . . . 113

Wirtschaftsberichte:
- Die deutsche Wirtschaft im März 1936. Von Dr.-Ing. Otto Bredt . . . 114
- Wirtschaftskennzahlen . . . 117
- Außenhandel . . . 117
- Ölwirtschaft . . . 119
- Porzellanindustrie . . . 119
- Textilindustrie . . . 119
- Länderberichte . . . 120

Wirtschaftsrecht:
- Zum Elektrizitätsliefervertrag. Von Rechtsanwalt Dr. Wernebburg . . . 122

Schrifttum:
- Wirtschaftswissenschaft und -politik . . . 124
- Industrielles Rechnungswesen . . . 124
- Betriebsfragen . . . 126
- Siedlung . . . 126
- Technik und Recht . . . 127
- Aus andern Zeitschriften . . . 127
- Eingegangene Bücher . . . 128

Industrieller Vertrieb:
- Die Sicherung vor Ausfuhrverlusten. Von Ing. G. A. Langen . . . 128

Hauptschriftleiter: Dr. Georg Freitag VDI, Berlin. — VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40.
Triasdruck G. m. b. H., Berlin SW 19, Dresdener Str. 97. — Copyright by VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7